



Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2007 des Regierungsrates

vom 29. Januar 2008

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 2
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 3
Teil 3: Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	Seite 19
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 37
Teil 5: Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Seite 64
Teil 6: Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	Seite 77
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 99
Teil 8: Antrag	Seite 104
Anhang 1 Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 105
Anhang 2 Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 134

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2007. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2007 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind häufig aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) erfolgt. Vereinzelt sind neue Programmpunkte und / oder Massnahmen dazu gekommen. Diese sind mit dem Vermerk "neu" gekennzeichnet worden (und in der elektronischen Version zusätzlich gelb markiert).

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2007 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2007 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2007 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2006 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Wo der Gewinn ist, ist der Verlust nicht weit."

Wie in den meisten anderen Kantonen ist auch im Kanton Basel-Landschaft der Abschluss der Staatsrechnung für das Jahr 2005 durch die einmalige Ausschüttung der Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven durch die Schweizerische Nationalbank entscheidend verbessert worden. Aus einem sehr guten Abschluss ist durch die Goldmillionen und auch andere Sonderfaktoren ein ausserordentlich erfreulicher Rechnungsabschluss geworden.

Wir Baselbieterinnen und Baselbieter haben von unseren Vorfahren ja einiges gelernt. Und so wissen wir von unserem berühmten General Johann August Sutter (1803 bis 1880), wie verheerend sich ein ungebremster Goldrausch auswirken kann. Bleiben wir also nüchtern und vorausschauend!

Die ausserordentlichen Erträge aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Betrag von 372.6 Mio. Franken sind vollumfänglich für den Abbau der Schulden des Kantons Basel-Landschaft verwendet worden. Dabei sind Schulden nicht nur im engen Sinn als Fremdkapital (wie Anleihen) zu begreifen; Schulden sind auch etwa die Deckungslücke der Pensionskasse. Viele andere Kantone sind in dieser Frage ebenso vorgegangen. Die Goldmillionen konnten im übrigen nicht budgetiert werden, weil bei der Zusammenstellung des Budgets 2005 im Sommer und Herbst 2004 sich die Ausschüttung der Goldreserven zwar bereits abzeichnete, der genaue Zeitpunkt der Auszahlungen an die Kantone und vor allem die genaue Höhe der Beträge aber noch nicht abschätzbar waren.

Das gute Betriebsergebnis der Staatsrechnung 2005 und die ausserordentlichen Erträge dürfen Regierung und Parlament keineswegs dazu verleiten, die Ausgabendisziplin aufzuweichen. Das Betriebsergebnis ist erfreulich gut, wenn wir uns erinnern, woher wir kommen! Das Betriebsergebnis ist aber bloss gut, wenn wir bedenken, dass der Finanzhaushalt gemäss § 129 Abs. 1 der Kantonsverfassung auf die Dauer ausgeglichen sein soll, in welcher Bandbreite wir uns in einem mittelfristigen Zyklus also bewegen müssten. Wir haben immer noch strukturelle Probleme und es wirken gewichtige externe Faktoren, welche wir kaum beeinflussen können (wie Bundesrecht und die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)). Eine Lockerung der Ausgabenpolitik widerspräche somit den Grundsätzen einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Die von der Regierung geplante und demnächst im Landrat zur Diskussion stehende Defizitbremse soll dazu beitragen, die markante Verbesserung der Ausgangslage zu konsolidieren und damit die nachhaltige Finanzpolitik der Regierung wirksam zu unterstützen. Ein Blick auf das Budget 2007 zeigt, dass die Defizitbremse trotz Goldmillionen nichts von ihrer Aktualität eingebüsst hat.

Dass die Finanzstrategie der Regierung richtig ist, unterstreicht zum Beispiel auch der Bericht der Ratingagentur Standard & Poor's. In ihrer Begründung für das Triple A des Kantons Basel-Landschaft erwähnt die Agentur folgende Stärken: eine gute finanzielle Entwicklung über die letzten Jahre, eine bestens qualifizierte Verwaltungsführung, welche die notwendigen Entlastungsmassnahmen eingeleitet hat, die Situation als Nettozahler im Schweizer Finanzausgleichssystem, ein im nationalen und internationalen Vergleich relativ hohes Wohlstandsniveau sowie eine zunehmend diversifizierte Wirtschaft mit guten Wachstumsperspektiven.

Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Im Finanzhaushalt sollen Ausgaben und Einnahmen weiterhin im Gleichgewicht gehalten werden. Nach Beschluss der Defizitbremse muss deren Einführung vorbereitet werden. Es ist eine Daueraufgabe, die Führungsinstrumente schrittweise weiterzuentwickeln, so dass die Ausgaben und Leistungen wirksamer gesteuert, enger miteinander verbunden und zusammenhängend dargestellt werden können. Im Hinblick auf die Ablösung der Rechnungswesensoftware soll das Finanzhaushaltsgesetz revidiert werden.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 2.01.02	Einzelne Massnahme Einführung einer kantonalen Defizitbremse Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2008 geplant.		Der Landrat hat im Berichtsjahr der Defizitbremse mit 57 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zugestimmt. Die Defizitbremse wird am 24. Februar 2008 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.
Nr. 2.01.04	Umsetzung und Konkretisierung der Standards BL / BS in den einzelnen Aufgabenbereichen Nach Beendigung der Verhandlungen zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel werden die Verhandlungen vor allem im Bereich der Kultur weitergeführt.		Im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen BS / BL werden folgende Teilprojekte bearbeitet: Raumplanung der Universität, Kompetenzzentrum für Geriatrie, Kultur, St. Jakob, Zusammenlegung von Dienststellen und Leistungseinkauf.
Nr. 2.01.05	Revision des Finanzhaushaltsgesetzes Mit der Gesetzesrevision soll das Finanzhaushaltsrecht an die neuen Entwicklungen im öffentlichen Bereich (an das revidierte Harmonisierte Rechnungsmodell der Finanzdirektorenkonferenz, HRM2) angepasst werden. Weiter werden im Rahmen der Vorarbeiten zur Ablösung der Rechnungswesensoftware Optimierungen in der Organisation und bei den Prozessen geprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Die Vorbereitungsarbeiten für die Gesetzesrevision sind erfolgt. Die Vorlage wird dem Landrat in der 2. Hälfte 2008 überwiesen.
Nr. 2.02	Programmpunkt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) Strategische Zielsetzungen Im Rahmen der Vorbereitung der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) gewinnt dieser Punkt an Bedeutung.		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 2.02.03	Einzelne Massnahme Vorbereitung der Umsetzung der NFA Dem Landrat soll im Laufe des Jahres 2007 eine Vorlage mit allen Gesetzesanpassungen zur Umsetzung der NFA unterbreitet werden. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2008 geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 15.0 Mio. Fr.	Die Gesetzesanpassungen zur Umsetzung der NFA sind am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die NFA ist für den Kanton Basel-Landschaft im ersten Jahr mit einem positiven Saldo von 2 Mio. Franken praktisch haushaltsneutral.
-------------	--	---	--

Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen Die Bestimmungen im Sozialhilfegesetz betreffend die Eingliederung unterstützungs-berechtigter Personen werden im Bereich der Lohnkostenbeiträge (§ 19 SHG) ab dem 1. Januar 2007 auf nicht-steuerbefreite und nicht-gemeinnützige Arbeitgebende ausgedehnt. Entsprechend sind Rahmenbedingungen und Kontroll-mechanismen auszuarbeiten. Für die Aus- und Fortbildung von Behördenmitgliedern werden Jahr für Jahr neue Angebote konzipiert, die neue Entwicklungen, Trends und Anforderungen aufzeigen. Permanente Aktualisierung des Handbuchs Sozialhilferecht, das eine einheitliche Anwendung des Sozial-hilferechts im Kanton Basel-Landschaft gewährleistet und eine grosse Rechtssicherheit anbietet, die auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft in seinen Entscheiden berücksichtigt. Mit der Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozial-amtes und des Statistischen Amtes - wird ein fundiertes und aussagekräftiges Führungsinstrument einmal pro Jahr erarbeitet und veröffentlicht. Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) ist Anfang 2006 im ganzen Kanton von den beteiligten Institu-tionen (Sozialhilfe, IV, KIGA, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) umgesetzt worden. Im Jahre 2007 soll die IIZ ausgebaut und verbessert werden, insbesondere sollen weitere IIZ-Projekte, wie Medizinisch-arbeits-marktliche Assessments im Rahmen des Case-Managements (MAMAC), IIZ Plus und jugendliche Arbeitslose, initialisiert und umgesetzt werden. Eine weitere Zielsetzung besteht darin, möglichst alle in Frage kommenden externen Sozialhilfestellen der Gemeinden EDV-mässig mit dem KSA zu vernetzen. Koordination Asylwesen Controlling bezüglich der weiteren innerkantonalen Szenarien im Hinblick auf eine mögliche, zukünftige Bundesvergütung in Form einer Globalpauschale und der möglichen Änderungen infolge des revidierten Asyl-gesetzes (inkl. Sozialhilfestopp für abgewiesene Asylbewerber), insbesondere Überprüfung der Quoten-zuteilung, der Organisationsstruktur, der Rentabilität in Bezug auf die Selbstverwaltung des Gesundheits-wesens - dies angesichts der für das Asylwesen anstehenden, nicht unwesentlichen Änderungen im KVG - und Sicherstellung der Kostenneutralität für den Kanton und die Gemeinden im Bereich der Personen des Asylrechts und der Personen mit dem Status B-Flüchtlinge. Sicherstellung geeigneter Massnahmen und Strukturen bei einer allfälligen Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle abgewiesenen Asylsuchenden. Regelmässige Schulungen und ERFA-Gruppen zu ausgesuchten Themen (zum Beispiel Gesundheit, Abrech-nung, Anpassungen durch Gesetzesänderungen). Periodische Überprüfung aller kommunalen Kollektivunterkünfte hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften und Auflagen. Fachstelle für Familienfragen Fertigstellung des Gesetzesentwurfes "Familienergänzende Kinderbetreuung" (FEB) zur Behandlung im Land-rat, in Beantwortung der Motion 1999 / 074 vom 15. April 1999. Ausarbeitung von Grundlagen für ein kantonales Familiengesetz (KFG) zuhanden des Regierungsrates.	Amtsbericht 2007 - Die entsprechenden Rahmenbedingungen wurden zusammen mit den Sozial-partnern - der Handelskammer beider Basel, der Wirtschaftskammer und dem Gewerkschaftsbund - erarbeitet. Die Information an die Sozialhilfebehörden ist erfolgt. Erste Programme konnten bereits für das Jahr 2007 bewilligt werden. - Zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe (VSO) wurden erneut mehrere Schulungsmodule angeboten. Die Beteiligung war wiederum hoch. - Die Anpassung der Sozialhilfeverordnung (Junge Erwachsene) sowie die Total-revision der Asylverordnung führten zu Anpassungen auch im Handbuch mit ent-sprechendem Schulungsbedarf. Insgesamt 270 Personen aus den Sozialhilfe-behörden und den Sozialdiensten haben an den zwei durch das Kantonale Sozial-amt (KSA) organisierten und selbst bestrittenen Veranstaltungen teilgenommen. - Die im August 2007 veröffentlichte Statistik wurde mit den Finanzdaten der Gemeinden ergänzt und dadurch noch aussagekräftiger. - Das Projekt IIZ besteht aus drei Teilprozessen: a) IIZ-klassisch: Zusammenarbeit zwischen den 6 RAV der IV-Stelle und den 86 Gemeinden. Hier wurden in den Sozialdiensten der 23 grossen Gemeinden - wie auch bei den RAV und der IV-Stelle - verantwortliche Koordinatoren bestimmt. Eine erste gemeinsame Tagung fand im Juni 2007 statt. b) Gemeinsame Strategie gegen die Erwerbslosigkeit Jugendlicher im Kanton: Die Resultate wurden im Februar 2007 vorgestellt. Für das Jahr 2008 ist die Um-setzung mit den entsprechenden Vorlagen geplant. c) Im Bereich MAMAC ist der Kanton Basel-Landschaft ein Pilotkanton des Bundes. Die Arbeiten sind gut angelaufen. In der Pilotphase mit drei Gemeinden und zwei RAV konnten bereits die ersten Assessments durchgeführt werden. - Mit dem Schlussbericht vom 11. Dezember 2007 konnte dieses Projekt erfolg-reich abgeschlossen werden. Insgesamt 22 Gemeinden - die aber 90 Prozent aller Sozialhilfefälle repräsentieren - sind jetzt mit dem KSA vernetzt. Dies erleichtert den Schriftenaustausch wie auch die Erstellung der Sozialhilfestatistik erheblich. Koordination Asylwesen - Als Reaktion auf die Anpassungen der Bundesgesetze wurde die total revidierte kantonale Asylverordnung vom Regierungsrat per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Aus ökonomischen Gründen wurde eine Strategie mit einer einheitlichen Unter-bringungsstruktur und lediglich zwei Massnahmen- und Vergütungsgruppen gewählt. Die bestehenden fünf Kategorien im Asylbereich wurden dabei in folgende zwei Gruppen aufgeteilt: Die erste Gruppe besteht aus den Asylsuchenden (N), den Vorläufig Aufgenommenen (F) und den Schutzsuchenden ohne Aufenthalts-bewilligung (S). Die zweite Gruppe umfasst Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung und Personen mit einem Nichteintretensentscheid, die unter den so genannten Sozialhilfestopp fallen. - In der Schulung des KSA vom 10. Dezember 2007 wurde eine umfassende Instruktion über die Neuerungen im Asylbereich integriert. - Anlässlich der Besuche in den Gemeinden werden auch vorhandene kommunale Kollektivunterkünfte kontrolliert. Fachstelle für Familienfragen - Der Entwurf der Landratsvorlage "Familienergänzende Kinderbetreuung" (FEB) wurde vom Regierungsrat im Oktober 2007 in die Vernehmlassung geschickt. Mit dem Wechsel der Fachstelle für Familienfragen zur JPMD wird die neue Direktion nach der Einführung des FEB-Gesetzes über das weitere Vorgehen in Sachen "Familiengesetz" entscheiden.
-----------------	--	---

Nr. 2.03.01	Einzelne Massnahme Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Die Bestimmungen im Sozialhilfegesetz betreffend die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen werden im Bereich der Lohnkostenbeiträge (§ 19 SHG) ab dem 1. Januar 2007 auf nicht-steuerbefreite und nicht-gemeinnützige Arbeitgebende ausgedehnt. Um zu gewährleisten, dass ausschliesslich sozialverträgliche Programme berücksichtigt werden, und eine wettbewerbsverzerrende Konkurrenzierung (mit nicht marktkonformen Kosten bzw. Preisen) der weiteren Marktteilnehmer verhindert werden kann, arbeitet das KSA in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und dem Verband für Sozialhilfe (VSO) Rahmenbedingungen aus und sorgt für gut funktionierende Kontrollmechanismen. Planungsstand: Die beteiligten Stellen sind vorinformiert. Datum der Zielerreichung: 31. März 2007	Finanzielle Auswirkungen 2007: 1.5 Mio. Fr.	Ziel erreicht. Erste Verträge mit Lohnkostenbeiträgen sind bereits bewilligt und im Gebrauch.
Nr. 2.03.02	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Einzelne Blöcke Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) ist Anfang 2006 im ganzen Kanton von den beteiligten Institutionen (Sozialhilfe, IV, KIGA, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) umgesetzt worden. Im Jahre 2007 soll die IIZ ausgebaut und verbessert werden, insbesondere sollen weitere IIZ-Projekte, wie MAMAC, IIZ Plus und jugendliche Arbeitslose, initialisiert und umgesetzt werden. Planungsstand: Initiiert. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007		Das neue Projektorganigramm mit den drei Prozessen: a) IIZ klassisch, b) junge Erwachsene und c) MAMAC hat die entsprechenden Zwischenziele erreicht.
Nr. 2.03.05	Spezifische Schulungen für Behördenmitglieder Diverse Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden ausgearbeitet, auch als einzelne Module zu spezifischen Themen. Die Angebote erfolgen teilweise zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2007 / 30. November 2007		Ziel erreicht.

Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr in einer höheren Auflage. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes). Planungsstand: Laufende Bearbeitung der Datenbestände. Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2007		Ziel erreicht. Erstmals konnte die Publikation der Eckwerte bereits im April erfolgen. Die Statistik zusammen mit den Finanzdaten folgte im August.
Nr. 2.03.07	Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft Die vom Regierungsrat eingesetzte Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt es bei Bedarf. Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht. Planungsstand: Laufende Überarbeitung. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2007		Ziel erreicht. Zusammen mit der Konsultativkommission Sozialhilferecht wurden die Beiträge erarbeitet. Versand und Aufschaltung ins Internet im November. Schulung im Dezember.

Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Der Kanton weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilmässig direkt ab Empfangsstelle zu. Die Zuweisungen erfolgen aus ökonomischen Gründen prioritär in die kommunalen Kollektiv-Unterkünfte. Er richtet den Gemeinden die bundesrechtlichen Vergütungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich aus und sorgt für die Bereitstellung der entsprechenden Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Asylsuchende. Er sorgt für die Bereitstellung der Nothilfe gemäss BV 12 für Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE). Die bestehende, bewährte Organisation des Asylwesens ist entsprechend weiterzuführen und muss zukunftsorientiert den Entwicklungen angepasst werden.	↓ Amtsbericht 2007 Dem Kanton wurden im Jahr 2007 264 Personen vom Bund zugewiesen. Dies entspricht einer Reduktion von 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Bestand an Personen mit Status N + F im Kanton hat um 8.5 Prozent auf 1386 (2006: 1515) abgenommen. Die Aufnahmequote für die Gemeinden liegt seit dem 1. Juli 2005 bei 0.8 Prozent der Bevölkerung. Die aktuelle Durchschnittsquote im Kanton liegt bei 0.51 Prozent. Die Differenz dient als strategische Leistungsreserve. Die Unterbringung der Asylsuchenden in den Gemeinden verlief ohne Probleme. Prioritär wurden die Asylsuchenden in den kommunalen Kollektivunterkünften untergebracht. Bestehende Individualwohnräume werden nur noch nach Rücksprache und auf Wunsch der Gemeinden neu belegt. Das im Kanton Basel-Landschaft installierte System, mit seiner schlanken und vollumfänglich durch Bundesgelder finanzierten Asyladministration auf Kantonsebene, der Zuweisung mittels Quotenregelung und die Abgeltung der Kosten in den Gemeinden über Tages- und Bestandespauschalen aus Bundesmitteln, hat sich auch im Jahr 2007 bewährt. Die Zahlen im Bereich NEE haben sich im Jahr 2007 stabilisiert. Wie vom Regierungsrat beschlossen, wurde die Notunterkunft in Muttenz auf den 30. Juni 2007 geschlossen, die restlichen Bewohner konnten in den bestehenden Strukturen der Gemeinden platziert werden.
-----------------	---	--

Nr. 2.04.02	Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Controlling bezüglich der weiteren innerkantonalen Szenarien im Hinblick auf eine mögliche, zukünftige Bundesvergütung in Form einer Globalpauschale und der möglichen Änderungen infolge des revidierten Asylgesetzes - inkl. Sozialhilfestopp für abgewiesene Asylbewerber. - Überprüfung der Quotenzuteilung bei rückgängigen Asylzahlen; - Überprüfung der Organisationsstruktur aus mittelfristiger Optik; - Sicherstellung der Kostenneutralität für den Kanton im Bereich der Personen des Asylrechts und der Personen mit dem Status B-Flüchtlinge; - Überprüfung der Rentabilität in Bezug auf die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens, dies angesichts der für das Asylwesen anstehenden, nicht unwesentlichen Änderungen im KVG. Planungsstand: Controlling erfolgt permanent. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007 / 31. Dezember 2007		Ziel erreicht. Mit RRB Nr. 855 vom 5. Juni 2007 beschloss der Regierungsrat, die total revidierte kantonale Asylverordnung in die Vernehmlassung zu geben. An der Vernehmlassung haben 41 Gemeinden direkt, der Verband für Sozialhilfe (VSO) und der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) sowie alle Direktionen teilgenommen. Bedenken wurden zum Übergang der finanziellen Zuständigkeit auf die Gemeinden für vorläufig Aufgenommene nach Ablauf von sieben Jahren (VA 7 plus) und zur Auslastungssituation der kommunalen Kollektivunterkünfte angemeldet. Diese Bedenken konnten anlässlich eines Gesprächs vom 10. September 2007 mit dem VBLG und einer Delegation von Gemeinden mit einer Übereinkunft weitgehend ausgeräumt werden. Mit RRB 1475 vom 16. Oktober 2007 hat der Regierungsrat die endgültige Asylverordnung per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Im Bereich Gesundheitsversorgung konnte die Zahl der Krankenversicherer auf eine Kasse reduziert werden.
Nr. 2.04.03	Nichteintretensentscheide (NEE) Ausrichtung der Nothilfeunterstützung gemäss RRB Nr. 1848 vom 21. September 2004. Koordination der Massnahmen mit dem Amt für Migration und der Gemeinde MuttENZ. Steuerung der NEE-Kosten in allen Bereichen. Die Vereinbarung mit der Gemeinde MuttENZ über den Betrieb der Notunterkunft läuft per Ende 2008 aus. Sicherstellung geeigneter Massnahmen und Strukturen bei einer allfälligen Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle abgewiesenen Asylsuchenden. Planungsstand: Das Controlling wird laufend fortgeführt. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007 / 31. Dezember 2007	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.74 Mio. Fr.	Ziel erreicht. Mit RRB 1889 vom 12. Dezember 2006 hat der Regierungsrat die Schliessung der Notunterkunft per 30. Juni 2006, in Abstimmung mit der Gemeinde MuttENZ, beschlossen. Die letzten vier Bewohner konnten per 31. März 2007 auf die Gemeinden verteilt werden. Das Gebäude konnte nach dem Rückbau Ende Juni der BUD zurückgegeben werden. Das NotZ verzeichnete 2007 noch 582 Übernachtungen. Dies entspricht einer Auslastung von nur noch rund 5 Personen pro Nacht. In den Gemeinden waren im Schnitt 17 Personen untergebracht. Gesamthaft wurden in den Gemeinden etwa 4'900 Übernachtungen registriert. Die Nettokosten für die Nothilfe belaufen sich im Jahre 2007 auf rund 400'000 Franken.

Nr. 2.04.04	Aufsicht über die kommunalen Kollektivunterkünfte im Asylwesen Periodische Überprüfung aller kommunalen Kollektivunterkünfte hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften und Auflagen. Planungsstand: Laufende Kontrolle (Routinegeschäft). Datum der Zielerreichung: 31. Oktober 2007		Ziel erreicht.
Nr. 2.04.05	Schulungen Regelmässige Schulungen und ERFA-Gruppen zu ausgesuchten Themen (zum Beispiel Gesundheit, Abrechnung, Anpassungen durch Gesetzesänderungen). Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2006 / 31. Dezember 2006		Ziel erreicht. Mit der Informationsveranstaltung des KSA vom 10. Dezember 2007 wurden die Gemeinden ausführlich über die Neuerungen im Asylbereich instruiert. An dieser Veranstaltung waren rund 300 Personen aus 83 Gemeinden anwesend.
Nr. 2.04.06	Datenaustausch mit externen Sozialhilfestellen der Gemeinden In der Vergangenheit konnte das Meldewesen zwischen den Gemeinden und dem Kantonalen Sozialamt erheblich vereinfacht werden. Nach § 27 der Sozialhilfeverordnung teilen die Sozialhilfebehörden jede ergangene Unterstützungsverfügung innert zwei Wochen dem Amt mit und ergänzen diese mit den Angaben über Personalien, Familienstand, vormundschaftliche Massnahmen, Nationalität und Aufenthaltsstatus sowie allfällige verfügte familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge (Grundmeldung). Der Datenaustausch mit der Anwendung "KLIB" erfolgt in sieben Gemeinden, welche 26% aller Fälle betreuen. Nachdem das Pilotprojekt mit der Anwendung "VIS" im 2006 erfolgreich abgeschlossen wurde, werden bis Mitte 2007 gesamthaft zehn Gemeinden mit dem KSA vernetzt sein, welche 40% aller Fälle betreuen. Gleichzeitig ist vorgesehen, bis Mitte 2007 eine weitere Agglomerationsgemeinde mit einem Volumen von 12% der Falleinheiten mit der Anwendung "KLIB" zu vernetzen. Planungsstand: Die Koordination der Arbeiten erfolgt in der Arbeitsgruppe, welche sich regelmässig zu Besprechungen einfindet. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007		Ziel mit Schlussbericht vom 11. Dezember 2007 erreicht. Neben den "KLIB-Gemeinden" und den "VIS-Gemeinden" konnten auch noch die drei Gemeinden mit dem System "Tutoris" angeschlossen werden. Rund 90 Prozent aller Meldungen erreichen das Amt jetzt online.

Nr. 2.06	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" - im Jahre 2004 erschienen und auf grosse Zustimmung gestossen - zeigt Instrumente auf, die als strukturelle Rahmenbedingungen für die Koordination und die Führung der kantonalen Familienpolitik dienen. Die Umsetzung erfolgt gemäss der regierungsrätlichen Priorität und in Berücksichtigung der personellen und finanziellen Möglichkeiten.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 2.06.03	Einzelne Massnahme Gesetzesentwurf "Familienergänzende Kinderbetreuung" (FEB) Fertigstellung des Gesetzesentwurfes "Familienergänzende Kinderbetreuung" (FEB) zur Behandlung im Landrat, in Beantwortung der Motion 1999 / 074 vom 15. April 1999. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 31. März 2007	Ziel erreicht. Mit RRB 1523 vom 23. Oktober 2007 hat der Regierungsrat die FKD beauftragt, den Entwurf der Landratsvorlage in die Vernehmlassung zu geben.
Nr. 2.06.04	Kantonales Familiengesetz (KFG) Ausarbeitung von Grundlagen für ein kantonales Familiengesetz (KFG) zuhanden des Regierungsrates. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2007	Ziel nicht erreicht. Die Fachstelle für Familienfragen wurde per Ende Oktober 2007 zur JPMD transferiert. Der Entscheid über ein kantonales Familiengesetz soll erst nach der Verabschiedung des Gesetzes "Familienergänzende Kinderbetreuung" gefällt werden.
Nr. 2.06.05	"Plattform Familie und Beruf" Durchführung der Veranstaltung "Plattform Familie und Beruf" als ein Projekt zur Familienförderung. Planungsstand: Initialisiert. Datum der Zielerreichung: 31. März 2007	Ziel erreicht. Die Veranstaltung wurde im Januar 2007 im Rahmen der Gründung des "Baselbieter Bündnisses für Familien" durchgeführt.

Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Die Unternehmenssteuerreform ist im Jahr 2007 abzuschliessen. Damit soll die Standortattraktivität des Kantons Basel-Landschaft stark erhöht werden. Der Kanton Basel-Landschaft soll bei der Unternehmensbesteuerung einen Spitzenplatz unter den Nordwestschweizer Kantonen einnehmen. Die im Jahr 2006 und früher beschlossenen Steuergesetzesänderungen sind für die Steuerkunden möglichst kundenfreundlich und für die Steuerverwaltung möglichst verwaltungsökonomisch umzusetzen. Nach der Einführung der neuen Steuersoftware NEST und der neuen Organisation (OS 2006) soll die Steuerverwaltung in eine Konsolidierungsphase treten.	↓ Amtsbericht 2007	
Nr. 2.07.01	Einzelne Massnahme Revision der Familienbesteuerung Umsetzung der Steuergesetzesrevision zur Entlastung von Familien und tiefen Einkommen sowie Umsetzung des BGE vom 27. Mai 2005 (Erhöhung Eigenmietwert und Aufhebung Mietkostenabzug) - Vorlage 2006 / 108. Anpassung von Formularen, Wegleitung und Steuersoftware NEST.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Minder-einnahmen von 32 Mio. Fr.	Die notwendigen technischen und formularmässigen Anpassungen und Änderungen wurden seitens der kantonalen Steuerverwaltung rechtzeitig vorgenommen, um die Familiensteuerreform umsetzen zu können.
Nr. 2.07.02	Abschluss der Unternehmenssteuerreform Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2007; Volksabstimmung im 2. Semester 2007; Inkraftsetzung per 1. Januar 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2007: ertragswirksam ab 2008	Die Revision ist abgeschlossen. Am 25. November 2007 hat der Souverän die Unternehmenssteuerreform mit 61.1 Prozent Ja-Stimmen angenommen.
Nr. 2.07.05	Umsetzung der Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende Technische Umsetzung der Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende. Einführung einer leistungsstarken Scanninglösung und Anpassung der Steuersoftware NEST spätestens im 1. Quartal 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Mehrertrag jährlich von ca. 15 Mio. Fr.	Die technische Umsetzung ist erfolgt. Die kantonale Steuerverwaltung scannt die von den Arbeitgebenden zugestellten Lohnausweise ein und prüft diese elektronisch. Im Jahr 2007 sind rund 218'000 Lohnausweise zugestellt und verarbeitet worden.

Nr. 2.07.06	Abschluss des Projektes "Census" Konsolidierung in der Steuerverwaltung nach Abschluss des Projektes "Census" und nach Einführung der neuen Organisationsstruktur (OS 2006). Die Abläufe und Prozesse, die internen Kontrollsysteme sowie die Organisationsstruktur sind auf ihre Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.		Die Abläufe und die Organisationsstruktur wurden überprüft und in den Bereichen Logistik und Natürliche Personen 1 der kantonalen Steuerverwaltung wurden Korrekturen vorgenommen. Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist im Aufbau und wird im Jahr 2008 weiter ausgebaut.
Nr. 2.07.15	Steuerliche Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Einführung der steuerlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (vereinfachtes Abrechnungsverfahren). Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2007; Inkraftsetzung per 1. Januar 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2007: ertragswirksam ab 2008	Die Massnahmen sind in der Vorlage betreffend ein Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) (Vorlage 2007 / 282) enthalten.
Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Mit dem Aufbau einer Kantonalen Namens- und Adressdatenbank (KANADA) wird der Abbau der in der Verwaltung bestehenden Redundanzen im Bereich der Adressenhaltung angestrebt. Das neue KANADA-Gesetz bildet mit dem gleichzeitig zu beratenden Anmeldegesetz die Grundlage für die Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden. Damit wird die Einrichtung einer einheitlichen Datenschnittstelle von den Gemeinden zum Kanton ermöglicht. Der Kanton richtet eine Namens- und Adressdatenbank ein, die allen Verwaltungsstellen den Rückgriff auf die aktuellen Einwohnerdaten ermöglicht. Die eigene Datenpflege einzelner Amtsstellen kann mittelfristig abgelöst werden. Die Website www.statistik.bl.ch wird stark frequentiert. Die Weiterentwicklung der Web-basierten Datenauswertung für spezifische Dienststellen der Verwaltung wird in einem zweiten Schritt weiterentwickelt, damit Dienststellen ihre eigenen Datenbedürfnisse effizienter, schneller und unabhängig erfüllen können.		↓Amtsbericht 2007 Der Bund hat das neue Registerharmonisierungsgesetz in Kraft gesetzt und das Volkszählungsgesetz revidiert. Die Vorlage KANADA wurde an die neuen Voraussetzungen angepasst, was gegenüber dem früheren Fahrplan zu Verzögerungen geführt hat. Aus dem KANADA-Gesetz wird neu das Anmelde- und Registergesetz (ARG). Die Arbeiten für die Harmonisierung der Einwohnerregister wurden in Angriff genommen. Verschiedene Gemeinden haben sich für Pilotversuche zur Verfügung gestellt.
Nr. 2.08.04	Einzelne Massnahme Weiterentwicklung des Web-Portals Entwicklung von Auswertungswerkzeugen für die Bedürfnisse spezifischer Datenbenutzerinnen und Datenbenutzer in der Verwaltung.		Im Rahmen der neu im Aufbau begriffenen Steuerstatistik wird eine Plattform für einen Direktzugriff der Steuerverwaltung vorbereitet.

Nr. 2.08.06	Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA) Das Gesetz über die Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA) wird dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt. Es beinhaltet neben dem KANADA-Gesetz das Anmeldegesetz und das entsprechende Kreditbegehren.		Der Bund verlangt eine Anschlussgesetzgebung für den Vollzug des Registerharmonisierungsgesetzes und des Volkszählungsgesetzes, die per 1. Januar 2009 in Kraft treten. Die Vorlage wird im Frühjahr 2009 dem Landrat vorgelegt.
Nr. 2.08.07	Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID) Ergänzung der Einwohnerkontrollen in den Gemeinden mit dem eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID). Einrichtung der Schnittstelle von den Gemeinden zur kantonalen Gebäudedatenbank. Die Gemeinden werden bei der Umsetzung fachlich durch den Kanton unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Die Gebäudedatenbank wurde aktualisiert und die Baustatistik revidiert, damit das Gebäude- und Wohnregister nachgeführt werden kann. Sobald die Software in den Gemeinden angepasst ist, kann mit den Ergänzungen der Einwohnerregister begonnen werden.
Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Das prioritäre Ziel des Personalamtes (PA) besteht für das Jahr 2007 darin, eine ganzheitliche Personalstrategie für den gesamten Kanton zu entwickeln und entsprechend abgeleitet davon, Massnahmen zu erarbeiten. Weitere Schwerpunkte werden in der Weiterentwicklung des Bereiches Personalentwicklung und den Arbeiten zum Projekt ERP gesetzt.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 2.09.02	Einzelne Massnahme Lohnwesen: Weiterführung von Projekten zur Weiterentwicklung des Lohnsystems Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (nBBG) sind eine Vielzahl von Berufsausbildungen nach gesamtschweizerischen Vorgaben neu zu regeln. Einerseits werden neue Berufe mit den entsprechenden Ausbildungen konzipiert und andererseits werden für bestehende Berufe neue Ausbildungen entwickelt. Das Lohnsystem ist daraufhin zu prüfen, ob aufgrund dieser neuen Voraussetzungen Anpassungen im Einreichungsplan und in den Modellumschreibungen vorzunehmen sind.		Eine wesentliche Voraussetzung zur Zielerreichung bilden inhaltliche Anforderungen an die neuen berufsspezifischen Funktionen. Das PA wird mittels RRB den Auftrag an alle Direktionen erteilen, die neuen beruflichen Funktionen im jeweiligen Bereich zu beschreiben und dem PA weiter zu geben, damit der Abgleich mit dem Einreichungsplan bzw. dessen Anpassung im Sinne der Zielsetzung vom PA vorgenommen werden kann.
Nr. 2.09.03	Qualitatives Personalcontrolling Erarbeiten eines ganzheitlichen Konzeptes betreffend Planung und Umsetzung einer Mitarbeiterbefragung (MAB) mit dem Ziel einer Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit.		Das Projekt ist in Bearbeitung und auf Zielkurs.

Nr. 2.09.04	Personalentwicklung Weiterführung der Arbeiten im Bereich der Konsolidierung der verschiedenen kantonsweiten Personalentwicklungsmassnahmen und -instrumente zum ganzheitlichen Personalentwicklungskonzept.		Das Personalentwicklungskonzept, das für den gesamten Kanton gültig ist, wurde am 11. Dezember 2007 vom Regierungsrat verabschiedet. Die Erarbeitung der Detailkonzepte erfolgt gemäss Terminplan.
Nr. 2.10	Programmpunkt Informatik Strategische Zielsetzungen Das prioritäre Ziel besteht für das Jahr 2007 darin, anfangs 2007 die ERP-Landratsvorlage vorzulegen und anschliessend mit der Einführung eines integrierten ERP-Systems zu beginnen. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der Erarbeitung der IT-Strategie gesetzt.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 2.10.01	Einzelne Massnahme Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning) Der Kanton wird in den kommenden Jahren sein Personalsystem sowie die Finanz- und Rechnungswesenapplikation ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weitreichende Fragen auf (Organisation, Prozessoptimierungen, Wirtschaftlichkeit, zukünftige IT-Entwicklung, Softwarearchitektur, Funktionalitätsbedarf, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Die dazu erforderlichen Umsetzungsschritte werden dem Landrat zu Beginn des Jahres 2007 vorgeschlagen. Geplant ist die Einführung eines integrierten ERP-Systems per Ende 2009. Diese Massnahme betrifft diverse Dienststellen der Verwaltung und erscheint hier zusammengefasst an einer Stelle.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 2.5 Mio. Fr.	Nachdem der Zeitplan wegen Einsprachen bei der Ausschreibung (inzwischen erledigt) hat angepasst werden müssen, werden die erforderlichen Umsetzungsschritte dem Landrat Anfang 2008 vorgeschlagen. Geplant ist die produktive Einführung eines integrierten ERP-Systems anfangs 2010.
Nr. 2.10.02	IT-Strategie Die Erarbeitung einer verwaltungsweiten IT-Strategie wird gestartet, nachdem die ERP-Strategie und die Evaluation eines entsprechenden Systems abgeschlossen sind.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.25 Mio. Fr.	Die ERP-Evaluation konnte wegen Einsprachen erst im Dezember 2007 abgeschlossen werden. Die IT-Strategie wird somit erst anfangs 2008 gestartet.
Nr. 2.10.03	Telefonie Beginn der Erneuerung der Telefonie-Systeme durch schrittweise Überführung auf die IP-Telefonie (Telefonie über Internet Protokoll, IP) (sofern die entsprechende Landratsvorlage vom Parlament 2006 gutgeheissen wird).	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr.	Ziel erreicht. Nach der Verabschiedung der Landratsvorlage 2007 / 003 am 22. März 2007 konnte im Verlauf des Jahres mit der Erneuerung der Telefonie gestartet werden.

Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Die Region soll weiterhin über einen intakten und konkurrenzfähigen Flughafen verfügen, welcher die für Wirtschaft und Bevölkerung wichtigen Verkehrsverbindungen anbietet. Die Wohnqualität und die Umweltverträglichkeit sollen mit flankierenden Massnahmen im Luftverkehr gewahrt bleiben.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 2.11.01	Einzelne Massnahme Einhalten der Umweltschutzmassnahmen Die Regierung engagiert sich für eine möglichst umweltverträgliche Abwicklung des Luftverkehrs. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass die zwischen Frankreich und der Schweiz vertraglich vereinbarten Pistenbenutzungsbedingungen und die weiteren Umweltauflagen gemäss Landratsbeschluss zum Investitionsbeitrag (1998 / 145) eingehalten werden.	Die Umweltauflagen wurden auch im vergangenen Jahr eingehalten; insbesondere die Beschränkung der Direktstarts nach Süden. Positiv ist die stabile Zahl der Bewegungen bei gleichzeitigem Passagierzuwachs. Ein wichtiger Meilenstein war die Inbetriebnahme des ILS 34 (im Dezember 2007). Die Auswirkungen des neuen Landeverfahrens können erst nach einer längeren Betriebsdauer verlässlich beurteilt werden.
Nr. 2.11.03	Erhalt der Attraktivität des Flughafens Die Bedeutung der Plattform als wichtiger Arbeitgeber in der Region muss bewahrt und gestärkt werden. Der Regierungsrat unterstützt daher die Bemühungen zum Erhalt und zur Verbesserung des Verkehrsangebotes am Flughafen. Er setzt sich zudem dafür ein, dass faire Rahmenbedingungen für die Unternehmen am Flughafen bestehen.	Im vergangenen Jahr konnte der EuroAirport einen Rekordwert beim Passagieraufkommen verzeichnen (+ 6 Prozent; 4.27 Mio. Passagiere). Ein wichtiger Meilenstein in der Weiterentwicklung des Flughafens war der Beginn der Erschliessungsarbeiten zum Bau von Grosshangars für den Flugzeugunterhalt. Positiv hat sich die Zahl der Arbeitsplätze entwickelt (+ 400 Arbeitsplätze; insgesamt rund 6'000).
Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern Strategische Zielsetzungen Entsprechend der Landratsvorlage Nr. 2006 / 166 konzentriert sich die Fachstelle für Gleichstellung auf Qualitätssicherung. Im Vordergrund stehen die Entwicklung eines Gleichstellungs-Controllings und die Konsolidierung der Fachstelle für Gleichstellung als Kompetenzzentrum. Neue Zielgruppen sollen mit einem Motivationsprojekt für junge Frauen und Männer für Politik und Gleichstellung sowie der Weiterentwicklung von Massnahmen zur Wahrnehmung von Haus- und Familienarbeit angesprochen werden.	↓ Amtsbericht 2007 Die strategischen Zielsetzungen der Regierung zur Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik wurden im Parlament breit diskutiert und bestätigt. Die Ergebnisse flossen in die Landratsvorlage 2007 / 188 ein zur Erhaltung der Fachstelle für Gleichstellung und ihrer Konsolidierung als Kompetenzzentrum für Gender- und Gleichstellungsfragen.

Nr. 2.12.01	Einzelne Massnahme Einführung eines Gleichstellungs-Controllings Die laufenden Projekte zur Einführung eines Gleichstellungs-Controllings im Bereich gegen häusliche Gewalt, Personalmanagement, Schulen werden weitergeführt und ausgewertet. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann wird als kantonales Kompetenzzentrum für Gender- und Gleichstellungsfragen konsolidiert.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Aus bestehendem Budget und mit Finanzhilfen Dritter finanziert	Neben der Weiterarbeit an Teilprojekten wurde ein Konzeptentwurf "Gender Mainstreaming und Gleichstellungs-Controlling Baselland" erarbeitet. Er konkretisiert die Neuausrichtung und skizziert die nächsten Schritte zur Implementierung. Neu bietet die Fachstelle für Gleichstellung auf www.gleichstellung.bl.ch konkrete Hilfsmittel für Schulentwicklungsprozesse, Führungsinstrumente etc. zum Schutz der sexuellen Integrität auf der Sekundarstufe II an.
Nr. 2.12.07	Interesse für Politik und Gleichstellung Ein Motivationsprojekt unterstützt junge Frauen und Männer in ihrem Interesse für Politik und Gleichstellung. Mit der Entwicklung von konkreten Massnahmen zur Anerkennung von Haus- und Familienarbeit werden Hausfrauen und -männer sowie Unternehmen angesprochen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Aus bestehendem Budget und mit Finanzhilfen Dritter finanziert	Das mit dem Jugendrat geplante Projekt "politstyle" musste aus technischen Gründen eingestellt werden. Die Thematik wurde jedoch im Rahmen einer Bestandesaufnahme zur Entwicklung der politischen Partizipation weiterverfolgt. Die Integration des für die 3. Sekundarschulklassen vorgesehenen "Haushaltstages" in den stufenübergreifenden "Gendertag" ermöglicht es, sich mit der wechselseitigen Abhängigkeit von Haus- und Familienarbeit gegenüber Erwerbsarbeit praxisnah auseinanderzusetzen.

Teil 3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Nur wer verantwortungsbewusst zu verändern versteht, kann bewahren, was sich bewährt hat." (Willy Brandt)

Das vierte und letzte Jahr des Regierungsprogramms 2004 - 2007 wird für die VSD ein Jahr der Weiterbearbeitung von laufenden Projekten sein.

Es wird darum gehen, den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB), das Projekt der Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz und die Vorbereitung der Spitäler auf das Globalbudget weiter zu bearbeiten. Die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt im Bereich der Spitalversorgung wird durch die Umsteuerung der Lehre und Forschung aus der Dienstleistung zur Universität und das gemeinsame Sammeln von Erfahrungen in diesem Bereich geprägt sein. Die gemeinsamen Anstrengungen, auf gesamtschweizerischer Ebene eine Lösung bezüglich interkantonalen Planung der hoch spezialisierten Medizin (Interkantonale Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hoch spezialisierten Medizin, IVKKM) zu finden, wird ebenso ein Thema bleiben, wie die Ausgestaltung der leistungsorientierten Finanzierung des schweizerischen Spitalwesens auf der Basis von pauschalierten Leistungseinheiten (data related groups, DRG). Zu hoffen ist, dass die unklare Situation bezüglich KVG-Revision bereinigt werden kann.

Wegen der Verzögerung der Waldgesetzesrevision auf Stufe Bund wird das Jahr 2007 auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene und die Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen auf kantonaler Ebene zur Vorbereitung des NFA.

Das neue, per 1. Januar 2006 grundsätzlich in Kraft getretene Familienzulagengesetz entfaltet nach dem Übergangsjahr 2006 seine Wirkung in einigen wesentlichen Punkten erst ab 2007: Ab dem 1. Januar 2007 erlöschen alle Anerkennungen von GAV-Lösungen (Anschlusspflicht an eine Familienausgleichskasse) und müssen die Familienausgleichskassen über die entsprechende Anerkennung durch die VSD verfügen. Zudem gilt ab diesem Datum die Anspruchsberechtigung und die Beitragspflicht der Selbständigerwerbenden.

Das Gesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vom 5. Juni 2005 beinhaltet im Wesentlichen die Schaffung einer Anlaufstelle für Unternehmen und die Überprüfung der Belastung der Unternehmen durch behördliche Vorschriften. Es wird die Direktion auch im Jahre 2007 beschäftigen. Bis Mitte des Jahres 2007 ist eine Regulierungsfolgenabschätzung vorzunehmen, um feststellen zu können, in welchem Ausmass KMU von behördlich verordneten Massnahmen betroffen sind.

Das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) ist per 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Es regelt gemäss Artikel 2 sämtliche Berufsbereiche ausserhalb der Hochschulen. Damit werden in diesem Gesetz neu auch die Berufe der Gesundheit, der Landwirtschaft sowie des Sozial- und Kunstbereiches geregelt. Die ersten Ausbildungen in den Gesundheitsberufen nach den Regeln des neuen BBG laufen. Die Grundbildung in den Sozialberufen wurde im Jahre 2006 neu organisiert. Offen ist damit einzig noch die Überführung der Landwirtschaftsberufe unter das neue Gesetz. Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten sind im Jahre 2007 geplant.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Wegen der Verzögerung der Waldgesetzesrevision auf Stufe Bund wird das Jahr 2007 auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene und die Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen auf kantonaler Ebene zur Vorbereitung des NFA. Auf Stufe Waldeigentum wird die Vorbereitung der Holzlieferungen für das Holzkraftwerk in Basel, das im Jahr 2008 seinen Betrieb aufnehmen wird, im Vordergrund stehen.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 3.01.01	Einzelne Massnahme Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Beratung Wald- und Holzwirtschaft Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstbetriebe und Aktivitäten zur Förderung des Holzabsatzes werden weiterhin unterstützt. Der Aufbau leistungsfähiger, eigenwirtschaftlicher Betriebsstrukturen liegt im öffentlichen Interesse. Die Forstbetriebe sollen in der Lage sein, alle Waldfunktionen effizient und kostengünstig sicherzustellen. Der Kanton unterstützt den Strukturwandel durch die Beratungstätigkeit der Kreisforstingenieure und den Abschluss des laufenden Projektes „Strukturverbesserung“. Zudem ist die kantonale Umsetzung der Förderaktivitäten des Bundes im Bereich Waldwirtschaft für die nächsten Jahre aufzugleisen. Eng verbunden mit der Förderung eigenwirtschaftlicher Forstbetriebe ist der Absatz der produzierten Produkte. Folgende Projekte und Aktivitäten werden durch das Forstamt beider Basel in enger Zusammenarbeit mit dem Waldwirtschaftsverband beider Basel und weiteren Exponenten der Waldwirtschaft begleitet: das Holzheizkraftwerk in Basel, die Rezertifizierung der Wälder, die Machbarkeitsstudie für ein Werk zur Produktion von Pellets aus Waldholz, Projekte zur Förderung der Holznutzung im Privatwald und zur Verwendung von zertifiziertem Holz in kantonalen Bauten.	Im Januar (Revier Farnsberg) und im September (Revier Oberes Diegtal) nahmen zwei weitere forstliche Zweckverbände ihren operativen Betrieb auf. Daneben begleitete und unterstützte das Forstamt weitere erfolgreiche Projekte: ein Pilotprojekt des Waldwirtschaftsverbandes zur Nutzungssteigerung im Privatwald, die Rezertifizierung der Wälder und das Projekt einer Waldpelletsproduktion. Zum letzten Punkt ist anzumerken, dass der Versuch des Forstamtes beider Basel (FbB), zwei unabhängige Projekte für Pelletswerke im Raum Sissach bzw. Laufental zusammen zu führen oder wenigstens zu koordinieren, gescheitert ist. Die Gründe für das Scheitern lagen in den unterschiedlichen Geschäftsmodellen und der Standortevaluation. Die mit Unterstützung des Forstamtes gegründete "Holzvermarktungszentrale Nordwestschweiz", inzwischen eine AG in den Händen der Waldeigentümer, hat im Berichtsjahr erstmals eine Dividende ausschütten können.

Nr. 3.01.02	Gefahrenhinweiskarte Umsetzung der in den verschiedenen bestehenden Schutzwaldprojekten geplanten Massnahmen zur Sicher- und Wiederherstellung der Schutzwirkungen vor Naturgefahren. Nach der Genehmigung der notwendigen Landratsvorlage wird die erste Etappe der Gefahrenkarte erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen. In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt ist zu prüfen, wie entlang der Kantonsstrassen der Schutz vor umfallenden Bäumen verbessert werden kann. Landratsvorlage 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Landratsbeschluss noch pendent Total Brutto: Fr. 4'150'000.-, Anteil Kanton Fr. 1'118'800.- (Konto 2225.318.91) (Betrag provisorisch) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 250'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.25 Mio. Fr.	Im Berichtsjahr konnten die externen Aufträge für die Lose 1 (Birseck) und 2 (Birstal) vergeben und konnte mit den Arbeiten gestartet werden. Die betroffenen bzw. beteiligten Gemeinden wurden anfangs Dezember 2007 umfassend über das Projekt informiert. Rechnung 2006: keine Aufwendungen, Rechnung 2007: Fr. 80'000.-. Ausserordentliche Aufwendungen ergaben sich für die Ergänzung des Ereigniskatasters, bedingt durch die Hochwasserereignisse vom August 2007.
Nr. 3.01.03	Wiederherstellungsprojekt "Lothar" und Sommertrockenheit Landratsvorlage 2005 / 153 vom 31. Mai 2005, LRB 1400 vom 20. Oktober 2005 Total: Fr. 444'000.- (Konto 2225.362.72) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 177'000.- Budget 2006: Fr. 190'000.- Budget 2007: Fr. 73'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.073 Mio. Fr.	Die Wiederherstellungsarbeiten konnten programm-gemäss abgeschlossen werden. Insgesamt wurden 2007 noch rund 25 ha Jungwald gepflegt und dafür Kantons- und Bundesbeiträge im Umfang von 106'600 Franken ausgerichtet. Der Kantonsanteil alleine betrug rund 72'750 Franken. Der Schlussbericht ist in Bearbeitung. Rechnung 2006: Fr. 168'370.-, Rechnung 2007: Fr. 72'753.-.
Nr. 3.01.04	Waldschadenuntersuchung 2004 - 2008 Landratsvorlage 2005 / 152 vom 31. Mai 2005, LRB 1575 vom 12. Januar 2006 Total: Fr. 529'200.- (Konto 2225.318.93) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 221'000.- Budget 2006: Fr. 122'000.- Budget 2007: Fr. 122'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.12 Mio. Fr.	Die Beobachtungsreihen konnten wie geplant durchgeführt werden. Die Evaluation des Programms konnte mit externer Unterstützung im Sommer 2007 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse werden dem Landrat im Rahmen des nächsten Verpflichtungskredits vorgestellt. Rechnung 2006: Fr. 91'723.-, Rechnung 2007: Fr. 106'455.-.

Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Wiederinstandstellungsprojekt „Röschenz - Dittingen“ Landratsvorlage 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005 Total Brutto Fr. 667'500.-, Anteil Kanton Fr. 307'525.- (Konto 2225.362.72) Wiederinstandstellungsprojekt „Laufen“ Landratsvorlage 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005 Total Brutto Fr. 1'006'150.-, Anteil Kanton Fr. 401'740.- (Konto 2225.362.72) Total: Anteil Kanton Fr. 709'000.- (Konto 225.372.72) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 135'000.- Budget 2007: Fr. 142'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.142 Mio. Fr.	Die geplanten Massnahmen zur Sicherung und Wiederherstellung der Schutzwirkungen vor Naturgefahren laufen programmgemäss. In den verschiedenen bestehenden Schutzwaldprojekten werden mit Durchforstungen (= Holzentnahme) die Bestände verjüngt bzw. dort, wo der Waldzustand dies noch erlaubt, die Stabilität des bestehenden Waldbestandes erhöht. Rechnung 2006: Fr. 225'500.-, Rechnung 2007: Fr. 217'553.-. Der oben ausgewiesene Aufwand auf dem Konto 2225.362.72 bezieht sich auf sämtliche im Kanton laufenden Schutzwaldpflegeprojekte. Im Rahmen des Wiederinstandstellungsprojektes "Röschenz - Dittingen" wurden bisher rund 2'000 m3 Holz geerntet. Die Beiträge des Kantons im Jahr 2007 betrugen Fr. 54'031.-. Für das Wiederinstandstellungsprojekt "Laufen" betrugen die kantonalen Beiträge im Jahr 2007 Fr. 63'836.-. Es wurden rund 1'800 m3 Holz genutzt. Beide Projekte sind bezüglich Umsetzungsstand und Finanzen auf Kurs.
Nr. 3.01.06	Leistungsvereinbarung / Stufe Bund und Waldeigentümer Das Waldreservatskonzept beider Basel weist rund einen Viertel der Waldfläche in den beiden Kantonen als besonders wertvoll für den Arten- und Lebensraumschutz aus. Diese heutige Situation ist vor allem der naturnahen und rücksichtsvollen (Jung-)Waldpflege unserer Waldeigentümer und Forstbetriebe zu verdanken. Der Kanton Basel-Landschaft trägt zudem nationale Verantwortung für die Wald bewohnenden Vogelarten Mittelspecht und Grauspecht. Für die Umsetzung von Fördermassnahmen steht ein Verpflichtungskredit für die Abgeltung besonderer Naturschutzleistungen im Wald 2004 - 2008 zur Verfügung (LRV). Im Jahre 2007 ist in enger Zusammenarbeit mit der BUD die Berichterstattung über die bisherigen Erfolge als auch die Fortführung des Programms „Naturschutz im Wald“ (2009 - 2013) sicherzustellen. Mit dem Bund und den Waldeigentümern sind entsprechende Leistungsvereinbarungen („Effor-Projekte“) abzuschliessen.		Im Bereich Wald konnten die Verhandlungen über Leistungsvereinbarungen mit dem Bund befriedigend abgeschlossen werden. Allerdings waren die Inhalte bis zuletzt ungewiss und vor allem war die Ausstattung mit finanziellen Mitteln auf Seiten des Bundes unklar. Wegen Differenzen im Bereich Naturschutz waren auch die Leistungsvereinbarungen "Wald" per 31. Dezember 2007 nicht abgeschlossen. Das Teilprojekt "Leistungsvereinbarungen auf Stufe Waldeigentum" erfuhr deshalb eine Verzögerung und wird erst 2008 bearbeitet. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung wurden die Arbeiten für den nächsten Verpflichtungskredit (2009 - 2013) zur Umsetzung des Programms "Naturschutz im Wald" gestartet.

Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Das Jahr 2007 steht primär im Zeichen der erfolgreichen Weiterführung der neueren Vollzugaufträge im Gebiet der Arbeitsmarktaufsicht, d.h. der Flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr Schweiz - EU und der Bekämpfung der Schwarzarbeit.	↓Amtsbericht 2007 Das Aufgabenschwergewicht in den Bereichen der Arbeitsmarktaufsicht traf wie erwartet ein und stellte hohe Anforderungen insbesondere an die zuständigen Abteilungen des KIGA Baselland sowie an die mit diesem sehr gut kooperierenden Organisationen der Sozialpartner.	
Nr. 3.02.01	Einzelne Massnahme Neue Leistungsvereinbarung für den Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommissionen (TPK) Um einen verbindlichen Vollzugauftrag für die Kantone zu erreichen, hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) obgenannte Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen vorgeschlagen. Sie sollen in einer ersten Phase dem Erfahrungsgewinn dienen und vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2007 gelten. Es gilt vornehmlich im 2007, die vereinbarte Kontrolltätigkeit in der Praxis zu realisieren.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Keine wesentlichen Mehrkosten gegenüber 2006, die notwendigen Ressourcen sind bereits geschaffen worden.	Mit den zwei zur Verfügung stehenden Inspektorenstellen beim KIGA Baselland sind die mit dem Bund vereinbarten 300 Kontrollen übertroffen worden. Es sind rund 360 Kontrollen durchgeführt worden. Auch die Kontrollorgane der Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen haben das Kontrollsoll des Bundes von 629 Kontrollen erfüllt und rund 860 Kontrollen durchgeführt, so dass im Kanton BL insgesamt etwa 1'220 Kontrollen erfolgt sind.
Nr. 3.02.02	Schwarzarbeit Per 1. Januar 2007 tritt aller Voraussicht nach das neue Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) mit (evtl. Teilen) der zugehörigen Verordnung in Kraft. Das BGSA bringt eine griffigere Rechtsgrundlage für die Schwarzarbeitsbekämpfung durch das KIGA. Die zwei Inspektoren des KIGA werden seit 2004 / 2005 vom Vollzug der Flankierenden Massnahmen stark in Anspruch genommen. Um die Schwarzarbeitsbekämpfung gemäss BGSA weiterhin wirksam vornehmen zu können, ist die Anstellung eines/r dritten Inspektors/in unumgänglich. Im Weiteren verlangt das BGSA nach einem Einführungsgesetz in den Kantonen. Ein entsprechender Entwurf soll dem Landrat 2007 vorgelegt werden. Landratsvorlage Kantonales Einführungsgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr. Mehrkosten. Davon sollten vom Bund 50% rückerstattet werden.	Entgegen den Erwartungen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresprogramms 2007 hat der Bundesrat das neue Bundesgesetz zur Schwarzarbeitsbekämpfung erst per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Auf diesen Zeitpunkt sollte auch das Kantonale Einführungsgesetz (rückwirkend) in Kraft treten können - die Landratsvorlage ist im Januar 2008 in der Ratsbehandlung. Im Anschluss wird auch die Frage der personellen Ressourcenerhöhung einer Klärung zugeführt werden.

Nr. 3.02.04	Familienzulagen Das neue, per 1. Januar 2006 grundsätzlich in Kraft getretene Familienzulagengesetz entfaltet nach dem Übergangsjahr 2006 seine Wirkung in einigen wesentlichen Punkten erst ab 2007: Ab dem 1. Januar 2007 erlöschen alle Anerkennungen von GAV-Lösungen (Anschlusspflicht an eine Familienausgleichskasse) und müssen die Familienausgleichskassen über die entsprechende Anerkennung durch die VSD verfügen. Zudem gilt ab diesem Datum die Anspruchsberechtigung und die Beitragspflicht der Selbständigerwerbenden. Es gilt, die Einhaltung dieser Neuerungen durch die Zentrale Aufsichtskommission für Familienzulagen, deren Sekretariat im KIGA angesiedelt ist, zu beaufsichtigen und zu begleiten.		Der Vollzug des neuen Familienzulagengesetzes ist grundsätzlich etabliert. Infolge des beschlossenen neuen Bundesgesetzes ist das kantonale Gesetz jedoch per 1. Januar 2009 zu revidieren (siehe auch den entsprechenden Programmpunkt im Regierungsprogramm 2008 - 2011).
Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung wird weitergehen. Die GAP-Massnahmen werden sukzessive umgesetzt, so dass der Prozess Ende 2007 abgeschlossen ist. Dies betrifft insbesondere die Tierzucht und das Personal. Zusammen mit den Nachbarkantonen werden Arbeitsteilungen geprüft.		↓ Amtsbericht 2007 Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung wurde auf nationaler Ebene auf das Jahr 2009 hinausgeschoben. Die GAP-Massnahmen sind umgesetzt.
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Aus- und Weiterbildung Die landwirtschaftliche Ausbildung wird den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung angepasst. Die Fachstelle Hauswirtschaft wird, im Lichte der leider oft fehl- und überernährten Erwachsenen und Kinder, das Thema der ausgewogenen Ernährung verstärkt bearbeiten. Dies geschieht in Absprache mit der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft und der Lehrerfortbildung der BKSD.		Wegen Verzögerungen auf nationaler Ebene wird die landwirtschaftliche Ausbildung erst ab August 2009 an das Berufsbildungsgesetz angepasst. Die Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung BL klappte vorzüglich, das Programm war und ist erfolgreich.

Nr. 3.03.02	Umschuldung von Betrieben Es besteht weiterhin ein Umschuldungsbedarf. Die Kreditbegehren kommen jedoch fallweise. Sobald fünf Kredite gewährt werden müssen, sind die verfügbaren Mittel aufgebraucht, und es sind neue Bundesmittel erforderlich, die nur mit einer kantonalen Gegenleistung erhältlich sind. Deshalb sind für das Jahr 2007 200'000 Franken zur Auslösung von Bundesmitteln vorzusehen (im Budget enthalten).	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.2 Mio. Fr.	Mit 0.6 Mio. Franken kantonalen Mitteln, die 2005, 2006 und 2007 bereitgestellt wurden, konnten 1.038 Mio. Franken Bundesmittel ausgelöst werden. Somit standen 1.638 Mio. Franken neue Mittel zur Kreditgewährung zur Verfügung. Es wurden 12 Kredite mit einer gesamten Darlehenssumme von 1.4 Mio. Franken gewährt. Sie dienen den Betrieben zur Umschuldung von verzinslichen zu unverzinslichen Darlehen. Die Zinsersparnis beträgt pro Jahr 60'000 Franken. Die gewährten Kredite sind in Jahresraten in 10 bis 15 Jahren rückzahlbar. Die Rückzahlungen werden wieder für neue Kredite verwendet.
Nr. 3.03.03	Ökologischer Ausgleich Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet. Landratsvorlage 2003 / 292, Verpflichtungskredit 2004 - 2007 LRB 2003 / 437 Total: Fr. 19.25 Mio., Teil LZE Fr. 50'000.- (Konto 2240.318.20) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 32'135.35 Budget 2006: Fr. 18'000.- Budget 2007: Fr. 18'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.018 Mio. Fr.	2007 wurde wie bereits 2005 die Wirkung der Aufwertungsmassnahmen Bruderholz Süd und des Vernetzungsprojektes Schlathof auf die Tagfalter- und Heuschreckenfauna untersucht. Gegenüber 2005 blieben die Artenzahlen unverändert. 27 Tagfalter- und 12 Heuschreckenarten konnten festgestellt werden. Dies ist insofern bemerkenswert, als der Sommer 2007 extrem niederschlagsreich war und für die untersuchten Tiergruppen eher ungünstige Bedingungen aufwies. Neu wurde die Gottesanbeterin gefunden. Die Aufwendungen betrugen 12'280 Franken.
Nr. 3.03.04	Konkordat Hochschule Wädenswil Gemäss Beschluss des Konkordatsrates wird das Konkordat für die Hochschule und das Berufsbildungszentrum Wädenswil per Ende 2006 aufgelöst. Die Schulen werden dem Kanton Zürich übergeben. Innerhalb des Kantons geht die Zuständigkeit am 1. Januar 2007 von der VSD an die BKSD über.	Finanzielle Auswirkungen 2007: - 0.2 Mio. Fr.	Die Auflösung des Konkordates und die Änderung der Zuständigkeit im Kanton wurden wie geplant vollzogen.
Nr. 3.04	Programmpunkt Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Die Rheinhäfen beider Basel werden zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts zusammengelegt. Rahmenbedingungen und Hafeninfrastruktur für den trimodalen Güterverkehr (Wasser / Schiene / Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert.		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 3.04.01	Einzelne Massnahme Fusion und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BL / BS wird die Zusammenlegung und die Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts realisiert. Den beiden Kantonsparlamenten wird im Jahre 2006 eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die neue Unternehmung wird voraussichtlich per 1. Januar 2008 die Tätigkeit aufnehmen können.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Überführungskosten gemäss Businessplan	Der von der Regierung überwiesene Staatsvertrag wurde im Januar 2007 in beiden Parlamenten behandelt. Die Volksabstimmung im Kanton Basel-Landschaft fand am 17. Juni 2007 statt und führte bei einer Stimmbeteiligung von 35 Prozent zu einer mit 81 Prozent Ja-Stimmen klaren Zustimmung. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Umsetzung der Zusammenlegung vorbereitet. Wie geplant konnte die neue Unternehmung "Schweizerische Rheinhäfen SRH" am 1. Januar 2008 die Tätigkeiten als öffentlich rechtliche Anstalt aufnehmen.
Nr. 3.04.02	Verbesserung der Hafeninfrastruktur Die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft (HBL) soll zur Beseitigung von Engpässen in der Bahninfrastruktur infolge der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene mit einer Anbindung über das Areal Schweizerhalle zum Güterbahnhof Basel / Muttenz erschlossen werden (Ringanbindung). Für die Planung und Projektierung ist die BUD zuständig.		Bedingt durch die arbeitsintensive Zusammenlegung der Rheinhäfen kann die Risikoanalyse in Sachen Versorgungssicherheit erst im Jahr 2008 in Auftrag gegeben werden.
Nr. 3.05	Programmpunkt Vermessung Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93) Strategische Zielsetzungen Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung neue Amtliche Vermessung 93 (AV93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichem Kredit wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.	↓ Amtsbericht 2007	

Nr. 3.05.01	Einzelne Massnahme Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PARZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden". Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 GIS Total: Fr. 2.8 Mio. (Kontengruppe 3) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 1'126'787.- Budget 2006: Fr. 295'500.- Budget 2007: Fr. 261'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.261 Mio.Fr.	Die Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS BL mit den entsprechenden zentralen Projekten konnte Ende 2007 abgeschlossen werden. Zurzeit sind insgesamt 114 Geodatensammlungen aus verschiedensten Fachbereichen im Geodata Warehouse gespeichert. Im Durchschnitt werden in der Verwaltung und den im Intranet angeschlossenen Gemeinden täglich 48'000 Abfragen auf Geodaten registriert. Via Internet werden täglich 37'000 Abfragen gezählt. Provisorische Ergebnisse Rechnung 2007: 2230.309.18-1: Fr. 5'566.-, 2230.311.80-2: Fr. 142'276.-, 2230.318.81-2: Fr. 230'589.-, 2230.318.81-3: Fr. 10'674.-, 2230.318.83-2: Fr. 30'568.-, Total: Fr. 419'673.-. Die gegenüber dem Budget höheren Ausgaben sind auf die zeitliche Ausdehnung bzw. Verzögerung der Projekte "Reform Leitungskataster BL" und "Abgleichung Hoheitsgrenzen" zurückzuführen (siehe RRB 709 vom 8. Mai 2007). Zudem wurden das Digitale Oberflächenmodell (DOM) und das Digitale Höhenmodell (DTM-AV) als Georeferenzdatensatz beschafft.
-------------	--	---	--

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2007 ist betroffen von der Mitteilung der Eidgenössischen Vermessungsdirektion, dass 2007 keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden dürfen. Der verfügbare Kredit wird für die Tilgung aller eingegangenen Verpflichtungen bis und mit 2006 verwendet im Vorfeld des Inkrafttretens der NFA auf das Jahr 2008. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 / 01 Total Fr. 13.1 Mio., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 5'107'623.- brutto Fr 2'275'235.- netto Budget 2006: Fr. 1'137'400.- Budget 2007: Fr. 527'000.- Zugehörige Ertragskonti Konto 2230.460.00-3, Budget 2006: Fr. 143'273.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2006: Fr. 518'095.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2007: Fr. 105'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2007: Fr. 253'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.527 Mio. Fr. brutto 0.169 Mio. Fr. netto	Das Jahr 2007 hat mit dem verfügbten Moratorium des Bundes keine neuen Verpflichtungen zugelassen und so eine weitere Terminverlängerung für die Inangriffnahme der letzten Gemeinden auf das Jahr 2011 zur Folge. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt AV 93 dennoch bis zum Jahr 2017 abschliessen können. Das vorgesehene Programm 2007 zur 2. Etappe verlief planmässig, weil nur bereits laufende Verpflichtungen betroffen waren. Provisorische Ergebnisse Rechnung 2007: 2230.318.90-3: Fr. 896'647.-, 2230.460.00-3: Fr. 148'697.-, 2230.462.10-2: Fr. 238'507.-. Die gegenüber dem Budget höheren Ausgaben beruhen auf den vom Bund verfügbten Migrationen der AV-Daten innerhalb dieser Etappe in eine neue Modellversion. Die vertraglich erfolgte Regelung ergab einen Aufwandanteil 2007 von 273'865 Franken. Die verbleibende Differenz von rund 95'000 Franken setzt sich aus Differenzen zu erfolgten Schlussabrechnungen einerseits und eingereichten Teilzahlungsgesuchen andererseits zusammen.
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft. Senkung der Produktionskosten, insbesondere der fixen Kosten der Landwirtschaftsbetriebe. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen. Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und die Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden (Verpflichtungen).		↓ Amtsbericht 2007 Der Landrat hat im März 2006 je einen Kantonsbeitrag an die Gesamtmeliorationen in Blauen, Brislach und Wahlen zugesichert. Im Jahr 2007 beschloss die Grundeigentümerschaft der Melioration in Wahlen die Durchführung des Werkes.

Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte Konto 2230.364.00-1 Verpflichtungskredite gemäss Beschlüssen Regierungsrat: Budget 2004: Fr. 350'000.-, Rechnung Fr. 470'156.- Budget 2005: Fr. 350'000.-, Rechnung Fr. ca. 476'000.- Budget 2006: Fr. 481'000.-, Rechnung Fr. ca. 480'000.- Budget 2007: Fr. 480'000.- Zur Information: zugehörige Konti Bundesbeitrag (durchlaufender Bundesbeitrag) Konto 2230.374.00-1, Budget 2007: Fr. 360'000.- Konto 2230.470.00-1, Budget 2007: Fr. 360'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: Förderbeitrag von 0.48 Mio. Fr.	In der Felderregulierung Roggenburg wurden im Jahr 2007 die Bauarbeiten der 6. und 8. Subventionsetappe abgeschlossen. Der Bund hat die Schlussabrechnung der 6. Etappe genehmigt und die Restzahlung des Bundesbeitrages geleistet. Auch konnte mit den Bauarbeiten der 9. Etappe begonnen werden. Im August 2007 verursachten die Starkniederschläge an verschiedenen Wegen und an einer Hofwasserversorgung schwere Schäden. Die Wiederherstellungskosten sind auf rund 100'000 Franken veranschlagt.
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzung Weiterarbeit an der Umsetzung des Rahmenkonzeptes 2006 - 2010 der Gesundheitsförderung.		↓ Amtsbericht 2007 Im Jahr 2007 wurden schwerpunktmässig die Themen "Gesund Altern" und "Gesünder Leben" weiter entwickelt. Im Schwerpunktthema "Gesund Altern" wurde ein Projekt basierend auf dem Gesundheitsprofilverfahren erarbeitet. Der Antrag betreffend einen Verpflichtungskredit für die Jahre 2008 - 2011 zur Durchführung liegt beim Landrat (Vorlage 2007 / 303). Im Schwerpunktthema "Gesünder Leben" wird der Fokus auf das gesunde Körpergewicht bei Kindern gelegt. Hierzu wurden eine kantonale Fachtagung durchgeführt ("Fit statt fett") und in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung Schweiz ein kantonales Programm zusammengestellt. Die entsprechende Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2008 vorgelegt.
Nr. 3.07.01	Einzelne Massnahme Gesundheitsförderung und Suchtprävention Fortführung der Leistungsaufträge an die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) und an den Verein Frau Sucht Gesundheit (FSG). Landratsvorlage 2006 / 023 vom 24. Januar 2006, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 - 2009 Total Fr. 988'000.-, Konto 2207.365.50.100 Budget 2006: Fr. 157'000.- für AHbB, max. Fr. 90'000.- für FSG Budget 2007: Fr. 157'000.- für AhbB, max. Fr. 90'000.- für FSG	Finanzielle Auswirkungen 2007: Jahresbeitrag für beide Institutionen max. 0.247 Mio. Fr.	Rechnung 2007: Aids-Hilfe: Fr. 157'000.-, Frauenoase: Fr. 67'500.-, Total: Fr. 224'500.-.

Nr. 3.07.02	Schwangerschaftsberatung Fortführung der Leistungsvereinbarung in Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung. Landratsvorlage 2005 / 247 vom 20. September 2005, LRB 1533 vom 14. Dezember 2005, Verpflichtungskredit 2005 - 2008 Total Fr. 800'000.- Rechnung 2005, Konto 2202.365.40.200: Fr. 200'000.- Budget 2006, Konto 2207.365.50.000: Fr. 200'000.- Budget 2007, Konto 2207.365.50.000: Fr. 200'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: Jahresbeitrag 2007 0.2 Mio. Fr.	Rechnung 2007: Fr. 200'000.-.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen: Spitalplanung BL / BS, Teilrevision des KVG Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit dem Kanton Basel-Stadt und Realisierung der im Bericht zur Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt vorgegebenen Ziele. Fortsetzung der Vorbereitungen zur Einführung des Globalbudgets in den Baselbieter Spitälern per 1. Januar 2008. Fortsetzung der Planungsarbeiten im Hinblick auf die Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz. Fortsetzung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB). Beobachtung der Entwicklung bezüglich KVG-Revision auf Bundesstufe und Initiierung der entsprechenden Umsetzungsarbeiten auf kantonaler Ebene.	↓ Amtsbericht 2007 Die Spitalplanungsarbeiten mit dem Kanton Basel-Stadt haben sich im Jahr 2007 auf den Bereich Geriatrie konzentriert. Dazu wird nun ein Vergleich zwischen den möglichen Standorten angestrebt. Das Projekt zur Einführung des Globalbudgets wurde abgeschlossen, womit die Baselbieter Spitäler per 2008 mit einem Globalbudget finanziert werden. Die Vorlage zur Spitalfinanzierung wurde von beiden Räten am 21. Dezember 2007 angenommen und wird im Rahmen der KVG-Revision per 2009 in Kraft gesetzt. Die Konsequenzen werden nun überprüft und allfällige Arbeiten zur Umsetzung werden in Angriff genommen. Der Neubau UKBB schreitet voran. Der Rückbau des Frauenspitals ist erfolgt und im November 2007 haben die Vorbereitungsarbeiten für den Neubau (Baugrubenaushub) begonnen. Die Grundsteinlegung ist im Frühjahr 2008 vorgesehen. Die Fertigstellung des Neubaus erfolgt voraussichtlich auf das 3. Quartal 2010. Im Zuständigkeitsbereich des Kantonalen Laboratoriums wurde die Überwachung des Trinkwassers auf Spurenstoffe intensiviert (spezialisierte Analytik in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie (AUE)).	

Nr. 3.08.07	Einzelne Massnahme Einführung Globalbudgets in den BL-Spitälern (Projekt GLOBAL) Das Volk hat am 25. September 2005 der Einführung von Globalbudgets an den öffentlichen Spitälern im Kanton Basel-Landschaft zugestimmt. Im Rahmen des Projektes GLOBAL sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Globalbudgets per 1. Januar 2008 erfolgreich eingeführt werden können. Dazu gehört die Bereitstellung von adäquaten rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen, um die Spitäler via leistungsbasiertem Globalbudget steuern zu können, und die Anpassung der Kaderarzt-Verträge.		Der neue § 30a des Finanzhaushaltsgesetzes und die "Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudget-Verordnung)" wurde per 1. Oktober 2007 in Kraft gesetzt. Die Änderung des Spitalgesetzes, des Personaldekretes und die Kaderarztverordnung sowie die Kaderarztfondsverordnung folgten per 1. Januar 2008, womit die Spitäler wie vorgesehen per 1. Januar 2008 über ein Globalbudget finanziert werden. Die Rahmenbedingungen zum Leistungsauftrag und Reporting sind dementsprechend angepasst worden.
Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz (KSB) Strategische Zielsetzungen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Konkurrenzfähigkeit des KSB bis zum Abschluss des Neu- und Umbaus.		↓Amtsbericht 2007
Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur Realisierung der vom Landrat bewilligten Sanierungsmassnahmen (SM2) zur Sicherstellung des laufenden Betriebes durch Reparatur- und Sanierungsarbeiten in enger Zusammenarbeit mit der BUD. Die entsprechende Vorlage wird dem Landrat durch die BUD voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2006 unterbreitet.		Im Juni 2007 hat der Landrat die Summe von 25 Mio. Franken für die Umsetzung der sicherheitsrelevanten Massnahmen Teil 2 (SM2) bewilligt. Die Vorbereitungsarbeiten wurden unverzüglich aufgenommen. Das Projekthandbuch als Grundlage für die Aktivitäten zwischen allen Beteiligten wurde überarbeitet und im Dezember 2007 freigegeben. Erste Teilprojekte im Bereich der Wärmeversorgung (Teilobjekt 4) wurden bereits im September 2007 abgeschlossen. Vordringliche Arbeiten des Teilprojektes Brandschutz wurden ebenfalls in Auftrag gegeben, so dass die umzusetzenden Massnahmen vor der Euro 08 abgeschlossen werden können. Die Verträge mit dem Lieferanten der Aufzüge konnten ebenfalls bereits abgeschlossen werden. Ebenfalls in der Umsetzung ist die Zuordnung interner Fachpersonen, die zum Teil ausschliesslich für die Umsetzung der SM-Projekte wirken.

Nr. 3.09.03	Informatik / Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte Ausbau der elektronischen Patientenakte: Beginn der Realisierung eines universellen Archives für sämtliche Daten (Bilder, Berichte, Messwerte etc.).		Die Hardware, der Speicherplatz und das Betriebssystem inklusive Lizenzen für das elektronische Universalarchiv wurden erfolgreich installiert und ab dem 4. Quartal 2007 bereits als Langzeitarchiv für digitale Röntgenbilder aus dem PACS produktiv genutzt. Ein detailliertes Pflichtenheft für die Anwendungs-Software (Abrufen der Dokumente im Sinne der elektronischen Patientenakte aus dem Universalarchiv) wurde erarbeitet und am 13. Dezember 2007 im Schweizerischen Handelsamtsblatt für ein zweistufiges Submissionsverfahren publiziert. Für alle nicht-radiologischen Bilder (zum Beispiel Ultraschallbilder der Frauenklinik, Kardiologie, Angiologie, EKG, endoskopische Untersuchungen, etc.) wurde eine entsprechende Anwendung zur Übermittlung der Daten in das Universalarchiv evaluiert und installiert. Erste Systeme wurden spitalweit eingebunden.
Nr. 3.09.07	Patientenzufriedenheit Verbesserung der Patientenzufriedenheit auf der Basis der Patientenbefragung 2006. Voraussichtlicher Schwerpunkt: Information der Patientinnen und Patienten.		In allen Kliniken wurden strukturierte Austrittsgespräche (Arzt- und Pflegedienst) erarbeitet und implementiert. Allen Patientinnen und Patienten wird eine neue Spital-Broschüre und ein Informations-Faltblatt für den stationären Aufenthalt abgegeben. Grosse Aufmerksamkeit wurde im Jahre 2007 auf den Aspekt der Freundlichkeit / Höflichkeit gelegt. Um die Wartezeiten im Bereich Notfall zu verkürzen, wurden organisatorische Optimierungen, insbesondere für den Erstkontakt mit einem Arzt, vorgenommen.
Nr. 3.09.08	Optimierung der Betriebsabläufe Konsolidierung der integrierten Terminplanung im Operationssaal und Optimierung der Nutzung der Säle über bereits im 2006 getroffene organisatorische Massnahmen. Es wurde ein OP-Manager benannt. Verkürzung der Wartezeiten auf der Notfallstation.		OP-Bereich: Ziele erreicht, soweit dies mit den gravierend knappen Raumverhältnissen möglich war. Weitere Verbesserungen sind geplant, sobald die Rekrutierung zusätzlicher Mitarbeitender im Bereich Pflegepersonal OP erfolgreich ist. Notfallstation: Der Prozess läuft, die Wartezeiten konnten teilweise verkürzt werden. Ziel aber noch nicht erreicht. Der Einbezug von Hausärzten zur Übernahme von Bagatellfällen und dadurch eine Entlastung der eigentlichen Notfallstation sind geplant und werden mit der kantonalen Ärztesgesellschaft diskutiert.

Nr. 3.09.09	Verfeinern von (Patienten-)Management-Systemen Ausbau und Umsetzung der Konzeption aus dem Jahr 2006 zur Kostenträgerrechnung (koordiniertes Projekt REKOLE). Berechnung von Fallpreispauschalen auf der Basis vorhandener Gruppierungssystematiken. Vorbereitung eines internen Case-Management-Systems zur Steuerung von Patientenbehandlungen.		Abschluss der Arbeiten in der Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, so dass in letzterer die Kosten jedes stationären Behandlungsfalls nach den Vorgaben des schweizerischen Konzeptes REKOLE berechnet werden können. Zusammenführung der Fallgruppierung aus der medizinischen Codierung mit den Fallkosten (Durchschnittskosten pro Fallgruppe). Aufbau und interne Verteilung eines Reportings über die Aufenthaltsdauern / Langlieger im Vergleich zum nationalen Durchschnitt und zu Benchmark-Spitälern (so genannte Outlier-Analysen nach AP-DRG).
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal (KSL) Strategische Zielsetzungen Klinikreorganisation im Bereich der Geburtshilfe an der Frauenklinik; Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE); Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt in Verbindung mit der Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation KSL.		↓Amtsbericht 2007 Die Reorganisation der Geburtshilfe an der Frauenklinik ist abgeschlossen. Der Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE) läuft erfolgreich und ist im Terminplan. Der erste Teil der Machbarkeitsstudie für die Sanierung der haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt in Verbindung mit der Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation liegt vor.
Nr. 3.10.04	Einzelne Massnahme Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE) Weiterer Ausbau der Kostenrechnung und Anpassung der Strukturen zur Einführung von REKOLE (gesamtschweizerisch revidierte Kosten- und Leistungsrechnung der Spitäler).		Die Umsetzung der Revision der Kosten- und Leistungsrechnung (REKOLE) ist im Rahmen der Vorgaben der kantonalen Projektgruppe erfolgt. Die vollständige bzw. abschliessende Implementierung ist im Jahr 2008 vorgesehen.
Nr. 3.10.06	Sanierung von haustechnischen Anlagen; Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation Mit der dringend notwendigen Verbesserung der Situation im Notfallbereich (Notfallstation) in Verbindung mit der Sanierung der haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt, die im Projekt KSL 95 nicht berücksichtigt waren, werden die bestehenden betrieblichen Engpässe in einem zentralen Behandlungssegment behoben. Die haustechnischen Anlagen (Erstellungsjahr 1981) bedürfen alleine vom Alter her dringend einer Sanierung bzw. eines Ersatzes. Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage.		Der erste Teil der Machbarkeitsstudie, in Form einer Konkretisierungsstudie, ist abgeschlossen. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wird eine weitsichtige Lösung empfohlen. Diese fokussiert nicht nur die Erweiterung der Notfallstation und die Sanierung der Haustechnik, sondern behandelt das Thema in einer gesamtheitlichen Betrachtung und berücksichtigt auch den Raumbedarf für die Leistungsentwicklungen der nächsten 10 - 15 Jahre im gesamten Behandlungstrakt.

Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler.	↓ Amtsbericht 2007 Die strategischen Zielvorgaben für die Umsetzung der optimierten Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler sind wie folgt nach Terminplan erreicht: - Zentralisierung der Lingerien in der ZWL und Personaltransfer, - Beschaffung des notwendigen Equipments, - Einführung der Stückpreisverrechnung, - Beschaffung der ersten Tranche Leasingwäsche durch die ZWL.
Nr. 3.12.01	Einzelne Massnahme Massnahmen zur Effizienzsteigerung Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden. Zielsetzung für 2007: Erfüllung der GAP-Vorgabe.	Finanzielle Auswirkungen 2007: - 0.1 Mio. Fr. (Ergebnisverbesserung für die Spitäler gegenüber 2006)
Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen (KSLa) Strategische Zielsetzungen Inbetriebnahme der erneuerten Radiologie; Planerische Erarbeitung der Sanierung des Westtraktes / Erneuerung der Operationssäle; Repositionierung der FHK und Geburtshilfe; Verbesserung des Patientenmanagements; Ausbau und Umsetzung der Konzeption aus dem Jahr 2006 zur Kostenträgerrechnung (koordiniertes Projekt REKOLE).	

Nr. 3.13.01	Einzelne Massnahme Sicherstellung der Grundversorgung Teil Radiologie Die entsprechende Landratsvorlage soll im 2. Semester 2006 vorliegen und im Jahr 2007 ist die erneuerte Radiologie betrieblich umzusetzen. Der Ersatz der 19 Jahre alten Anlage ist unumgänglich, die Ergänzung mit einer kleinen CT-Anlage aus medizinischer und aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und nötig. Teil Sanierung Westtrakt / Erneuerung Operationssäle Das Vorhaben musste infolge der grossen Anpassungen an die Veränderungen nach der Schliessung von Breitenbach vorerst zurückgestellt werden. Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf und die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den einschlägigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage.		Die Erneuerung der konventionellen Radiologie wurde mit der Inbetriebnahme des grossen Gerätes im Monat Juli 2007 abgeschlossen. Ebenso wurden die nötigen baulichen Anpassungen vorgenommen. Damit sind die alten Anlagen ersetzt. Infolge Prüfung einer anderen Möglichkeit wurde die Landratsvorlage für die Beschaffung eines CT-Gerätes auf das 1. Semester 2008 verschoben. Zusammen mit dem Hochbauamt wurden die Vorarbeiten für die Erstellung einer Projektierungskreditvorlage an den Landrat im Dezember 2007 plangemäss abgeschlossen.
Nr. 3.13.03	Repositionierung der FHK und Geburtshilfe Nach Abschluss der Reorganisation der Abteilung FHK und Geburtshilfe im Jahre 2006 ist dieser gesetzliche Auftrag des KSLa im Einzugsgebiet bei Hausärzten und Patientinnen neu zu positionieren.		Bei der Reorganisation der Abteilung FHK / Geburtshilfe wurde die Umstellung auf das Belegarztsystem abgeschlossen. Zur Repositionierung der Abteilung sind zusätzliche Aktivitäten eingeleitet worden, die mehrheitlich im Jahr 2008 abgewickelt werden.
Nr. 3.13.04	Verbesserung des Patientenmanagements Es werden Verbesserungen in diesen Bereichen angesteuert mit einer Verstärkung der Dispositionssysteme (OP- und Sprechstundenplanung), der Dokumentationssysteme und der Kostenkontrolle (Kostenträgerrechnung, REKOLE).		Das medizinische Dokumentationssystem wurde weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Modulen ergänzt. Die Umsetzung der Kostenrechnung auf konzeptioneller und systemischer Ebene wurde im Jahr 2007 abgeschlossen. Die operationelle Anwendung erfolgt in Verbindung mit den Anpassungen für REKOLE ab 2008.

Nr. 3.13.05	Vorbereitung der leistungsbasierten Finanzierung (Abgeltungsmodell DRG) Fachliche, personelle und systemische Vorbereitung auf den Wechsel zum Abgeltungsmodell DRG.		Im Berichtsjahr wurde die medizinische Codierung in enger Zusammenarbeit mit dem KSB eingeführt und befindet sich in der Aufbauphase. Eingeschlossen ist der Aufbau der chirurgischen Qualitätskontrolle mit der Methode AQC. Verschiedene Mitarbeitende bildeten sich im Hinblick auf die DRG-Einführung weiter.
Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Umsetzung der Folgeplanung II im Bereich Alterspsychiatrischer Dienst; Zusammenarbeit der Drogenberatung Baselland mit den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme; Ausarbeiten der zur Einführung des Globalbudgets notwendigen Massnahmen, Etablierung der Balanced Scorecard.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 3.14.01	Einzelne Massnahme Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland Alterspsychiatrischer Dienst Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage. Nach Verabschiedung der Landratsvorlage für die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Dienstes an den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wird das Projekt in Angriff genommen.		Die Planung ist fortgeschritten. Die Erarbeitung der Landratsvorlage ist weitgehend abgeschlossen. Die baulichen Konsequenzen erweisen sich als komplexer als erwartet. Letzte Abklärungen stehen noch aus, sollten jedoch im 1. Halbjahr 2008 vorliegen.
Nr. 3.14.04	Drogenberatung Baselland Klärung der Frage der zukünftigen Kooperation oder der Integration zwischen der Drogenberatung Baselland und den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) sowie allenfalls Einleitung der dafür notwendigen Schritte.		Per 1. Januar 2008 werden im Rahmen der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept die Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) aufgehoben und deren Aufgaben der Drogenberatung Baselland (DBL) übertragen. Die Erarbeitung eines Konzeptes für ein Psychiatrisches Zentrum für Abhängigkeitskrankheiten (PZA) ist abgeschlossen.
Nr. 3.14.05	Balanced Scorecard (BSC) Etablierung der Balanced Scorecard als zentrales und wirkungsvolles KPD-Führungs-, Planungs- und Steuerungsinstrument.		Das BSC-Instrumentarium wurde bezüglich Form, Inhalt und Umfang definiert und aufbereitet. Die Etablierung wurde vollzogen und weitestgehend abgeschlossen.

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

Mit Schwung in die Zukunft

Tiefbau

Die Bewirtschaftung des Gesamtnetzes des Strassen- und Schienenverkehrs sowie das Verkehrsmanagement erhalten hohe Priorität. Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler, regionaler und kommunaler Bedeutung, Schienennetze für den öffentlichen Verkehr im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Randbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Sicherstellen des Hochwasserschutzes unter gleichzeitiger Gewährleistung naturnaher Gewässer.

Hochbau

Im Bereich Bildung sind mit der neuen Fachhochschule Nordwestschweiz bedeutende Bauvorhaben zu realisieren. Im Bereich Gesundheit sind anspruchsvolle Aufgaben möglicherweise mit neuen, verfahrensbeschleunigenden Vorgehensmodellen wie für die Sanierung und die Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz zu bearbeiten. Das Projekt "Übernahme der Sekundarschulbauten" wechselt nach dem Standortentscheid von 2006 in die operative Phase mit intensivem Kontakt mit den Gemeinden.

Umweltschutz und Energie

Abfall, Stoffe, Chemikalien, Altlasten

Die künftige Entsorgung brennbarer Abfälle aus dem Kanton Basel-Landschaft in der KVA Basel ist mit dem Kanton Basel-Stadt finanziell und umweltgerecht optimiert und sichergestellt. Die Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet sind unter Einbezug des Kantons Solothurn bei der Standortsuche im Kanton sichergestellt. Projekt "Kataster der belasteten Standorte": Die Erhebung wird abgeschlossen und der Bezug von Abgeltungen aus dem Altlastenfonds des Bundes wird sichergestellt. Es liegt ein Konzept vor, welches die Möglichkeiten der kantonalen Verwaltung für die Verringerung der Umweltbelastung durch Problemstoffe aufzeigt.

Wasserversorgung

Die Wasserversorgung im Kanton ist betreffend Planung, Wassermengen, Notwasserversorgung, Beratung, Erfassung und Kontrolle sichergestellt und entspricht den heutigen Anforderungen.

Gewässerschutz

Die Grundwasserverhältnisse im Kanton sind bekannt und die Grundwasserqualität wird überwacht. Notwendige Sanierungsmassnahmen sind eingeleitet. Der Regionale Entwässerungsplan "Birs" ist genehmigt. Der Regionale Entwässerungsplan "Ergolz" ist bereit zur Vernehmlassung. Gewässerschutzmassnahmen im Birstal: Ausbau der Kläranlage Birs in Birsfelden und Mischwasserbehandlung im Birstal.

Energie

Die neuen Grundsätze der kantonalen Klima- und Energiepolitik (wenn möglich in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt) als Ersatz der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik vom 4. Februar 1991 liegen vor. Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren

Energien. Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel.

Nachhaltige Entwicklung

Der Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zur Pilotregion Basel der 2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis) wird geprüft. Eine Fortführung des Projektes "Impuls 21" für die Gemeinden des Kantons ist entschieden und gegebenenfalls umgesetzt. Eine erste Erfolgskontrolle der Nachhaltigen Entwicklung in der kantonalen Verwaltung liegt vor. Ein Umweltmanagementsystem für die kantonale Verwaltung ist eingeführt.

Umweltbeobachtung

Eine kantonale Umweltbeobachtung ist durch die Integration im Bundesprojekt "Umweltbeobachtung Schweiz" eingeführt.

Raumplanung

Im Vordergrund steht 2007 die Verabschiedung des kantonalen Richtplanes an den Landrat und anschliessend dessen Umsetzung mit den festgesetzten Entwicklungsschwerpunkten, mit der Weiterentwicklung der Planungen in einzelnen Gemeinden und mit dem Aufbau der Raumbeobachtung als Controlling-instrument. Andererseits geht es um nachhaltige Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrags 2006 - 2009.

Luft

Nachführung des Luftreinhalteplans mit dem Ziel, die Feinstaubemissionen und die Ozonvorläuferstoffe (Stickoxide und VOC) weiter zu senken. Untersuchung und verbesserte Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubpartikeln in der Luft. Förderung der Ausrüstung und der Nachrüstung von kleinen Holzfeuerungen mit Partikelfiltern.

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Bei der Linie 10 steht die Trasseerneuerung und der Ausbau von Münchenstein-Dorf bis BBC, bei der Linie 11 die Aufhebung bzw. die Absicherung von Niveauübergängen in Münchenstein, Reinach und Aesch sowie die Erneuerung der Innerortsstrecke Reinach-Dorf an. Ziele dieser Massnahmen sind nach wie vor die Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit. Eine steigende Bedeutung kommt den Erhaltungsmassnahmen für die Schienen gebundenen Trassen zu. Hier drängen sich in der nächsten Legislaturperiode weitere Massnahmen auf, wie zum Beispiel in Allschwil die Erneuerung der Gleise für die BVB-Linie 6. Zudem ist ab 2006 die Projektierung von Optimierungsmassnahmen an Tram- / Bahnübergängen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen.	↓ Amtsbericht 2007	
Nr. 4.01.01	Einzelne Massnahme BLT-Linie 10, Münchenstein Trasseerneuerung und Ausbau Münchenstein-Dorf bis Haltestelle BBC, Abschluss der Bauarbeiten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1989 / 1348 Total: Fr. 68'100'000.- (Konto 2317.364.00-002) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 53'279'048.15 Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 5'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.0 Mio. Fr.	Die Bauarbeiten wurden im 4. Quartal 2007 abgeschlossen.
Nr. 4.01.02	BLT-Linie 11, Münchenstein, Reinach und Aesch Ortsdurchfahrt Reinach, Projektierung Innerortsstrecke. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.364.00-003) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 26'174'662.80 Budget 2006: Fr. 500'000.- Budget 2007: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Die Projektierung für die Instandsetzung und die Umgestaltung wurde weitergeführt; das Bauprojekt (Auflageprojekt) muss noch bereinigt werden.

Nr. 4.01.03	Waldenburgerbahn, Oberdorf Bauarbeiten abgeschlossen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1999 / 1988 Total: Fr. 12'000'000.- (Konto 2312.701.20-134) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 12'047'917.70 Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.-		Die Bauarbeiten wurden bereits 2006 abgeschlossen; im Jahr 2007 erfolgte die Abrechnung mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV).
Nr. 4.01.04	Dornach / Arlesheim: Umgestaltung Bahnhof Gleisanlagen BLT 10 und Doppelspurausbau bis Stollenrain, Ausarbeitung Bauprojekt und Durchführung Plangenehmigungsverfahren, Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden (Konto 2317.364.00-013). Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr.	Im 2. Semester 2007 wurde das Plangenehmigungsverfahren gestartet; im Bahnhofsbereich sind die Einsprachen erledigt. Die Landratsvorlage wurde an den Landrat überwiesen.
Nr. 4.01.05	Allschwil, Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen Erarbeitung des Erhaltungskonzeptes und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden. (Konto 2317.501.40-999) Budget 2006: Fr. 1'500'000.- Budget 2007: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Das Vorprojekt und die Landratsvorlage sind in Bearbeitung.
Nr. 4.01.06	Binningen, Kronenplatz, Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz Realisierung ab 2007. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 142 Total: Fr. 9'100'000.- (Konto 2312.701.20-090) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 429'378.10 Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 300'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr.	Infolge eines Verzugs bei den Bauarbeiten der Überbauung Kronenmatten (privater Investor) konnte der Baubeginn noch nicht erfolgen; er ist im 1. Quartal 2008 vorgesehen.

Nr. 4.01.08	Tram- / Bahnübergänge, Optimierungsmassnahmen Projektierung von Optimierungsmassnahmen an Tram- / Bahn- übergängen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden. (Konto 2317.364.00-012) Budget 2006: Fr. 2'500'000.- Budget 2007: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr.	Als erstes wurden die Planung der Bahnübergänge Lampenberg und Neuhof an der Strecke der Waldenburgerbahn in Angriff genommen sowie das Projektierungsprogramm aller vorgesehenen Massnahmen bereinigt.
Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, MuttENZ - Pratteln Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe, Ausarbeitung des Bauprojektes und der Landratsvorlage, Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden. (Konto 2317.364.00-006) Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.-		Der genaue Zeitpunkt des Instandsetzungsbedarfs und der Umfang des Instandsetzungsbedarfs sind in Abklärung.
Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel wäre, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Substanzerhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist steigend. Die zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel decken allerdings den erforderlichen Bedarf nicht ab, so dass der Wertverzehr beschleunigt zunimmt. Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Den Vorgaben des Bundes entsprechende betriebsbereite Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Der Kanton Basel- Landschaft strebt die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse Basel - Delémont inkl. der erforderlichen Zubringer sowie auf der Strecke H2 Pratteln - Sissach an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA) wird der Bund ab 2008 die Zuständigkeit für Betrieb und Erhaltung der Nationalstrassen übernehmen. Der Kanton unterstützt den Aufbau der interkantonalen Trägerschaft NSNW (Nationalstrassen Nordwestschweiz, Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn) aktiv und setzt sich für die Belange des Standortes Autobahn-Werkhof Sissach ein.		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Weiterbearbeiten des Konzeptes "Optimierung der Strasseninfrastruktur" auf der Basis des Richtplanes, des Schwachstellenplanes sowie einer rigorosen Priorisierung der Projekte für die Bereiche Verkehrssicherheit, Zustand Infrastruktur und Verkehrsfluss (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung). Kein Verpflichtungskredit notwendig		Der Schwachstellenplan Verkehrssicherheit liegt vor.
Nr. 4.02.02	Standards der Verkehrsinfrastruktur Umsetzen des Konzeptes betreffend Standards und Mittelbedarf, insbesondere Aktualisieren der Typenpläne und der Richtlinien sowie der Grundlagen für die Priorisierung der Projekte (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung). Kein Verpflichtungskredit notwendig.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.05 Mio. Fr.	Die Aktualisierung der Typenpläne wurde abgeschlossen. Das Pave-Managementsystem wurde mit den Tools "Optimierung" und "Priorisierung" ergänzt.
Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen (3. Röhre) Detailprojekte für Bau und Elektromechanik / Lüftung. Ziel: Erreichen des definitiven Bauentscheides spätestens 2007 und Baureife 2009. Hauptarbeiten gemäss 7. langfristigem Bauprogramm des Bundes 2010 - 2014. Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.2 Mio. Fr. Kantonsanteil BL	Die Ausführungsprojekte "Sanierungstunnel Belchen" und "Gewährleistung Tunnelsicherheit" wurden vom UVEK genehmigt. Mit der Inkraftsetzung der NFA per 1. Januar 2008 ist das Eigentum und somit die Bauherrenverantwortung integral an den Bund - vertreten durch das Amt für Strassenbauten (ASTRA) - übergegangen.
Nr. 4.02.04	A2 Erhaltungsabschnitt Basel - Augst, (inkl. Ausbauvorhaben) Hauptarbeiten 2006 / 2007, Abschluss 2008 vor Fussball-EM. Totalersatz Belag, Instandsetzung Kunstbauten mit umfassenden verkehrlichen Hilfsmassnahmen wie Hilfsbrücken, Brückenverbreiterungen. Gemeinsames Projekt BL / BS / AG. Gewährleistung Tunnelsicherheit Schweizerhalle. Verkehrsleitsystem 2. Etappe. Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 10.3 Mio. Fr. Kantonsanteil BL	Die Abwicklung der Baumassnahmen erfolgte gemäss Programm. Der Abschluss der Arbeiten findet 2008 vor der Fussball-EM statt.

Nr. 4.02.05	H2 Umfahrung Sissach Nach Abschluss der Bauarbeiten, nach erfolgter Inbetriebnahme am 20. Dezember 2006 sind die erforderlichen Systemergänzungen der Umfahrung fertig zu stellen. Fertigstellung der Planung im Zusammenhang mit dem Bauprojekt für die flankierenden Massnahmen, insbesondere Ortsdurchfahrt Sissach (Strichcode). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1987 / 077, 1991 / 2696 und 2004 / 887 Total: Fr 274'170'000.- (Konto 2312.701.20-104) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 268'542'536.45 Budget 2006: Fr. 29'000'000.- brutto Budget 2007: Fr. 15'000'000.- brutto.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 15.0 Mio. Fr. brutto	Die Systemergänzungen der Umfahrung sind weitgehend fertig gestellt. Die Planung für die Ortsdurchfahrt Sissach (Strichcode) wurde vorangetrieben, um den Baubeginn im Jahr 2008 zu ermöglichen.
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Weiterführung der Projektierungsarbeiten und Beginn der Bauarbeiten vorbehaltlich der Finanzierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2418 Total: Fr. 248'000'000.- (Konto 2312.701.20-004) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 65'192'102.65 Budget 2006: Fr. 15'000'000.- brutto Budget 2007: Fr. 31'000'000.- brutto.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Fonds-Finanzierung	Die Projektorganisation konnte mit einem erfahrenen Projektleiter verstärkt werden. Im November 2007 wurde entschieden, das Projekt auf der Basis des rechtskräftigen Tunnelprojektes mit den Portalkaminen zu realisieren. Im gleichen Monat erfolgte der Start zu den Hauptarbeiten beim Anschluss Liestal Nord.
Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Weiterbearbeitung Verkehrskonzept Liestal mit Zentrumsanschluss (Aufnahme in KRIP), Ausarbeitung Generelles Projekt und Landratsvorlage mit dem Ziel: Instandsetzung und Realisierung bis 2012. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit 2001 / 1217 Total: Fr. 900'000.- (Konto 2312.701.10-138) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 641'864.25 Budget 2006: Fr. 100'000.- Budget 2007: Fr. 150'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.15 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor und die Vernehmlassung ist erfolgt. Die Landratsvorlage für einen Projektierungskredit ist in Bearbeitung. Das Verkehrskonzept Liestal ist in Bearbeitung.

Nr. 4.02.08	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen Start der Arbeiten für das Generelle Projekt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672 Total: Fr. 3'000'000.- (Konto 2312.701.10-013) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 540'712.20 Budget 2006: Fr. 500'000.- Budget 2007: Fr. 300'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr.	Die Ausarbeitung des Vorprojektes (Generelles Projekt) wurde gestartet.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Entscheid (LRB) betreffend Aufnahme in den Richtplan. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1994 / 1766 (Leimental - Birstal, Projektierung) Total: Fr. 700'000.- (Konto 2312.701.10-125) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 577'623.35 Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.05 Mio. Fr.	Die Trassesicherung ist im kantonalen Richtplan (KRIP) enthalten; der KRIP ist zur Zeit in der parlamentarischen Beratung.
Nr. 4.02.10	Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung (Rubriken 2312, 2313, 2314).	Finanzielle Auswirkungen 2007: Diverse Konti Lf. Rg. und IV-Rg., Rubriken 2312, 2313 und 2314	Ausführung der Arbeiten gemäss Mehrjahresprogramm und Budget. Mit dem Übergang der Nationalstrassen an den Bund per 1. Januar 2008 fallen diese Arbeiten aus dem Aufgabenbereich der BUD resp. des Kantons.
Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 032 und 1998 / 074 Total: Fr. 47'722'173.- (Konto 2312.701.20-007) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 23'371'088.35 Budget 2006: Fr. 500'000.- Budget 2007: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr.	Die Projektierungs- und die Realisierungsarbeiten verlaufen aus Budgetgründen nach reduziertem Programm. Realisiert wurde der Radweg Mühlegasse - Feldstrasse in Oberwil. Die Projektierung der Radrouten Zwingen - Brislach, Ettingen - Aesch und Ziefen - Bubendorf ist in Bearbeitung.

Nr. 4.02.12	A2 Erhaltungsabschnitt Augst - Diegten (inkl. Tunnel Arisdorf) Erneuerung Rastplätze Itingen / Tenniken, Instandsetzungen Dienstweg Diegten (Kantonsstrasse) und Rutschgebiet Anschluss Diegten. Hauptarbeiten 2005; Restarbeiten Tunnelsicherheit, Ankerersatz Felswand Tenniken 2006. Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.8 Mio. Fr. Kantonsanteil BL	Die Fertigstellungsarbeiten Tunnel Arisdorf wurden gemäss Bauprogramm abgeschlossen. Der Dienstweg Diegten wurde wie geplant Instand gesetzt. Die Instandsetzung der Rastplätze Itingen und Tenniken sowie der Ankerersatz an der Felswand Tenniken wurden verschoben. Mit der Inkraftsetzung der NFA per 1. Januar 2008 geht die Bauherrenverantwortung integral an den Bund - vertreten durch das ASTRA - über.
Nr. 4.02.13	H18 Erhaltungsabschnitt Rütihard - Reinach Nord 2. Etappe (Fahrtrichtung Jura) Senkungsmulde Rütihard, Instandsetzung Viadukt, Belag offene Strecke und Teilerneuerung Fahrzeugrückhaltesysteme (1. Etappe 2006). Keine Vorlagen, Abwicklung über Sammelkonto Erneuerung H2 / H18.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 10.5 Mio. Fr.	Die technisch anspruchsvollen Arbeiten konnten termingerecht gemäss Bauprogramm abgeschlossen werden. Restarbeiten folgen im Jahr 2008.
Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach Ausarbeitung des Bauprojektes und Landratsvorlage. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das bereinigte Vorprojekt liegt vor; die Ausarbeitung des Bauprojektes (für das Plangenehmigungsverfahren) wurde in die Wege geleitet. Die Landratsvorlage ist in Bearbeitung.
Nr. 4.02.15	Gelterkinden - Rickenbach, Korrektion und Radroute Ausarbeitung des Bau- und Ausführungsprojektes. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1698 Total: Fr. 2'700'000.- (Konto 2312 501.20-116) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 25'627.65 Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.-		Die Planaufgabe ist erfolgt; die Einsprachen sind in Behandlung.
Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken und Ausarbeitung des Bauprojektes. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Bauprojekt und die Landratsvorlage sind in Bearbeitung.
Nr. 4.02.17	Füllinsdorf, Korrektion Giebenacherstrasse Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1699 Total: Fr. 3'700'000.- (Konto 2312.501.20-140) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 6'300.40 Budget 2006: Fr. 450'000.- Budget 2007: Fr. 1'800'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 1.8 Mio. Fr.	Die Bauarbeiten wurden 2007 fortgesetzt (Beginn 2006 / Ende 2008).

Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke / HWS und Fischgängigkeit Birs Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken und Ausarbeitung des Bauprojektes. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Die Kreditvorlage wurde vom Landrat genehmigt. Die Planaufgabe ist erfolgt; die Behandlung der Einsprachen ist in Bearbeitung.
Nr. 4.02.19	Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse / HWS Hintere Frenke Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Die Vernehmlassung zur Landratsvorlage ist erfolgt. Die Projektänderung des Bauprojektes auf Antrag der Gemeinde ist in Bearbeitung.
Nr. 4.02.20	Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Die Projektierungsarbeiten und die Landratsvorlage sind aufgrund von Budgetkürzungen und Projektänderungsanträgen zurückgestellt.
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Vorprojekt liegt vor und ist in der Vernehmlassung. Die Ausarbeitung der Landratsvorlage wurde auf 2008 verschoben.
Nr. 4.02.22	Binningen, Sanierung Brücke Schlossgasse Pauschalbeitrag an Brückensanierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1989 / 1070 Total: Fr. 900'000.- (Konto 2312.501.20-089) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 900'000.- Budget 2007: Fr. 0.-		Da die Brücke noch nicht saniert ist, wurde der Pauschalbeitrag noch nicht fällig.
Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen aus dem Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung (Rubrik 2312, verschiedene Konti).	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.25 Mio. Fr.	Die Projektierungs- und die Realisierungsarbeiten verlaufen nach Programm.

Nr. 4.02.24	Sicherheitsmassnahmen Transportrisikoanalyse Analyse und Überprüfung der Massnahmen aus der Transportrisikoanalyse auf Umsetzbarkeit. Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung. (Konto 2312.501.20-950) Budget 2006: Fr. 200'000.- Budget 2007: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio.Fr.	Die Analyse ist erfolgt und die Machbarkeit der Umsetzbarkeit mit dem Sicherheitsinspektorat (SIT) abgesprochen. Eine erste Etappe der Massnahmen wurde im Laufental umgesetzt.
Nr. 4.02.25	H18 Tunnel Eggflue, Gewährleistung Tunnelsicherheit 1. Etappe: Schaffung von drei Fluchtabgängen, Ertüchtigung Werkleitungskanal als Fluchtweg, diverse elektromechanische Einrichtungen. RRB Nr. 168 vom 31. Januar 2006, keine LR-Vorlage, Abwicklung über Sammelkonto Erneuerung H2 / H18.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 6.0 Mio. Fr.	Die detaillierte Projektbearbeitung ergab, dass die 1. Etappe (I1) rund 18 Mio. Franken kostet. Eine Landratsvorlage ist in Vorbereitung.
Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdölungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 4.03.01	Einzelne Massnahme Wasserbaukonzept Das neue Wasserbaukonzept (WBauK) wurde im Mai 2005 durch den Regierungsrat beschlossen. Die Realisierung einzelner Projekte aus dem WBauK erfordert entsprechende Verpflichtungskredite und / oder Genehmigung der entsprechenden Mittel im Budget. Kein Verpflichtungskredit notwendig.		Realisierte Projekte aus dem Wasser-Bau-Konzept (WBauK) 2005: Allschwil, Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) "Isigs Brüggli"; Bottmingen, Birsig, Revitalisierung Teil 1 und 2; Hölstein, Gassenbach, Ausdölung.
Nr. 4.03.02	Passiver Hochwasserschutz Mitarbeit bei der Erstellung der Gefahrenkarten, ausschliesslich mit eigenen personellen Ressourcen, da 2007 für eine externe Unterstützung keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Kein Verpflichtungskredit notwendig.		Die Ingenieurarbeiten für die beiden ersten Lose 1 und 2 (Birstal und Birsigtal) sind vergeben. Somit haben die Arbeiten an der Naturgefahrenkarte (NGK-BL) unter der Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung begonnen.

Nr. 4.03.03	Allschwil, Hochwasserschutz Weiterführung der Projektierungsarbeiten Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach. Abschluss Bauarbeiten HWRB "Isigs Brüggl" und Realisierung Amphibienschutz Mülitäli. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106 Total: Fr. 7'090'000.- (Konto 2316.701.90-015) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 665'641.55 Budget 2006: Fr. 2'200'000.- Budget 2007: Fr. 3'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 3.0 Mio. Fr.	Die Bauarbeiten sind zu 95 Prozent ausgeführt und das Rückhaltebecken "Isigs Brüggl" ist in Betrieb. Der Amphibienschutz Mülitäli ist praktisch abgeschlossen. Im Frühling 2008 erfolgen Pflanzungen und Ansaaten. Beim HWRB Lützelbach ist die technische Deponieuntersuchung eingeleitet, 2008 ist die Überprüfung des ersten Bauprojektes vorgesehen.
Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz Rechtsgültiges Bauprojekt vorhanden, Landratsvorlage für Verpflichtungskredit vorhanden, Realisierung vorbereiten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697 Total: Fr. 2'950'000.- (Konto 2316.501.90-017) Per Ende 2005 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.-		Der Landrat hat den Verpflichtungskredit gesprochen; die Realisierung ist ab 2008 vorgesehen.
Nr. 4.03.06	Revitalisierungen der Birs im Raum Reinach Projektierungs- und Bauarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr.	Das Bauprojekt liegt vor. Weitere Abklärungen betreffend Grundwasser sind nötig.

Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau Strategische Zielsetzungen Bearbeitung der umfangreichen und komplexen Projekte im Bereich Hochbau infolge Termin- und Kostendruck mit neuen, verfahrensbeschleunigenden Projektentwicklungsmodellen sowie verstärktem Projektmanagement. Im Bereich Bildung stehen weitreichende Entscheidungen an. Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) baut mittelfristig den Schulcampus Muttenz mit der Hochschule für Pädagogik und der Hochschule für Soziale Arbeit aus. Standortentscheide für andere Bereiche der FHNW wie Life Sciences, Technik u. a. beeinflussen den Umfang der neuen Schule und erfordern eine Neuordnung auf dem Schulcampus mit dem Ziel, grösste Synergien und Flexibilität zu erhalten. Dazu sind bauliche Anpassungen an den bestehenden Liegenschaften nötig. Für das im Umfang und Inhalt anspruchsvolle Projekt "Erweiterung und Sanierung des Kantonsspitals Bruderholz" sind der Bedarf zu genehmigen sowie die ersten notwendigen Kredite zu sprechen. Die Übernahme der Sekundarschulbauten tritt in eine intensive Verhandlungsphase mit den Standortgemeinden. Relevant sind hierbei die Aushandlung und der Abschluss notwendiger Verträge. Die definitive Regelung über die Zuständigkeiten für bauliche Investitionen in den Spitälern ab 2008 wird definiert. Nach der Übergangsphase 2006 und einer allfälligen Kurskorrektur für das zweite Übergangsjahr 2007 sollen die Modalitäten für die folgenden Jahre entschieden werden.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Flächenmanagement Die in den Jahren 2005 / 2006 erarbeitete Strategie mit Massnahmen für eine geordnete Entwicklung der Kantonalen Verwaltung sind ab 2007 umzusetzen. Die einmaligen Kosten für die Umsetzung der Massnahmen, welche sich noch nicht konkret abschätzen lassen, sind dem Hochbauamt in den folgenden Jahren über das ordentliche Budget (Laufende Rechnung und Investitionsbudget) zuzusprechen.	Der Regierungsrat hat am 26. Juni 2007 die Strategie für ein Flächenmanagement des Immobilienportfolios der Verwaltung verabschiedet. Mit einer neuen strategischen Ausrichtung soll das Immobilienportfolio mit einer Konzentration der Standorte, einer Reduktion der Gebäude und einer zeitgemässen Infrastruktur optimiert werden. In einem ersten Schritt wurde der Auftrag erteilt, Massnahmen betreffend Optimierung des Standortes Liestal und Optimierung der "Lagersituation" im Kanton zu konkretisieren.
Nr. 4.04.02	Landratsvorlagen / Verpflichtungskredit LRB	

Augst, 2. Sanierungsstufe Römisches Theater Total: Fr. 16.35 Mio. (Konto 2320.503.30-189) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 15.22 Mio. Budget 2006: Fr. 1.0 Mio. Budget 2007: Fr. 0.6 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.6 Mio. Fr. 0.3 Mio. Fr.	Das Projekt wurde fertig gestellt und am 9. Mai 2007 an den Nutzer übergeben. Am 2. Juni 2007 konnte die Anlage wieder eröffnet werden.
Oberwil, Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung Total: Fr. 15. 40 Mio. (Konto 2320.503.30-225) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.72 Mio. Budget 2006: Fr. 0.8 Mio. Budget 2007: Fr. 12.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 12.0 Mio. Fr. 15.8 Mio. Fr.	Das Objekt konnte zeitgerecht für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs auf den 15. Oktober 2007 realisiert werden. Der Ersatzbau für die Aula wurde auf Ende November 2007 fertig gestellt.
Liestal, Staatsarchiv, Ausbau Total: Fr. 15.40 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 3.99 Mio. Budget 2006: Fr. 6.3 Mio. Budget 2007: Fr. 5.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.4 Mio. Fr. 6.5 Mio. Fr.	Am 22. Juni 2007 wurde das Projekt mit der 2. Etappe und am 9. November 2007 mit der 3. Etappe abgeschlossen und an den Nutzer übergeben.
Bruderholz, Kantonsspital Bruderholz Sanierung und Erneuerung (Konto 2320.503.30-232) Per Ende 2005 verbraucht: Fr.0.0 Mio. Budget 2006: Fr. 0.- Mio. Budget 2007: Fr. 2.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Fonds- Finanzierung 0.2 Mio. Fr.	Der Grundsatzentscheid zum Standort und zum Projektentwicklungsmodell wurde vom Landrat am 1. Februar 2007 verabschiedet. Der erste Verpflichtungskredit für die Sanierung und die Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz wurde mit der Projektierungsvorlage 2007 / 125 am 29. Mai 2007 beantragt. Der Kredit wurde am 15. November 2007 vom Landrat genehmigt und wurde nach Ablauf der Referendumsfrist am 14. Januar 2008 rechtskräftig.
Muttenz, Gewerbeschule Sanierung Aussenhülle (Konto 2320.503.30-234) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.0 Mio. Budget 2006: Fr. 0.- Mio. Budget 2007: Fr. 0.5 Mio. Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr. 0.1 Mio. Fr.	Mit der Sammelvorlage Gebäudehüllensanierungen 2007 / 283 wurde am 13. November 2007 der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 3'630'000.- für die Instandsetzungsmassnahmen Gebäudehülle beantragt.
Bruderholz, KSB, Sicherheitsrelevante Massnahmen 1. Etappe Total: Fr. 15.20 Mio. (Konto 2320.503.30-236) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 8.32 Mio. Budget 2006: Fr. 4.7 Mio. Budget 2007: Fr. 1.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 1.0 Mio. Fr. 0.6 Mio. Fr.	Das Projekt wurde zu 95 Prozent fertig gestellt. Das letzte Teilobjekt Aufzüge ist infolge einer Beschwerde gegen die Arbeitsvergabe stark verzögert und kann voraussichtlich erst im April 2008 abgeschlossen werden.

	UKBB, Neubau Basel (Anteil BL 1/2) Total: Fr. 74.65 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.87 Mio. Budget 2006: Fr. 5.0 Mio. Budget 2007: Fr. 15.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 15.0 Mio. Fr. 4.2 Mio. Fr.	Das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag wurde von der Projektsteuerung am 16. April 2007 verabschiedet. Per Ende 2007 sind rund 70 Prozent der Arbeitsleistungen ausgeschrieben und vergeben. Im Juli 2007 konnte mit dem Abbruch des alten Frauenspitals und im November mit den Aushubarbeiten begonnen werden. Der konkrete Baustart ist für den Januar 2008 vorgesehen.
	Bruderholz, KSB Sicherheitsrelevante Massnahmen 2. Etappe Total: Fr. 25.0 Mio. (Konto 2320.503.30-252) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.2 Mio. Budget 2007: Fr. 5.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.0 Mio. Fr. 0.9 Mio. Fr.	Der Landrat hat am 14. Juni 2007 für die 2. Etappe der Sicherheitsrelevanten Massnahmen im Kantonsspital Bruderholz zu Lasten des Kontos 2320.503.30-252 einen Verpflichtungskredit von Fr. 24'500'000.- bewilligt. Die Vorbereitungen zur Ausführung wurden gestartet.
	Münchenstein, Gymnasium, Sanierung Innenräume / Gebäudehülle (Konto 2320.503.30-258) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.3 Mio. Budget 2007: Fr. 0.5 Mio. Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr. 0.2 Mio. Fr.	Mit der Sammelvorlage Gebäudehüllensanierungen 2007 / 283 wurde am 13. November 2007 für die Projektierung des Gebäudehüllenersatzes sowie für Instandsetzungsmassnahmen Fr. 804'000.- beantragt.
	Muttenz, BZM, Sanierung Haustechnik / Gebäudehülle (Konto 2320.503.30-259) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.3 Mio. Budget 2007: Fr. 0.3 Mio. Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr. 0.0 Mio. Fr.	Das Projekt wird in einer separaten Vorlage mit einem Gesamtkonzept zu Nutzung, Haustechnik und Gebäudehülle bearbeitet.
	Liestal, Zeughaus, Sanierung Gebäudehülle (Konto 2320.503.30-260) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.3 Mio. Budget 2007: Fr. 0.3 Mio. Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr. 0.1 Mio. Fr.	Mit der Sammelvorlage Gebäudehüllensanierungen 2007 / 283 wurde am 13. November 2007 der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 3'290'000.-für die Instandsetzungsmassnahmen an der Gebäudehülle beantragt.
	Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle (Konto 2320.503.30-263) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.- Mio. Budget 2007: Fr. 0.3 Mio. Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr. 0.1 Mio. Fr.	Mit der Sammelvorlage Gebäudehüllensanierungen 2007 / 283 wurde am 13. November 2007 der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 9'050'000.-für die Instandsetzungsmassnahmen an der Gebäudehülle beantragt.

	FHBB, Lüftung Chemie (Anteil BL 2/3) Total: Fr. 7 Mio. (Konto 2320.503.30-307) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.15 Mio. Budget 2006: Fr. 2.0 Mio.		Das Projekt ist weiterhin storniert. Allfällige Massnahmen sind im Sinne von Übergangslösungen mit dem Gesamtprojekt "Campus Muttenz" abzustimmen.
	HPSA - BB, Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (Anteil BL) (Konto 2320.503.30-310) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.3 Mio. Budget 2007: Fr. 7.4 Mio. brutto.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Fonds-Finanzierung 0.1 Mio. Fr.	Gemäss Auftrag RRB 2007 / 1952 vom 19. Dezember 2006 wurde eine Evaluation für mögliche Hochschulstandorte im Kanton BL und eine Studie über das Nutzungspotenzial des Bildungscampus Muttenz durchgeführt. Die Resultate wurden der Regierung im Juni 2007 zur Kenntnis gebracht. Die Regierung hat am 25. September 2007 konkrete Massnahmen für das weitere Vorgehen beschlossen. Die Projektentwicklung für die Arealentwicklung Hochschulstandort Muttenz ist in Arbeit.
	Strafjustizzentrum Muttenz (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.-Mio. Budget 2006: Fr. 0.42 Mio. Budget 2007: Fr. 0.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.2 Mio. Fr.	Das Wettbewerbsprojekt wurde überarbeitet und eine umfangreiche Ausschreibung der zahlreichen notwendigen Fachplaner wurde durchgeführt.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz und Energie A Abfall / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Realisierung von Massnahmen in den Bereichen Abfall und Altlasten.		Amtsbericht 2007
Nr. 4.05.01	Einzelne Massnahme Abstimmung der Entsorgungskapazität und der lenkbaren Abfallmengen im Bereich der brennbaren Abfälle Die Entsorgung der brennbaren Abfälle aus dem Kanton Basel-Landschaft in der KVA Basel ist durch eine Zusatzvereinbarung nachhaltig geregelt. Diese baut auf die bestehende Abfallvereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft vom Mai 1998 auf. Die Entsorgungskosten für die Gemeinden sind optimiert und stabil. (10% A 100'011 und 10% A 100'014)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.11 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Verbrennungskapazität der KVA Basel konnte durch technische und betriebliche Optimierungen weiter verbessert werden und erreicht heute nahezu die beim Bau geplante Kapazität. Die Auslastung erreicht auch dank Abfallimporten aus Deutschland fast 100 Prozent. Dies ermöglicht der KVA Basel den Abtrag von Betriebsdefiziten aus den Vorjahren und die Bildung gewisser Reserven für Zeiten mit geringerer Auslastung mit dem Ziel, auf dem Abfallmarkt kompetitive, aber stabile Verbrennungspreise zu erzielen. Die angestrebte Zusatzregelung zur bestehenden Abfallvereinbarung zwischen BL und BS wird 2008 zum Abschluss kommen.

Nr. 4.05.02	Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet (mit dem Kanton Solothurn) Der Bedarf für die Ablagerung von Aushub und Inertstoffen für das Unterbaselbiet (Arlesheim / Laufen) ist ermittelt. Die Suche nach einem geeigneten Deponiestandort wird gestartet. Die Aktivitäten werden eng mit dem Kanton Solothurn koordiniert. (20% A 100'011)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.18 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Bedarfssituation und die verbleibenden Ablagerungsmöglichkeiten sind bekannt. Für den sauberen Aushub stand die Sicherung der Exportmöglichkeiten nach Frankreich und Deutschland im Vordergrund, wobei die neue EU-Verordnung 1013 / 2006 zu berücksichtigen war. Mit dem Kanton Solothurn erfolgt eine laufende Abstimmung, doch wird die Evaluation zusätzlicher Deponiestandorte frühestens 2008 starten können.
Nr. 4.05.03	Aufbau des Katasters der belasteten Standorte Die Erhebung der belastungsrelevanten Betriebs-, Ablagerungs- und Unfallstandorte ist abgeschlossen. Die Information der Betroffenen ist erfolgt. Die Abgeltungen aus dem Altlastenfonds sind komplett bis Mitte 2007 sicher. Ein Konzept für die effiziente Behandlung von Problemstoffen in der Umwelt durch die kantonale Verwaltung liegt vor. (100% A 101'015)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.42 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Information der Betroffenen hat rechtzeitig per 31. Oktober 2007 stattgefunden: Die VASA-Gelder (Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten) für rund 3000 Standorte im Kanton sind somit gesichert. Der Kataster wird per Anfang 2009 fertig gestellt und öffentlich zugänglich gemacht. Eine interne Arbeitsgruppe hat umweltrelevante Problemstoffe definiert. Die Umsetzung erfolgt im neuen Leistungsauftrag 2008 - 2011 des AUE.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz und Energie B Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Gemäss Kantonsverfassung und Wasserversorgungsgesetz hat der Kanton für die Sicherstellung des regionalen Wasserbedarfs zu sorgen, und zwar mit folgenden Massnahmen: • Durchführung von Untersuchungen (hydrogeologisch, chemisch-bakteriologisch, technisch und betriebswirtschaftlich); • Ausarbeiten von generellen und detaillierten Projekten; • Errichtung und Betrieb von Anlagen für die regionale Wasserbeschaffung (zum Beispiel Grundwasseranreicherungen, Transportleitungen, Schutzzonen); • Beratung der Gemeinden und Privaten in Wasserversorgungsfragen.		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 4.05.10	Einzelne Massnahme Abklärung der Grundwasserverhältnisse und Überwachung der Grundwasserqualität Untersuchungen der Grundwasservorkommen sowie die Errichtung von Grundwasserbeobachtungsnetzen im Bereich von Nutzungsgebieten, Deponien, kantonalen Abwasserleitungen und Kläranlagen. Zurzeit laufen noch Untersuchungen im Birstal sowie im hydrogeologisch sehr komplexen Rheintal. Dieses Untersuchungsprogramm wird im Jahre 2007 abgeschlossen. (100% A 101'024 und 100% A 100'158)	Finanzielle Auswirkungen 2007: Finanzierung erfolgt vollständig via zweckgebundene Grundwassernutzungsgebühren	Für das Birstal von Aesch bis nach Münchenstein liegt ein numerisches Grundwassermodell vor. Dieses Modell wurde zur Abklärung der Wirkung der Versickerungsanlage Aesch auf die Grundwasserquantität und -qualität intensiv genutzt. Für den Bereich Muttentz liegt ein dreidimensionales numerisches Modell vor, das neben der Grundwasserzirkulation auch dem Verständnis der Prozesse der Salzlösung (Subrosion) dient. Um die Grundwasserzirkulation um die Muttentzer Deponien vertieft zu studieren, werden die verschiedenen Modelle im 2008 zusammengefügt.
Nr. 4.05.11	Sicherstellung der regionalen Wasserversorgung Massnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung (zusätzliche Wasserbeschaffung, Wasserleitungen, ev. Aufbereitungsanlagen), die gewässerschutzverordnungskonforme Ausscheidung von Schutz-zonen und Zuströmbereichen für regionale Trinkwasserefassungen, die Errichtung neuer Grundwassermessstellen (Bohrungen), den Ersatz der alten mechanischen Grundwassermessgeräte, Abklärungen der Wechselwirkung zwischen Oberflächengewässern und Grundwasser (vor allem im Hinblick auf Gewässerrenaturierung), Massnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen, die Nach-führung der kantonalen Wasserversorgungsplanung, die Erarbeitung von Grundwassermodellen, die Abklärung von Salzlaugungsprozessen im Zusammenhang mit Terrainsetzungen etc. (100% A 100'018)	Finanzielle Auswirkungen 2007: Finanzierung erfolgt vollständig via zweckgebundene Grundwassernutzungsgebühren	Die Überarbeitung der Generellen WV-Planung Region 1 "Arlesheim" (inkl. Hardwasser AG) wurde im Herbst 2007 gestartet. Die erste Etappe (Duggingen / Grellingen) der Generellen WV-Planung Region 10 "Laufental" ist erarbeitet (Erwerb Angensteinquellen). Das technische Vorprojekt für die regionale WV-Verbund-lösung in der Region 7 "Oberdorf" (Waldenburgertal) liegt vor. Der Auftrag für die Ausarbeitung der Massnahmen zur strukturellen und betrieblichen Umsetzung wurde Ende 2007 erteilt. Die Konzeptstudie für den Anschluss der WV Liestal an den Regionenverbund 1-9-2 via H2 Tunnel-Löschwasser-leitung und Ersatz für wegfallende Pumpwerke im Zusammenhang mit dem Bau der H2 ist erstellt. Die Wirkung der Versickerungsanlage Aesch im Feld-versuch mit zweimonatiger Ausserbetriebsetzung ist untersucht und mit den betroffenen Gemeinden besprochen. Die Bestandesaufnahme für die "Strategische Wasserversorgungsplanung des Kantons BL" liegt im Entwurf vor. Die Verantwortlichkeiten und die Formalitäten bei der Genehmigung und Prüfung der kommunalen Konzepte für die Notwasserversorgung wurden mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz und dem Kantonalen Laboratorium geklärt. An einer Tagung wurden den Ingenieurbüros die Kriterien zur Ausscheidung von Grundwasserschutz-zonen im Kanton Basel-Landschaft erläutert. Dadurch soll auch der Vollzug harmonisiert werden.

Nr. 4.05.12	Projekt Grundwassermonitoring Durch das Projekt Grundwassermonitoring wird für den Kanton Basel-Landschaft kontinuierlich ein flächendeckender, detaillierter Datensatz über die Beschaffenheit der Grundwasserqualität aufgebaut. Im NAQUA-Projekt des BAFU sind die Grundwasser-Untersuchungen programmgemäss durchgeführt (BAFU = Bundesamt für Umweltschutz). (100% A 101'139)	Finanzielle Auswirkungen 2007: Finanzierung erfolgt vollständig via zweckgebundene Grundwassernutzungsgebühren	Die Untersuchungen im Rahmen des NAQUA-Projektes wurden durchgeführt. Zudem wurden aufgrund des Hochwassers im August umfangreiche Untersuchungen des Grundwassers im gesamten Birstal gemacht. Das Grundwasserbeobachtungsnetz wird in den kommenden Jahren weiter ausgebaut. Dadurch wird es möglich, Belastungen der Ressource Grundwasser besser zu beurteilen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie C Gewässerschutz / Abwasserentsorgung Strategische Zielsetzungen Regionale Entwässerungspläne (REP): Mit den Regionalen Entwässerungsplänen sollen die wichtigen Flusssysteme im Kanton mittel- bis langfristig in einen möglichst natürlichen Zustand zurückgeführt werden. Dabei gilt es, die Natur- und Gewässerschutzziele sowie die heutigen und künftigen Nutzungsansprüche in einer Gesamtbetrachtung zu vereinen und optimierte Lösungen zu entwickeln. Diese Arbeiten erlauben es, die verfügbaren Ressourcen im Rahmen konkreter Massnahmenkataloge örtlich und zeitlich am wirkungsvollsten einzusetzen.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 4.05.20	Einzelne Massnahme Regionale Entwässerungsplanung "Birs" Die REP Birs ist nach der Vernehmlassung bei Gemeinden und betroffenen Verbänden für das Teilgebiet Basel-Landschaft vom Regierungsrat genehmigt worden. (100% A 101'011)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.09 Mio. Fr. (Vollkosten)	Der REP Birs wurde von der Nordwestschweizer Regierungskonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen. Dabei wurde beschlossen, ein Umsetzungskonzept zu erstellen, das unter anderem die Finanzierung der Massnahmen aufzeigt. Im Kanton Basel-Landschaft wurde die Vernehmlassung plangemäss durchgeführt. Aufgrund der Stellungnahmen sind einzelne Massnahmen zu überprüfen. Zudem soll aufgrund des Hochwasserereignisses im Laufental vom 9. August 2007 überprüft werden, inwieweit die REP-Massnahmen die Hochwassersicherheit erhöhen, und es soll geklärt werden, ob ergänzende Massnahmen nötig sind. Deshalb konnte die Genehmigung des REP Birs für den Kanton BL durch den Regierungsrat noch nicht erfolgen.

Nr. 4.05.21	Regionale Entwässerungsplanung "Ergolz" Die Ist-Zustandserfassung ist abgeschlossen. Das Entwicklungs- und das Kommunikationskonzept liegen vor. (100% A 800'046)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.15 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Ist-Zustandserfassung ist abgeschlossen. Das Entwicklungskonzept Ergolz liegt im Entwurf vor. Für 2008 ist die Vernehmlassung bei öffentlichen Verwaltungen, Gemeinden und Verbänden vorgesehen. Gleichzeitig wird das Mitwirkungsverfahren bei den Gemeinden eröffnet.																																				
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie G Energie Strategische Zielsetzungen Mit dem fünften Verpflichtungskredit "Förderung der rationellen Energienutzung und Nutzung von erneuerbaren Energien" nach dem Energiegesetz sowie gezielten Beratungen und Weiterbildungsveranstaltungen soll die Kontinuität der kantonalen Förderung gewährleistet bleiben. Die Finanzierungsart mittels Verpflichtungskredit soll abgelöst werden durch die Erhebung einer Förderabgabe auf dem Stromverbrauch zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich.		↓Amtsbericht 2007																																				
Nr. 4.05.61	Einzelne Massnahme Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien Die Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien erfolgt gemäss Verpflichtungskredit 2004 / 186 und einem neuen Verpflichtungskredit (Vorlage 2006), mit den entsprechenden Globalbeiträgen des Bundes sowie dem Energieförderfonds des Kantons Basel-Landschaft (EBM / BKW). (100% A 100'147, A 100'153, A 100'149, A 100'154)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.80 Mio. Fr. (VP-Kredit)	Aufgrund der stetigen Anpassung der Förderbeitragsätze an die veränderten Rahmenbedingungen (wie zum Beispiel anhaltend hohe Preise für fossile Energien) und dank den Mitteln aus dem EBM / BKW-Fonds und dem Globalbeitrag des Bundes musste trotz stark zunehmenden Fördergesuchen kein weiterer Verpflichtungskredit beantragt werden. 2007 wurden folgende Projekte unterstützt: <table> <tr> <td>209</td><td>Sonnenkollektoranlagen</td><td>425'273</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>11</td><td>Minergie-P-Projekte</td><td>108'199</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>12</td><td>Niedrigenergie-Häuser</td><td>132'052</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>22</td><td>Ersatz Elektroheizungen</td><td>66'264</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>192</td><td>Holzenergieprojekte</td><td>825'326</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>1</td><td>CO2-Erdsonde</td><td>5'347</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>20</td><td>Teilzahlungen an PV-Anlagen</td><td>43'799</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>15</td><td>Diverse Projekte</td><td>276'640</td><td>Fr.</td></tr> <tr> <td>482</td><td>Projekte Total</td><td>1'882'900</td><td>Fr.</td></tr> </table>	209	Sonnenkollektoranlagen	425'273	Fr.	11	Minergie-P-Projekte	108'199	Fr.	12	Niedrigenergie-Häuser	132'052	Fr.	22	Ersatz Elektroheizungen	66'264	Fr.	192	Holzenergieprojekte	825'326	Fr.	1	CO2-Erdsonde	5'347	Fr.	20	Teilzahlungen an PV-Anlagen	43'799	Fr.	15	Diverse Projekte	276'640	Fr.	482	Projekte Total	1'882'900	Fr.
209	Sonnenkollektoranlagen	425'273	Fr.																																				
11	Minergie-P-Projekte	108'199	Fr.																																				
12	Niedrigenergie-Häuser	132'052	Fr.																																				
22	Ersatz Elektroheizungen	66'264	Fr.																																				
192	Holzenergieprojekte	825'326	Fr.																																				
1	CO2-Erdsonde	5'347	Fr.																																				
20	Teilzahlungen an PV-Anlagen	43'799	Fr.																																				
15	Diverse Projekte	276'640	Fr.																																				
482	Projekte Total	1'882'900	Fr.																																				

Nr. 4.05.62	Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel Der Kanton hat sich am Bau eines geothermischen Heiz-Kraftwerkes (Deep Heat Mining) in Basel gemäss Landratsbeschluss 2004 beteiligt. Die Begleitung erfolgt durch Einsitz im Verwaltungsrat.		Durch die Erdbebenereignisse ab dem 8. Dezember 2006 wurde das Geothermie-Projekt in Basel gestoppt. Die beschäftigten Unternehmen wurden abgezogen, die Infrastruktur wieder abgebaut und das Bohrloch wird derzeit lediglich überwacht. Die Ausschreibung für die Erstellung einer umfassenden Risikoanalyse ist erfolgt. Die Schadensregulierung läuft. Es wird mit einer Gesamtschadenssumme in der Höhe von 7 bis 9 Mio. Franken gerechnet. Der Kanton Basel-Landschaft ist weiterhin im Verwaltungsrat vertreten. Das Projekt hat bisher 62.6 Mio. Franken verbraucht. Eine weitere Beteiligung des Kantons BL an den Mehrkosten über die bisher bewilligten 3.2 Mio. Franken hinaus hat bisher nicht stattgefunden.
Nr. 4.05.63	Neue Grundsätze der kantonalen Klima- und Energiepolitik Die neuen Grundsätze der kantonalen Klima- und Energiepolitik (wenn möglich in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt) als Ersatz der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik vom 4. Februar 1991 liegen vor.		Für den Kanton Basel-Landschaft wurde eine neue Energie- und Klimaschutzstrategie entworfen. Nach der parlamentarischen Energie-Debatte vom 1. November 2007 wird diese im 1. Semester 2008 vom Regierungsrat genehmigt und veröffentlicht werden. Danach erfolgt die Umsetzung der einzelnen Massnahmen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie H Nachhaltige Entwicklung Strategische Zielsetzungen Koordination der Umsetzung der vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 783 vom 20. Mai 2003 genehmigten Strategie "Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft".		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 4.05.71	Einzelne Massnahme Erfolgskontrolle nachhaltige Entwicklung Der Nachhaltigkeitskompass ist zur Beurteilung einzelner Projekte, Programme und Konzepte und als Nachhaltigkeitsaudit der Verwaltung eingeführt. (5% A 101'031)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.03 Mio. Fr. (Vollkosten)	Der Nachhaltigkeitskompass ist durch einen Beschluss des Regierungsrates eingeführt und bereits mehrmals bei relevanten Projekten (Steuerreform, Bruderholzspital, Justizzentrum MuttENZ, etc.) angewendet worden. Die Erkenntnisse sind in den weiteren Planungen und in den Landratsvorlagen berücksichtigt worden.

Nr. 4.05.72	"Impuls 21" Mit "Impuls 21", dem Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung Baselbieter Gemeinden, werden die Gemeinden dazu motiviert, ihr Tagesgeschäft und die Erfüllung ihrer ordentlichen Aufgaben im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Weitere Gemeinden des Kantons konnten für "Impuls 21" gewonnen werden. Diese unterzeichnen zusammen mit dem Kanton eine Nachhaltigkeitserklärung. Landrats-Vorlage geplant. (25% A 101'031)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.17 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Landratsvorlage "Impuls 21, Programm 2007 - 2009 für eine Nachhaltige Entwicklung der Baselbieter Gemeinden" mit einem Verpflichtungskredit von rund 480'000 Fr. wurde am 3. Mai 2007 vom Landrat genehmigt. Die Umsetzung hat sich durch das notwendige Beschaffungsverfahren verzögert. Eine Ausschreibung wird in der ersten Hälfte 2008 erfolgen.
Nr. 4.05.73	2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis) Der Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zur Pilotregion Basel der 2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis) wird geprüft. Landrats-Vorlage geplant. (50% A 101'031)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.34 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Ausarbeitung einer Landratsvorlage für einen Beitritt des Kantons Basel-Landschaft wird im Rahmen der Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie im 2008 erfolgen.
Nr. 4.05.74	Einführung eines Umweltmanagementsystems Geplant wird die Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung analog der Bundesverwaltung. Auftrag aus Motion 2001 / 129 R. Brassel (als Postulat überwiesen) und Postulat 2002 / 129 E. Maag. (50% A 800'030)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.08 Mio. Fr. (Vollkosten)	Die Einführung eines Umweltmanagementsystems für die gesamte kantonale Verwaltung wurde aus Prioritätsgründen verschoben. Gleichzeitig wurde aber eine Arbeitsgruppe zur Prüfung einer Nachhaltigen öffentlichen Beschaffung vom Regierungsrat eingesetzt.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie I Umweltbeobachtung Strategische Zielsetzungen Die Umweltbeobachtung liefert die Grundlagen zur periodischen Legitimation der Tätigkeiten gegenüber der Politik und der Gesellschaft. Sie stellt Grundlagen bereit für die strategische Steuerung sowie für die Erfassung der Wirksamkeit der Tätigkeiten.		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 4.05.80	Einzelne Massnahme Konzept für die Umweltbeobachtung Das Konzept für die Umweltbeobachtung Basel-Landschaft liegt als Folge des BAFU / KVV-Projektes "Netzwerk Umweltdaten Schweiz (NUD-CH)" vor und ist umgesetzt (BAFU = Bundesamt für Umweltschutz; KVV = Konferenz der Vorsteher der Umweltschutz-ämterstellen der Schweiz). Die das AUE betreffenden Massnahmen gemäss der Analyse GIS-Rationalisierungspotenzial BUD sind umgesetzt. (100% S 101'157)	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.04 Mio. Fr. (Vollkosten)	Das Ziel ist noch nicht erreicht. Im Rahmen der Konzeptentwicklung der kantonalen Umweltbeobachtung hat sich gezeigt, dass diese nur als Teil einer nationalen Umweltbeobachtung sinnvoll realisiert werden kann. Das neue Programm "Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz" (NUS) wurde durch die Unterzeichnung einer Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen lanciert. Wegen der grossen Bedeutung und der Komplexität von NUS wurden die Ressourcen 2007 mehrheitlich für die Mitarbeit in dem Pilotbereich Boden investiert. Geographisches Informationssystem: Das AUE verfügt über das geforderte GIS-Konzept. Die Rationalisierungsmassnahmen wurden im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) umgesetzt. Lücken bestehen noch in der Qualitätssicherung der GIS-Daten. Diese werden 2008 geschlossen.
Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe Strategische Zielsetzungen Realisierung von Gewässerschutzmassnahmen im Birstal im Rahmen des interkantonalen Regionalen Entwässerungsplanes (REP).	↓ Amtsbericht 2007	
Nr. 4.06.01	Einzelne Massnahme Ausbau der Kläranlage Birs in Birsfelden Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 56'950'000.- (Konto 2341.501.51.066) (Investition) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 17'636'826.89 Budget 2006: Fr. 14'500'000.- Budget 2007: Fr. 11'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Die Realisation erfolgt gemäss Budget und Terminplan. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 56'950'000.- (inkl. MWST) (Konto 2341.501.51.066) (Investition) abzüglich Option (Abdeckung SBR) von Fr. 3'550'000.- (inkl. MWST) = Fr. 53'400'000.- (inkl. MWST) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 33'174'307.- (inkl. MWST) Voraussichtliche Ausgaben 2007: Fr. 10'500'000.- (inkl. MWST) Voraussichtliche Ausgaben 2008: Fr. 5'000'000.- (inkl. MWST).

Nr. 4.06.02	Mischwasserbehandlung im Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24'700'000.- (Konto 2341.501.52.118) (Investition) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 4'580'518.42 Budget 2006: Fr. 1'500'000.- Budget 2007: Fr. 2'200'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Die Realisation erfolgt gemäss Budget und Terminplan. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24'700'000.- (inkl. MWST) (Konto 2341.501.52.118) (Investition) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 5'640'152.- (inkl. MWST) Budget 2007: Fr. 2'367'000.- (inkl. MWST) Budget 2008: Fr. 2'690'000.- (inkl. MWST).
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Schwerpunkte bilden die gemeinsame Raumbesichtigung und gemeinsame Kartengrundlagen und Entwicklungskonzepte, Leitbilder und Schlüsselprojekte (Agglomerationsprogramm). Mit Blick auf die zukünftige Finanzierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind neue Trägerschaften und neue Organisationsformen zu entwickeln (Modellregion Oberrhein, Eurodistrict Basel).		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben (Internationale Bauausstellung Basel IBA Basel)	Finanzielle Auswirkungen 2007: Anteil RPS (BS + BL) 0.1 Mio. Fr.	Zu Beginn des Berichtsjahres ist der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) gegründet worden - mit einer Ausweitung des ehemaligen TAB-Perimeters und mit zusätzlichen Bearbeitungsthemen. Das Entwicklungskonzept 2020 ging in die öffentliche Vernehmlassung. Ebenfalls gestartet wurde die Vernehmlassung zur Idee "IBA Basel 2020" (Durchführung einer internationalen Bauausstellung in der Region Basel im Jahre 2020 zur Aufwertung und Bekanntmachung des Lebens- und Wirtschaftsstandortes TEB).
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Raumbesichtigung, Planungsprojekte (Salina-Raurica), Stellungnahmen und Behördenarbeit.		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 4.07.10	Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumbeobachtung als Controllinginstrument.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.2 Mio. Fr.	Der Kantonale Richtplan wurde am 26. Juni 2007 dem Landrat überwiesen. Er wurde in der Folge im Parlament und in den Fraktionen vorgestellt. Gleichzeitig wurden für wichtige Themen verwaltungsintern Umsetzungsvarianten entwickelt und diskutiert. Der Aufbau eines Controlling-instrumentes ist am Laufen.
Nr. 4.07.11	Raumbeobachtung Die räumliche Entwicklung im Kanton wird systematisch erfasst. Aufbau eines Indikatorensystems zur Raumbeobachtung Basel-Landschaft - insbesondere zur Wirtschaftsentwicklung und zur Standortgunst. Erhebung der erforderlichen Daten, Beschreibung und Bewertung der Entwicklung im Hinblick auf die gewünschte Entwicklung im Kanton (KORE). Raumbeobachtung ist ein Synonym für Grundlagen der Raumplanung gemäss Art. 6 RPG. Das Richtplancontrolling ist der Versuch, standardisiert, d.h. mittels Indikatoren die Veränderungen im Raum zu erfassen und aufzuzeigen, in welche Richtung die Entwicklung geht. Dazu kommt der Auftrag im Lärmschutz, Emissions- und Lärmbelastungskataster zu erstellen. Wichtige Daten dabei sind: Verkehrsdaten, Bebauungsdaten und Lärmausbreitungshindernisse wie zum Beispiel die Inventarisierung der Lärmschutzwände, damit diese Daten für das Lärmausbreitungsmodell verwendet werden können.		Das Indikatorensystem zur systematischen Raumbeobachtung ist erstellt. Im Rahmen einer Diplomarbeit an der Universität Basel wurde auch ein erster Test des Indikatorensystems mit zwei Zeitschnitten durchgeführt. Ebenso wurden die im Kanton erstellten Lärmschutzwände erhoben und mit GIS dargestellt. 2007 wurde auch der Lärmbelastungskataster Kantonsstrassen (Immissionskataster) fertig gestellt.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Siedlungsentwicklung und Verkehr) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben. Für die Umsetzung wird eine Trägerschaft etabliert.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.03 Mio. Fr. (Anteil BL)	Im Dezember 2007 wurde das Agglomerationsprogramm Basel von allen Regierungen der Kantone AG, SO, BS und BL verabschiedet. Der federführende Kanton BS hat es fristgerecht beim Bund eingereicht. Für die Umsetzung muss formal noch eine gemeinsame Trägerschaft etabliert werden.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik.		↓Amtsbericht 2007

Nr. 4.07.20	Einzelne Massnahme Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 5. Generellen Leistungsauftrags (GLA) • Erschliessung Kägen (Reinach) und Widen (Münchenstein) • Erschliessung Allschwil • Erschliessung Laufental • 1/4-Stunden-Takt im Ergolzthal Von den Kostensteigerungen aufgrund der Angebotsverbesserungen sind heute erst Fr. 300'000.- für die Erschliessung Kägen / Widen konkret, welche im Total von 29.6 Mio. Franken bereits enthalten ist. Die übrigen drei Massnahmen lassen sich derzeit noch nicht beziffern.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 29.6 Mio. Fr.	Die Erschliessung des Gebietes Kägen durch die Buslinie 62 konnte verwirklicht werden. Auch die Neuorganisation des Buskonzeptes im Laufental wurde erfolgreich umgesetzt. Für die weitere Planung der Erschliessung Allschwil wird 2008 ein separater Bericht erstellt. Die Belastung der Anwohner aufgrund der entstandenen "Übererschliessung" konnte 2007 durch organisatorische Massnahmen verbessert werden (anderer Wendeplatz). Die Erschliessung des Gebietes Widen wird im 6. Generellen Leistungsauftrag erfolgen. Die Planungsarbeiten haben 2007 begonnen. Die mögliche Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn (1/4-Stundentakt) wurde im Rahmen eines Planungsberichtes durch die SBB zuhanden der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs der Nordwestschweiz aufgezeigt. Ein Antrag für die Genehmigung der weiteren Planungskosten wird dem Landrat im Jahr 2008 unterbreitet. Die übrigen Verbesserungen, die im Rahmen des 5. GLA angekündigt wurden, konnten unterdessen umgesetzt werden.
Nr. 4.07.21	Ausbau der Regio-S-Bahn Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen, des Rollmaterials und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005).	Finanzielle Auswirkungen 2007: 14.13 Mio. Fr.	Die Arbeiten zur Fertigstellung der Infrastruktur für die Regio-S-Bahn gemäss dem LRB 2005 / 1018 gingen im Jahr 2007 weiter. Unterdessen sind die meisten Projekte umgesetzt. Namentlich die Modernisierung und die Erweiterung der bestehenden Haltestellen konnten fast überall abgeschlossen werden.
Nr. 4.07.22	Ausbau des BLT-Depots Hüslimatt Fertigstellung und Inbetriebnahme gemäss LRB 2005 / 1053 vom 14. Februar 2005 (Gesamtvolumen 29.0 Mio. Fr.).	Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.69 Mio. Fr.	Der Erweiterungsbau für das Depot Hüslimatt konnte im Jahr 2007 plangemäss dem Betrieb übergeben werden.

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung D Denkmalschutz Strategische Zielsetzung Weiterführung der Unterschutzstellung und der Sicherung der Qualität der geschützten Objekte.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 4.07.30	Einzelne Massnahme Sanierung von Schloss Birseck Fertigstellung der 2. Sanierungsetappe.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.4 Mio. Fr.	Seit dem Sommer 2007 ist das Schloss Birseck wieder für die Bevölkerung geöffnet. Eine Publikation zur Bau- und Nutzungsgeschichte der Anlage ist in Planung.
neu	Programmpunkt Luftreinhaltung Strategische Zielsetzungen Sicherstellung der Einhaltung der Immissionsgrenzwerte und der Emissionsbegrenzung für stationäre Anlagen.		↓ Amtsbericht 2007
neu	Einzelne Massnahme Revision des Luftreinhalteplans beider Basel Ergänzung des Luftreinhalteplans 2004 mit weiteren Massnahmen zur Reduktion der Luftbelastung durch Stickoxide, Ozon und Feinstaub.		Der revidierte Luftreinhalteplan wurde am 16. Oktober 2007 von den Regierungen Basel-Landschaft und Basel-Stadt beschlossen und an die kantonalen Parlamente weiter geleitet.
neu	Programmpunkt Bauinspektorat Strategische Zielsetzungen Durch die Überprüfung und die Anpassung der kantonalen Baugesetzgebung wird der Rechtszersplitterung und der Rechtsunsicherheit wirksam begegnet. Die Standortattraktivität des Kantons wird durch eine Vereinfachung des Baubewilligungswesens gefördert.		↓ Amtsbericht 2007
neu	Einzelne Massnahme Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe vom 22. September 2005 Landratsvorlage.		Der Entwurf der Landratsvorlage zum "Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe vom 22. September 2005" wurde nach der Mitberichtserstattung in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Ablauf der Vernehmlassungsfrist: 29. Februar 2008.

Teil 5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Kernaufgabe Sicherheit: In partnerschaftlicher Zusammenarbeit erreichen wir bessere und nachhaltigere Ergebnisse."

1. Sicherheit als Dauerauftrag

Dank vielfältigen Massnahmen ist es in den letzten Jahren gelungen, im Kanton Basel-Landschaft ein gutes Sicherheitsniveau zu erreichen. 2006 hat die vom Regierungsrat eingesetzte Fachgruppe "Gewalt im öffentlichen Raum" eine umfassende Analyse vorgenommen und Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in unserem Kanton unterbreitet. Besonders interessant ist die Feststellung der Fachgruppe, dass mit einer noch stärkeren Vernetzung bedeutende, bisher zu wenig genutzte Potenziale zur Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit erfasst und genutzt werden können.

In diesem Zusammenhang misst die JPMD den Sicherheitspatenschaften mit den Gemeinden besonderes Gewicht bei. 2004 und 2005 wurden zusammen mit den Gemeinden Liestal, Laufen, Pratteln, Sissach und Gelterkinden "Runde Tische Sicherheit" gebildet. 2006 ist zusammen mit Reinach eine weitere solche Plattform entstanden. An den "Runden Tischen Sicherheit" werden unter der Leitung des Gemeindepräsidiums und der zuständigen Regierungsrätin die Sicherheitsfragen in den Gemeinden gemeinsam diskutiert und analysiert. Soweit erforderlich werden Massnahmen festgelegt, die von den kommunalen und kantonalen Fachinstanzen umgesetzt werden.

2007 will die JPMD die Sicherheitspatenschaften mit den Gemeinden und die Zusammenarbeit mit anderen Partnern vertiefen und weiter entwickeln. Zusammen mit den zuständigen Stellen in Basel-Stadt werden wir abklären, welche Möglichkeiten für eine verstärkte Kooperation im Sicherheitsbereich bestehen.

Eine besondere Herausforderung bildet die EURO 08: Die Sicherheitsverantwortlichen der beiden Kantone stehen vor einer grossen Aufgabe, die sie nur gemeinsam meistern können. Im Jahr 2007 müssen die wichtigsten Vorbereitungen getroffen werden, damit dieser Auftrag erfüllt werden kann. Während der EURO 08 hat die Gewährleistung der Sicherheit der Sportler und der Besucherinnen und Besucher höchste Priorität.

2. Wegweisende Projekte

Auch im Jahr 2007 wird sich die JPMD mit wichtigen Projekten befassen, denen strategische Bedeutung zukommt. Im Vordergrund stehen das Strassenverkehrsamt beider Basel, die Umsetzung der Eidgenössischen Strafprozessordnung (Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells) in unserem Kanton sowie das geplante Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz. Weitere Projekte sind die Einführung einer gemeinsamen Aufsichtsstelle Datenschutz mit Basel-Stadt sowie die Reorganisation des Zivilstandswesens.

3. Gesetzgebung

Das Hauptaugenmerk gilt 2007 den folgenden Bereichen: Datenschutzgesetz: Anpassungen an die Abkommen von Schengen / Dublin; Revision Bürgerrechtsgesetz: Anpassung an die neue Gebührenregelung des Bundes; Einführung des Öffentlichkeitsprinzips sowie eine Teilrevision des Landratsgesetzes (Motion 2005 / 160).

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Strategische Zielsetzungen Die Gewalt im öffentlichen Raum wird durch gezielte präventive und repressive Aktionen der Polizei bekämpft. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung soll verbessert werden, u. a. durch verstärkte Präsenz im Gebiet der Bahnhöfe und in öffentlichen Anlagen. Neben dem Schutz vor Kriminalität ist auch der Verkehrssicherheit auf unseren Strassen höchste Priorität einzuräumen. Die Sicherheit der Fussballer und der Besucherinnen und Besucher anlässlich der EURO 08 muss gewährleistet werden.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 5.01.02	Einzelne Massnahme Vorbereitungen für die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) Der operative Start der IPH erfolgt im September 2007. Die derzeit unter der Schulleitung durchgeführten Detailplanungen werden durch Fachleute aus den beteiligten Polizeikorps unterstützt. Sobald die Feinplanung der Lektionen erfolgt ist, wird die korpspezifische Ausbildung durch die Polizei Basel-Landschaft geplant und vorbereitet. Infolge der IPH sind bei der Polizei Basel-Landschaft auch Anpassungen in den Bereichen Personalwerbung, Rekrutierung, Vertragswesen, Organisation und Weiterbildung erforderlich.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es erfolgt keine weitere Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt bzw. ist in der rechtskräftigen Kreditvorlage zur IPH (2004 / 149) ausgewiesen und bewilligt Seit September 2007 werden auch zwölf Aspirantinnen und Aspiranten der Polizei Basel-Landschaft in Hitzkirch während zehn Monaten ausgebildet. Nach weiteren zwei Monaten Ausbildung im "Heim"-Korps wird die Beförderung zu Polizistinnen und Polizisten erfolgen. Der gesamte Ausbildungsprozess wurde angepasst und die Arbeitsverträge wurden den neuen Gegebenheiten angeglichen.

Nr. 5.01.09	Weiterführung der "Runden Tische Sicherheit" mit den Gemeinden Zur Zeit bestehen "Runde Tische Sicherheit" mit den Gemeinden Liestal, Laufen, Pratteln, Sissach, Gelterkinden und Reinach. Ziel der "Runden Tische Sicherheit" ist es, eine Plattform für die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Fachleuten auf der Ebene der Gemeinden und des Kantons zu bieten. Damit soll auch erreicht werden, dass im Bedarfsfall rasch und unbürokratisch die erforderlichen Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit getroffen werden können.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es entstehen keine besonderen Kosten	Die "Runden Tische Sicherheit" wurden weitergeführt und bilden eine gute Plattform für die Vernetzung zwischen den verschiedenen Fachbereichen der Gemeinden und des Kantons. Die "Runden Tische Sicherheit" finden in der Regel zweimal jährlich statt. Thematisch sind sie auf die Bedürfnisse und Anliegen der Gemeinden ausgerichtet. Schwerpunkte bilden die Analyse der Sicherheitssituation in den Gemeinden und speziell die neuen Entwicklungen und die Tendenzen in diesem Bereich.
Nr. 5.01.11	Weiterführung der Massnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf der A2, Erhaltungsabschnitt Basel - Augst (EABA) Die Sanierungsarbeiten auf der A2, EABA Basel - Augst, wurden 2006 eingeleitet. Das umfassende Massnahmendispositiv der Polizei Basel-Landschaft zur Erhaltung der Verkehrssicherheit hat sich bisher bewährt. Die Leistungsfähigkeit des wichtigsten Verkehrsträgers unserer Region blieb trotz der einschneidenden Sanierungsarbeiten erhalten. Die Polizei Basel-Landschaft wird ihr Konzept für den Erhaltungsabschnitt Basel - Augst auch 2007 - während der zweiten Phase der Sanierungsarbeiten - umsetzen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 300'000.- Die Budgetierung erfolgt zu Lasten der Laufenden Rechnung auf der Rubrik 2420 (Konto 311.50). Dabei handelt es sich um die Digitalisierung der bisherigen Messstelle N2 Augst, welche gleichzeitig mit der Sanierung umgestellt werden soll (bauliche Massnahme).	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es erfolgt keine Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt	Wie bereits während der ersten Sanierungsphase (2006) konnte das bewährte Konzept im Jahr 2007 weitergeführt werden. Die Umbauarbeiten der Messstelle A2 Augst laufen planmässig. Die Inbetriebnahme ist im 1. Quartal 2008 vorgesehen. Die Erfahrung zeigt, dass die Unfälle im Bereich von Grossbaustellen zunehmen. Das war auch hier in den Jahren 2006 und 2007 der Fall. Erfreulicherweise handelte es sich vorwiegend um Bagatellunfälle, im Jahr 2007 ging die Zahl der Verunfallten zurück.
Nr. 5.01.12	Motivationshilfen für die Erhebung von Strafanzeigen Es muss erreicht werden, dass die Hemmungen zur Erhebung von Strafanzeigen abgebaut werden können. Eine konsequente Strafverfolgung trägt zur Prävention zukünftiger Straftaten bei und verbessert dadurch die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Besonders wichtig ist, dass der Schutz der Anzeigestellenden vor Racheakten der Täterschaft gewährleistet ist.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es entstehen keine besonderen Kosten	Der Schutz von Anzeigerstattenden vor Racheakten der Täterschaft wird sehr ernst genommen. Um entscheiden zu können, ob zusätzliche Massnahmen zur Steigerung der Anzeigenbereitschaft notwendig sind, werden derzeit von einer Arbeitsgruppe Abklärungen getroffen. Der Bericht der Arbeitsgruppe wird bis Juni 2008 vorliegen.

Nr. 5.01.13	Qualitätssicherung im Bereich Spurensicherung der Kriminaltechnik Bei der Spurensicherung an Tatorten und bei der Auswertung asservierter Spuren ist die Einführung eines Qualitätssicherungssystems erforderlich. Insbesondere bei der Sicherung von DNA - Spuren besteht eine erhöhte Gefahr der Kontamination solcher Spuren durch DNA - Spuren von Drittpersonen. Auch andere wichtige Bereiche der Kriminaltechnik sollen durch die Qualitätssicherung aufgewertet werden. Diese Massnahme entspricht einer gesamtschweizerischen Tendenz. Es ist davon auszugehen, dass künftig Gerichte und Parteien in Strafverfahren formell ausgewiesene Qualitätsstandards verlangen werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Die Budgetierung erfolgt zu Lasten der Laufenden Rechnung auf der Rubrik 2400 und 2420 (Konto 318.20).	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es erfolgt keine Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt	Mit einer Arbeitsgruppe aus Mitarbeitenden der Kriminaltechnik werden die Arbeitsabläufe detailliert analysiert und entsprechende Qualitätsvorgaben erarbeitet. Die Arbeiten gestalten sich sehr aufwändig. Auswärtige Experten für eine Akkreditierung wurden bislang noch nicht beigezogen, da diese momentan nicht im Vordergrund steht. Das notwendige Fachwissen für die Erarbeitung von Vorgehensweisen und Qualitätsstandards ist bei der Kriminaltechnik selber in hohem Masse vorhanden. Bislang entstanden deshalb keine externen Kosten. Bis September 2008 sind die kriminaltechnischen Arbeitsabläufe analysiert und systematisch aufgearbeitet. Mit dem Vorliegen des Qualitätssicherungssystems ist auf Ende 2009 zu rechnen.
Nr. 5.01.14	Verkehrsüberwachung Chienbergtunnel 2007 wird der Chienbergtunnel, Umfahrung Sissach, eröffnet. Das Hochleistungsstrassennetz in unserem Kanton erhält dadurch einen erheblichen Zuwachs. Die Verkehrsaufsicht im zirka 3 km langen Strassentunnel muss durch die Polizei Basel-Landschaft gewährleistet sein, ebenso die rasche Intervention im Ereignisfall. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Eine genaue Quantifizierung des Finanzbedarfs wird abgeklärt, steht jedoch zur Zeit noch nicht fest.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es erfolgt keine Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt	In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachstellen der BUD konnte der Chienbergtunnel dem Verkehr übergeben werden. Die technische und personelle Überwachung des Tunnels konnte wie vorgesehen umgesetzt werden.

Nr. 5.01.15	Neuuniformierung der Polizei Der Landrat wird im Herbst 2006 den Beschluss zur Neuuniformierung der Polizei Basel-Landschaft fassen. Die Neuuniformierung entspricht der Einheitsuniform der Partnerkantone des Nordwestschweizer Polizeikonkordats (PKNW). Die Einführung der neuen Uniform ist anfangs 2007 vorgesehen. Sie soll innerhalb kurzer Zeit allen Korpsangehörigen abgegeben und anstelle der alten Uniform getragen werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 126 Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 950'000.-		Seit dem 1. September 2007 tragen die Mitarbeitenden der Polizei Basel-Landschaft die neue Uniform. Aufgrund von Erfahrungen anderer Korps wurde mit der Bestellung der Polo-Shirts wegen Qualitätsproblemen noch zugewartet. In der Zwischenzeit konnte die Bestellung erfolgen und eine Auslieferung ist im Frühjahr 2008 vorgesehen. Damit kann der Abschluss der neuen Uniformierung per Ende April 2008 erfolgen.
Nr. 5.01.16	Sicherheit an der EURO 08 Im Sommer 2008 findet in der Schweiz und in Österreich der drittgrösste Sportanlass weltweit statt, nämlich die Fussball-Europameisterschaft. Zusammen mit Basel-Stadt bildet Baselland die "Host City Basel". Im St. Jakobs-Park werden sechs Spiele stattfinden, darunter das Eröffnungsspiel. Als Gastgeber sind unsere beiden Kantone verpflichtet, den Gästen - seien es Akteure oder Match-besuchende - optimale Rahmenbedingungen zu bieten, auch betreffend Sicherheit. Im Brennpunkt stehen der Schutz vor Kriminalität sowie die Verhinderung von Hooliganismus und Vandalismus. Aber auch die reibungslose Abwicklung des Verkehrs - vor und nach den Spielen - ist sicherzustellen. 2007 ist ein Grossteil der Vorbereitungen zu treffen, damit die hohen Sicherheitsstandards während der EURO 08 erfüllt werden können. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB hängig Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. offen Eine Landratsvorlage, welche von der für die EURO 08 feder-führenden Direktion (BKSD) ausgearbeitet werden soll, wird Angaben zum voraussichtlichen Finanzbedarf machen. Zur Zeit steht die Höhe des erforderlichen Kredites noch nicht fest.		Im Juni 2007 hat der Landrat die Vorlage 2007 / 001 "Verpflichtungskredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel" beschlossen. Das Referendum wurde nicht ergriffen. Aus polizeilicher Sicht werden die Vorbereitungen für die Euro 08 gemeinsam mit der Kantonspolizei Basel-Stadt vorangetrieben. Der Stand der Planungsarbeiten (Mitte Januar 2008) kann als gut bezeichnet werden. Veränderungen in den Rahmenbedingungen (zum Beispiel 9. Stadion oder weitere Fan-Zonen/-Camps) führen zu laufenden Anpassungen. Im März 2008 soll die Planungsorganisation in die Einsatzorganisation überführt werden. Über den Planungsstand des Fachbereichs "Sicherheit" wird der Euro-Projektleitung laufend berichtet. Aus Sicht des Bevölkerungsschutzes konzentrierten sich die Vorbereitungen auf das Schliessen von Lücken im Sanitäts- und ABC-Abwehrbereich. Mit der Bildung, Ausrüstung und Schulung je eines mobilen Sanitätszuges und eines ABC-Abwehrezuges in der Kantonalen Zivilschutzkompanie konnten die sanitätsdienstlichen Leistungen bei einem Massenanfall von Verletzten sowie der ABC-Schutz erheblich verbessert werden.

Nr. 5.02	Programmpunkt Amt für Migration Strategische Zielsetzungen Mit dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes beider Basel - voraussichtlich per 2007 - sind seine Grundsätze, insbesondere jene "des Forderns und des Förderns", umzusetzen.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 5.02.01	Einzelne Massnahme Vollzug des Integrationsgesetzes beider Basel Zusammen mit Basel-Stadt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche den Vollzug des Integrationsgesetzes regelt. Ebenso ist die Schulung der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen, die mit der Umsetzung der Fördermassnahmen betraut sind.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt	Das Gesetz über die Einführung der Integrationsbestimmungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationsgesetz) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten, zusammen mit der kantonalen Integrationsverordnung. Per 1. Dezember 2007 hat der neue Integrationsbeauftragte seine Stelle angetreten. Die Schulung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird als Verbundaufgabe im Jahr 2008 umgesetzt. Im Jahr 2008 bildet auch die Umsetzung der übrigen Bestimmungen des Integrationsgesetzes und der Integrationsverordnung einen wichtigen Schwerpunkt.
Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Die Jugendanwaltschaft wird dem Vollzug der neuen Gesetzgebung (Allgemeiner Teil des Strafgesetzbuchs, Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege) Priorität einräumen. Es sind die notwendigen Schritte vorzukehren, damit der Übergang vom alten auf das neue Recht möglichst problemlos erfolgen kann.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 5.03.04	Einzelne Massnahme Neue Zuständigkeit für die Kinderfälle im Strafrecht Per 1. Januar 2007 wird die Jugendanwaltschaft dafür zuständig sein, die Kinderfälle im Strafrecht zu entscheiden. Bisher lag die Kompetenz dazu bei den Vormundschaftsbehörden der Gemeinden. Nicht nur der Entscheid selbst, sondern auch dessen Vollzug, gehört neu in die Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft. Innerhalb der Jugendanwaltschaft sind die Vorkehrungen zu treffen (Ausbildung, Anpassung der personellen Ressourcen), damit die neuen Aufgaben ohne Verzug und fachgerecht erfüllt werden können. Durch die Neuregelung der Zuständigkeit bei Kinderfällen werden die Gemeinden entlastet.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Es entsteht ein jährlicher Mehraufwand (Personal) im Umfang von zirka 0.15 Mio. Fr.	Seit der Inkraftsetzung des neuen eidgenössischen Jugendstrafgesetzes und des neuen kantonalen Jugendstrafverfahrensgesetzes werden auch die Kinderfälle (10- bis 14jährige) im Strafrecht durch die Jugendanwaltschaft beurteilt und deren Sanktionen vollzogen. Die interne Ausbildung und die vorgesehene personelle Anpassung wurden durchgeführt. Dementsprechend wurden die Gemeinden entlastet.

Nr. 5.04	Programmpunkt Staatsanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Die Arbeiten für die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung sind in Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen rechtzeitig an die Hand zu nehmen, damit bis zum Inkrafttreten - voraussichtlich 2011 - die Vorbereitungen im Kanton Basel-Landschaft abgeschlossen sind.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 5.04.02	Einzelne Massnahme Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung Der Entwurf für eine schweizerische Strafprozessordnung sieht verschiedene Regelungen vor, die in dieser Form in unserem Kanton nicht oder nur teilweise bekannt sind. Das vom Bundesrat befürwortete Staatsanwaltschaftsmodell bedingt im Baselbiet wesentliche Änderungen in der Organisation der Strafverfolgungsbehörden. Diese Anpassungen sind vorzunehmen, bevor das neue Recht in Kraft treten wird. Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt mit Vertreterinnen und Vertretern aus den betroffenen Bereichen der Verwaltung und der Gerichte. Die Projektgruppe hat den Auftrag, die Grundlagen für die Umsetzung des neuen Bundesrechts vorzubereiten.	Die durch das Kantonsgericht und den Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe "Strafprozessordnung" konstituierte sich am 23. November 2006. Sie hat den Auftrag, die kantonalen Gesetzesbestimmungen zur Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung vorzubereiten. Sie führte zwischen März und Dezember 2007 insgesamt neun halb- und ganztägige Sitzungen durch. Sie lud Fachpersonen aus den Kantonen Basel-Stadt, Solothurn, St. Gallen und Zürich zu einem Hearing ein, um sich "aus erster Hand" über die Erfahrungen in den Kantonen orientieren zu lassen, welche das Staatsanwaltschaftsmodell bereits eingeführt haben und anwenden. Die Arbeitsgruppe setzte sich intensiv mit grundsätzlichen Fragen auseinander. Sie erarbeitete den Entwurf für das kantonale Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung zusammen mit den notwendigen Verfassungsänderungen. Vorgesehen ist, dass das Vernehmlassungsverfahren in der 1. Hälfte des Jahres 2008 durchgeführt wird.
Nr. 5.05	Programmpunkt Strafvollzug / Freiheitsentzug Strategische Zielsetzungen Das neue, am 1. Januar 2007 in Kraft tretende Jugendstrafrecht sieht u. a. neu die Möglichkeit vor, Jugendliche mit Freiheitsentzug bis zu vier Jahren zu bestrafen. Innerhalb des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz ist eine Lösung zu finden in Form eines Jugendvollzugszentrums. In Frage kommt ein Standort in der Nähe des Therapiezentrums für junge Erwachsene Arxhof.	↓ Amtsbericht 2007

Nr. 5.05.02	Einzelne Massnahme Projekt für ein Jugendvollzugszentrum Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt mit dem Auftrag zu prüfen, ob auf dem Areal des Therapiezentrums für junge Erwachsene Arxhof, Niederdorf, ein Jugendvollzugszentrum als geschlossene Einrichtung des Jugendstrafvollzugs erstellt werden kann. Vorgesehen ist ein Platzangebot von 16 - 18 Plätzen für straffällig gewordene, 15 - 22 Jahre alte Jugendliche, umfassend auch ein Schul- und Ausbildungsangebot sowie eine sozialpädagogisch begleitete Tagesstruktur. Die Projektgruppe hat den Auftrag, ein Detailkonzept als Entscheidungsgrundlage für die politisch zuständigen Behörden (Regierungsrat, Landrat) auszuarbeiten.	Zur Überprüfung der Machbarkeit des Projektes Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz (JuNI) wurde ein Architekturbüro mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Diese wird vom Strafvollzugskonkordat NWI-CH finanziert und im Januar 2008 vorliegen. Der Rechtsdienst des Regierungsrates klärt die rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Das Strafvollzugskonkordat NWI-CH ist interessiert an einem Jugendvollzugszentrum mit Standort Arxhof. Das Betriebskonzept ist beim Bundesamt für Justiz eingereicht worden. Der Regierungsrat wird aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und des Gutachtens über die rechtlichen Rahmenbedingungen im Frühling 2008 über das weitere Vorgehen entscheiden. Um das JuNI realisieren zu können, bedarf es in jedem Fall der Zustimmung durch den Landrat.
Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungsschutz Strategische Zielsetzungen Nachdem der Landrat das Projekt Polycom (= gesamtschweizerisches Sicherheitsfunknetz für die Sicherheitsbehörden) beschlossen und den Verpflichtungskredit bewilligt hat, gilt es nun, dieses anspruchsvolle Projekt umzusetzen, damit es per Juni 2008 in Betrieb gesetzt werden kann.	↓ Amtsbericht 2007

Nr. 5.06.02	Einzelne Massnahme Realisierung Polycom Eine Fachgruppe, bestehend aus den involvierten Sicherheitsbehörden unseres Kantons, ist mit der Umsetzung von Polycom beauftragt. Im Jahr 2007 sind die wichtigsten Vorbereitungsarbeiten zu treffen, damit Polycom wie vorgesehen für die EURO 08 bereit steht. Schwerpunkte bilden der Bau der Infrastruktur und der Aufbau des Funksystems mit Schwergewicht im unteren Baselbiet und entlang der Hauptverkehrsachse Basel - Zürich / Luzern / Bern. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine Total: Fr. 13.4 Mio. netto (Konto 2470.503.30) Investitionsrechnung Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 3'500'000.- Budget 2007: Fr. 6'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 6.5 Mio. Fr.	Die wichtigsten Systemkomponenten konnten im Berichtsjahr ausgeschrieben und vergeben werden. Die Kosten entsprechen dem Verpflichtungskredit. Die meisten Baugesuche wurden eingereicht. Die Vorbereitungsarbeiten für die Ausbildung der Anwender sind auf Kurs. Die speziellen Projektbedingungen (Geheimhaltung, nationale Partner, internationale Lieferanten) sowie die strengen Auflagen der Submissionsprozesse führten zu mehrmonatigen Verzögerungen. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass durch Einsprachen des Natur- und Heimatschutzes der Standort eines Sender / Empfängers in Frage gestellt wird. Während der Euro 08 wird das Sicherheitsfunknetz im Raum Basel - von Allschwil bis Aesch, von Allschwil bis Augst und von Augst bis Liestal - in Betrieb sein. Die polizeilichen Einsatzkräfte und die Führungsebenen werden in diesem Raum über Polycom-Handfunkgeräte verfügen und einheitlich kommunizieren können. Der Raum um das 9. Stadion (Liestal - Bubendorf) wird nicht mit Polycom versorgt sein. Aufwändige Provisorien machen aus ökonomischen Überlegungen keinen Sinn. Die Einsatzkräfte und die Führungsorganisationen können ab Anfang 2009 im ganzen Kantonsgebiet das Sicherheitsfunknetz operativ nutzen. Rechnung 2007: Fr. 3'450'617.-.
Nr. 5.08	Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle Strategische Zielsetzungen Mit der Zusammenführung der Motorfahrzeugkontrollen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel zum Regionalen Verkehrssicherheitszentrum soll erreicht werden, dass die Dienstleistungen gegenüber den Motorfahrzeugführerinnen und Motorfahrzeugführern noch Kunden orientierter erbracht werden können.		↓Amtsbericht 2007

Nr. 5.08.03	Einzelne Massnahme Projekt für ein Strassenverkehrsamt beider Basel Es wurde eine Projektgruppe mit Vertretungen der Motorfahrzeugkontrollen BL und BS sowie der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel eingesetzt mit dem Auftrag, ein Detailkonzept für ein Strassenverkehrsamt beider Basel auszuarbeiten. Das Projekt steht unter der Federführung der Paritätischen Betriebskommission der MFP. Das Konzept wird bis Ende 2007 vorliegen, damit es anschliessend den beiden Kantonsregierungen und später den beiden Kantonsparlamenten in Form von Vorlagen unterbreitet werden kann.		Im Auftrag der Paritätischen Betriebskommission der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP) erarbeitet eine Kommission mit Vertretungen beider Kantone unter der Federführung des Leiters der Motorfahrzeugkontrolle konkrete Modelle. Es stehen zwei Lösungsansätze im Vordergrund: 1. Der Zusammenschluss der beiden kantonalen Motorfahrzeugkontrollen und der MFP zum Strassenverkehrsamt beider Basel. 2. Die Optimierung der Abläufe und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Motorfahrzeugkontrollen, der MFP und eventuell weiteren Partnern. Die beiden Modelle werden evaluiert und gegenüber dem Ist-Zustand abgewogen. Auf der Basis der Ergebnisse dieser Arbeit wird die paritätische Betriebskommission den beiden Kantonsregierungen im Jahr 2008 einen Antrag stellen zum weiteren Vorgehen.
Nr. 5.09	Programmpunkt Rechtsdienst Strategische Zielsetzung Das Projekt Effilex wird in der JPMD als Dauerauftrag fortgeführt. Die Überarbeitung und die Erneuerung der Rechtserlasse gemäss den Effilex-Kriterien sind weit fort geschritten. Ausserhalb von Effilex sind die Gesetzgebungsaufträge des Landrates möglichst speditiv zu erfüllen.		Amtsbericht 2007 Mit dem Abschluss der umfangreichen Arbeiten für die Überarbeitung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch konnte im Rahmen des Dauer-auftrages "Effilex" ein weiteres Ziel erreicht werden.
Nr. 5.09.08	Einzelne Massnahme Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (Landratsvorlage) Nachdem das Bundesrecht festlegt, dass sich die Einbürgerungsgebühren nach dem Aufwand richten müssen (Prinzip der Kostendeckung), ist das kantonale Bürgerrechtsgesetz einer kleinen Teilrevision zu unterziehen und entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben anzupassen.		Die Vorlage befindet sich zur Zeit beim Landrat. Die Justiz- und Polizeikommission hat der Vorlage zugestimmt (Stand Januar 2008). Das revidierte Gesetz kann - die Zustimmung des Landrates vorausgesetzt - Mitte 2008 in Kraft treten.
Nr. 5.09.11	Teilrevision des Landratsgesetzes (Vernehmlassungsvorlage) Aufgrund einer Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung ist das Landratsgesetz in verschiedenen Punkten zu ändern. U. a. soll im Landratsgesetz klargestellt werden, dass nur die Fraktionen (und nicht einzelne Mitglieder des Landrates) die Kompetenz haben, Wahlvorschläge zu unterbreiten.		Die Vernehmlassungsvorlage wird im Frühling 2008 zur Vernehmlassung unterbreitet werden.

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Dienstleistungen B Datenschutz Strategische Zielsetzungen Die Gesetzgebung ist eine Schwerpunktaufgabe der JPMD. Im Jahr 2007 steht die Anpassung des kantonalen Datenschutzgesetzes an die Abkommen von Schengen / Dublin im Vordergrund. Die verzugslose Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das EU-Recht bildet eine unabdingbare Voraussetzung, damit unser Land an Schengen / Dublin teilnehmen kann.	↓ Amtsbericht 2007	
Nr. 5.10.10	Einzelne Massnahme Anpassung des Datenschutzgesetzes an die Abkommen von Schengen / Dublin (Landratsvorlage) Die schweizerische Datenschutzgesetzgebung - auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene - muss dem Schengen-Standard angepasst werden. Eine von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und -direktorinnen (KKJPD) ausgearbeitete Checkliste dient den Kantonen als Grundlage für die vorzunehmenden Anpassungen. Eine Revisionsvorlage zum basellandschaftlichen Datenschutzgesetz wird bis 2007 vorliegen. Sie wird jene Änderungen enthalten, die notwendig sind, um in unserem Kanton eine Schengen konforme Datenschutzgesetzgebung zu erhalten. Besonders hohe Anforderungen gelten für die Unabhängigkeit der Datenschutzaufsichtsstellen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Der Finanzbedarf wird voraussichtlich über die Laufende Rechnung abgedeckt	Der Landrat hat die Vorlage über die Anpassung des Datenschutzgesetzes an Schengen / Dublin (Vorlage 2007 / 173) am 12. Dezember 2007 mit 72:0 Stimmen angenommen. Die Kompatibilität der kantonalen Gesetzgebung mit den Abkommen von Schengen / Dublin ist somit hergestellt. Der Kanton ist für die Inkraftsetzung der Abkommen von Schengen / Dublin bereit.

Nr. 5.10.11	Datenschutzaufsichtsstelle beider Basel Geplant ist die Zusammenlegung der Aufsichtsstellen Datenschutz der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Erwartet werden von der Zusammenführung dieser beiden Fachstellen eine Effizienzsteigerung und eine bessere Rollen- und Aufgabenteilung unter den Mitarbeitenden. Die wesentlichen Punkte der Aufsichtsstelle Datenschutz beider Basel sind in einem Staatsvertrag zu regeln, welcher von den Regierungen und den Parlamenten der beiden Kantone genehmigt werden muss.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Gemäss Machbarkeitsstudie wird bei einer gemeinsamen Datenschutzstelle BL / BS der Kanton Basel-Landschaft um 0.04 Mio. Fr. entlastet	Die Bildung einer Datenschutzaufsichtsstelle beider Basel macht nur dann Sinn, wenn beide Kantone über eine zumindest weitgehend übereinstimmende Datenschutzgesetzgebung verfügen. Der Entwurf für ein gemeinsames Datenschutz- und Informationsgesetz ist im vergangenen Jahr erarbeitet worden und befindet sich zur Zeit (Januar 2008) in beiden Kantonen im verwaltungsinternen Mitberichtsverfahren. Bis Mitte 2008 wird das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt und anschliessend wird das Gesetz den beiden Kantonsparlamenten unterbreitet. Die Vorbereitungsarbeiten für eine Datenschutzaufsichtsstelle beider Basel bleiben sistiert, solange das Zustandekommen eines gemeinsamen Datenschutz- und Informationsgesetzes ungewiss ist. Sobald diese offene Frage geklärt ist, wird der Regierungsrat über das weitere Vorgehen entscheiden.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Dienstleistungen F Zivilstandswesen Strategische Zielsetzungen Infostar (= Informatisiertes Standesregister) führt mittelfristig zu einer Reduktion des Aufwands bei den Zivilstandsämtern. Die heutigen Strukturen des Zivilstandswesens in unserem Kanton sind dieser Entwicklung anzupassen.	↓ Amtsbericht 2007	

Nr. 5.10.50	Einzelne Massnahme Reorganisation des Zivilstandswesens Seit Juni 2004 sind alle Zivilstandsämter der Schweiz an Infostar (= Informatisiertes Standesregister) angeschlossen. Die vom Bund vorgeschriebenen Regeln zur Erfassung der Personen im System sind für die Zivilstandsämter für eine gewisse Dauer mit Mehraufwand verbunden. Je mehr Personen aber im Infostar erfasst sind, desto grösser ist der Effizienzgewinn. Ist eine Person einmal im System erfasst, so ist die Verurkundung weiterer Zivilstandsfälle mit weniger Aufwand als bisher verbunden. Das Gleiche gilt für Auszüge und Mitteilungen, welche die Zivilstandsämter für Private und Behörden zu erstellen haben. Der personelle Aufwand der sechs Zivilstandsämter in unserem Kanton wird sich mittelfristig verringern. Entsprechend dieser Entwicklung wird eine Reorganisation der Zivilstandsämter notwendig werden. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Vorschläge im Hinblick auf eine Reduktion der Zivilstandskreise zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dienen als Grundlage zur Erarbeitung eines Entwurfs zur Revision des Zivilstandsdekretes.		Die bisherigen Untersuchungen der Arbeitsgruppe haben aufgezeigt, dass dem Effizienzgewinn durch Infostar ein erhöhter Aufwand bei den Abklärungen vor dem Vollzug von Verurkundungen und Registereintragungen gegenübersteht. Zudem wird das bisher unterstellte Potenzial für einen Abbau des Personalbestandes bei den Zivilstandsämtern weitgehend durch die Zuweisung neuer Aufgaben durch den Bund (Verurkundung und Registratur ausländischer Vorgänge, Befragungen bezüglich Scheinehen) kompensiert. Im Weiteren ergab sich, dass jede Organisationsänderung unmittelbar in einen Abbau der Dienstleistungen mündet. Eine Untergruppe wird sich im Jahr 2008 mit der Evaluation der Mehrbelastung durch neue Aufgaben befassen und diese dem allfälligen Reduktionspotenzial gegenüberstellen. Gestützt darauf wird ein Entscheid über die Weiterverfolgung der Massnahme möglich werden.
-------------	---	--	--

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

Bildung bewegt.

Mit unserer Zustimmung zur neuen Bildungsverfassung vom 21. Mai 2006 haben wir ein breites, zeitgemässes und zukunftstaugliches Dach über die föderalistische Bildungslandschaft Schweiz geschaffen.

Unter diesem zukünftigen Dach sind bereits seit einiger Zeit intensive Umbauarbeiten im Gang. Das neue Konkordat wird die Struktur unserer Schulen verändern! Die Diskussionen über „HarmoS“ bewegen die Gemüter. Immer deutlicher wird: Baselland und Basel-Stadt sind in der Bildungslandschaft Schweiz leicht exotische Paradiesvögel. Aber bedeutet in der Minderheit sein, dass wir in der Sache falsch liegen? Die Diskussion über die Inhalte unseres Schulsystems können wir gut aushalten: Die „Gute Schule Baselland“ funktioniert. Trotzdem kommen wir um die Klärung der Struktur unserer kantonalen Bildungslandschaft nicht herum. Wichtig ist dabei, dass Baselland die Impulse selber setzt und das Heft selber in die Hand nimmt, bevor wir die Weiterentwicklung als Patchwork auf der Grundlage der Initiative anderer gestalten müssen.

Die Auseinandersetzung mit der Weiterentwicklung des Bildungsangebotes darf nicht bei der Diskussion über die Struktur stehen bleiben. Es gibt bei aller Bewegung ein paar ganz praktische, zentrale Fragen, zu denen wir gemeinsam Antworten entwickeln müssen:

- Wie können ein höheres Qualifikationsniveau der Lehrpersonen, erweiterte Lernformen, moderne Unterrichtshilfen und eine aufwändige Infrastruktur zugunsten eines wesentlich höheren Bildungsniveaus umgesetzt werden (Stichworte: Ausschöpfen des Bildungspotenzials, Chancengleichheit)?
- Wie können wir die Anzahl Kleinklassen in den nächsten zehn Jahren halbieren?
- Wie können wir die Anzahl Repetentinnen und Repetenten um 30% senken?
- Wie können wir dafür sorgen, dass die "Gute Schule Baselland" für die Standortattraktivität die gleiche (Lock-)Wirkung entfaltet, wie die Steuergesetzgebung im Kanton Schwyz?
- Wie kann durch ein attraktives und erfolgreiches Bildungsangebot der öffentlichen Schulen dafür gesorgt werden, dass Initiativen für einen „Bildungsgutschein“ ohne Resonanz bleiben?
- Wie können Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Schule überzeugend kommuniziert werden, damit der Landrat diese Leistungen freudig würdigt, anstatt über Unterrichtsausfälle zu lamentieren?
- Wie sorgen wir dafür, dass sich Lehrbetriebe, Fachhochschulen, Universitäten und später Unternehmen aus der ganzen Schweiz einen harten Rekrutierungswettbewerb um die Schulabgängerinnen und Schulabgänger unseres Kantons liefern?

Bildung bewegt. Wir können vieles erreichen, wenn wir uns selber bewegen. Aber nur so geht es. Denn zur Zeit mag es einem vorkommen, wie es will, das einzig Stete in den letzten Jahren ist der Wandel. Dem können wir uns nicht entziehen, dem wollen wir uns nicht entziehen. Unverzichtbare Voraussetzung ist jedoch, dass jede Veränderung tatsächlich Mehrwert schafft für Schülerinnen und Schüler, für Lehrpersonen und für Gesellschaft und Wirtschaft.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Konkordat Harmonisierung obligatorische Schule (HarmoS) und Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz Die Harmonisierung der obligatorischen Schule ist ein prioritäres Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) für die Weiterentwicklung des schweizerischen Bildungswesens zu einem kohärenten Bildungsraum. Das Beitrittsverfahren zum Konkordat soll gegen Ende 2007 durch die EDK ausgelöst werden. Für den Kanton Basel-Landschaft steht der Entscheid an, erhebliche Investitionen zur schweizerischen und regionalen Harmonisierung des Bildungswesens zu tätigen. Der am 21. Mai 2006 von Volk und Ständen angenommene Bildungsartikel verpflichtet Bund und Kantone ausdrücklich zur Koordination und Zusammenarbeit im gesamten Bildungsbereich. Gesamtschweizerisch einheitlich zu regeln sind Schuleintrittsalter und Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie die Anerkennung von Abschlüssen. Kommt die angestrebte einheitliche Regelung der Eckwerte im Schulwesen nicht auf dem Koordinationswege zustande, erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften. Mit der Standesinitiative zur „Koordination der kantonalen Bildungssysteme“ gemäss Beschluss des Landrates vom 28. Februar 2002 hat der Kanton Basel-Landschaft den Weg zur neuen Verfassungsrevision bereiten helfen. Bildungsbericht 2007 Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle vier Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Basel-Landschaft Stellung. Der Bericht hat einerseits die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber Parlament und Öffentlichkeit abzulegen. Andererseits sollen auch Entwicklungsthemen bearbeitet werden, so dass das Parlament den Bericht als Entscheidungsgrundlage für die Abschreibung ausgewählter Postulate oder für neue Vorstösse nutzen kann. Der Bildungsbericht 2007 soll den Stand der Entwicklung auch im interkantonalen Vergleich beleuchten und zieht deshalb als Grundlage den schweizerischen Bildungsmonitoring-Bericht 2006 heran. Der Bildungsbericht 2007 soll eine informative Grundlage über den erreichten Stand der Entwicklung des Bildungswesens darstellen. Er wird insbesondere genutzt für das Legislaturprogramm des Regierungsrates für die Jahre 2008 - 2011. Masterplan Bildung Mit dem Masterplan Bildung sollen die Kosten- und die Wirkungstransparenz sowie die Steuerungsfähigkeit im Bildungswesen verbessert werden. Ein erster Entwurf für einen Masterplan Bildung mit Projektskizzen und Folgenabschätzungen für einen zehnjährigen Planungszeitraum ist erstellt worden. Da sich nun die möglichen Konsequenzen aus den neuen Verfassungsbestimmungen zur Bildung und zum Konkordat über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) abschätzen lassen, wird der Masterplan nachgeführt und verdichtet. Er bleibt ein Hilfsmittel der BKSD für die längerfristige Planung und insbesondere auch für die Vorbereitung des Regierungsprogramms. Abgeklärt wurden auch die erforderlichen Schritte zur Verbesserung der Kostenrechnung pro Schüler/in und Ausbildungsjahr und zur Steuerung über Schülerpauschalen. Für die Spezielle Förderung ist ein Modell erarbeitet worden. Bildungsraum Nordwestschweiz Geprüft wird insbesondere, ob die heute sehr unterschiedlichen Bildungssysteme der nordwestschweizerischen Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn zu einem Bildungsraum Nordwestschweiz zusammenwachsen können. Nachdem die vier Kantone bereits gemeinsam die Fachhochschule Nordwestschweiz führen, wird nun eine Harmonisierung der Strukturen und der Bildungsinhalte während und nach der obligatorischen Schulzeit angepeilt. Es werden Überlegungen zum pädagogischen, ökonomischen und politischen Nutzen eines Bildungsraums Nordwestschweiz angestellt. Die Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz mit gegen 1.3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ist eine wichtige strategische Option für die weitere Entwicklung des Bildungswesens, aber auch des regionalen Kultur- und Wirtschaftsraums.	Die EDK hat das HarmoS-Konkordat am 14. Juni 2007 zuhänden der Kantone verabschiedet. Ferner hat die EDK am 25. Oktober 2007 die interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik beschlossen. Für die enge und vertiefte Koordination der Beschlussfassung zum Beitritt und zur Umsetzung dieser beiden Konkordate sowie für eine Kooperation bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens arbeitet der Kanton Basel-Landschaft mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn zusammen. Bis Ende September 2007 wurde eine Konsultation durchgeführt. Eine interparlamentarische Kommission hat sich gebildet und begleitet das Geschäft. Sie empfiehlt, den Prozess für das Aushandeln eines Staatsvertrages aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung und der Schlussfolgerungen einzuleiten. Mit Beschluss vom 6. November 2007 verabschiedete der Regierungsrat den Bildungsbericht zuhänden des Landrates. Der Masterplan Bildung wurde als internes Planungsinstrument nachgeführt.
-----------------	--	---

Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept Die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beschloss im März 2004, den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule koordiniert weiter zu entwickeln und früher mit der Sprachförderung zu beginnen. Gemeinsames Ziel ist eine verstärkte Förderung der Erstsprache (lokale Landessprache) und als langfristiges Ziel das Unterrichten von zwei Fremdsprachen für alle Schülerinnen und Schüler spätestens ab dem 3. bzw. dem 5. Schuljahr. In einem ersten Schritt soll für Baselland geklärt werden, ob die Staffelung des Fremdsprachenunterrichtes mit Englisch ab 3. Klasse und Französisch ab 5. Klasse oder umgekehrt mit Französisch als erster Fremdsprache zu erfolgen habe.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die Klärung der Sprachenstaffelung ist mit Beschluss des Landrates vom 1. Februar 2007 erfolgt (2006 / 261). Französisch soll ab 3. Klasse der Primarschule und Englisch ab 5. Klasse unterrichtet werden. Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich am Projekt zum Gesamtsprachenkonzept der übrigen Kantone an der Sprachengrenze (BE, BS, SO, FR, VS), eine kantonale Projektorganisation wurde aufgebaut.
Nr. 6.01.06	Integration Das Integrationsgesetz ist voraussichtlich im Frühjahr 2007 in der Volksabstimmung. Die Umsetzung fordert besondere Massnahmen und Projekte: Einbezug der Gemeinden, Öffentlichkeitsarbeit, Sprach- und Integrationskurse und Regionalisierung der Projekte.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Am 19. April 2007 hat der Landrat dem Integrationsgesetz (2005 / 174) mit 4/5-Mehr zugestimmt.
Nr. 6.01.09	Masterplan Bildung Der Masterplan Bildung wird aktualisiert unter Einbezug der allenfalls erforderlichen Anpassungen des Bildungswesens gemäss HarmoS. Die wichtigsten laufenden und künftig möglichen Projekte des Bildungswesens werden mit Projektskizzen dokumentiert, die möglichen Auswirkungen abgeschätzt und in einen Finanzplan Bildung 2007 - 2017 umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die Aktualisierung ist abgeschlossen.
Nr. 6.01.10	Bildungsbericht 2007 Der Bildungsbericht mit einer Standortbestimmung für alle Stufen des Bildungswesens wird erarbeitet und dem Parlament zugeleitet. Total: Fr. 0.12 Mio. (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.05.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.12 Mio. Fr.	Der Bildungsbericht ist zuhanden des Landrates vom Regierungsrat verabschiedet worden.
Nr. 6.01.11	Disziplinarmassnahmen an den Schulen Die Möglichkeiten für die Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulräte, Disziplinarmassnahmen ergreifen und wirksam umsetzen zu können, sollen verbessert werden. (Landratsvorlage in Vorbereitung, Motion 2004 / 206, nicht im Budget).		Der Landrat hat im Dezember die 1. Lesung abgeschlossen. Kernpunkt der Vorlage ist die Änderung des Bildungsgesetzes (Entzug der aufschiebenden Wirkung in Disziplinarfällen).

Nr. 6.02	Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 6.02.02	Einzelne Massnahme PISA 2006 Im Jahr 2006 sind die Leistungsmessungen des dritten PISA-Zyklus durchgeführt worden. Schwerpunktässig wurden dabei die naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler untersucht. Basel-Landschaft hat sich erstmals mit einer kantonalen Stichprobe beteiligt. Neben der nationalen Auswertung werden die Resultate auch kantonal ausgewertet und im Laufe des Jahres 2008 publiziert. Total: Fr. 192'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 139'000.- Budget 2007: Fr. 33'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.033 Mio. Fr.	Der internationale sowie der nationale Bericht über PISA 2006 mit Schwerpunkt in den Naturwissenschaften sind im Dezember 2007 publiziert worden. Die Auswertung der kantonalen Stichprobe wird in der zweiten Jahreshälfte 2008 vorliegen und in Form eines Porträts PISA 2006 für den Kanton Basel-Landschaft veröffentlicht werden. Die 15-Jährigen haben bei den naturwissenschaftlichen Kompetenzen gut abgeschnitten, sie liegen signifikant über dem OECD-Durchschnitt.
Nr. 6.02.07	Pensenpool-Regelung Spezielle Förderung Die Einführung einer Pensenpool-Regelung im Bereich der Speziellen Förderung bedingt eine Veränderung des Bildungsgesetzes. Dem Landrat soll eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden. Ziel ist es, das neue Instrument ab Schuljahr 2008 / 2009 an der Volksschule einzuführen und die Vorbereitungen dafür im Jahr 2007 aufzunehmen. Den Schulbeteiligten soll eine neue Informationsschrift die Grundsätze der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen darlegen. Total: Fr. 212'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 62'000.- Budget 2007: Fr. 90'000.- Budget 2008: Fr. 60'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.09 Mio. Fr.	Aufgrund einer ersten Beratung im Bildungsrat und einer Anhörung der Vorstände verschiedener Konferenzen und Verbände ist im Jahr 2007 die Pensenpool-Regelung grundlegend überarbeitet worden. Sie soll, gestützt auf § 45 Absatz 4 des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002, auf dem Weg einer Verordnungsrevision auf Schuljahresbeginn 2009 / 2010 in Kraft gesetzt werden. Die Aufnahme der Arbeiten an der Informationsschrift ist auf das Kalenderjahr 2008 verschoben worden.

Nr. 6.02.09	Integrierte Begabungs- und Begabtenförderung Zusammen mit der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz baut die BKSD eine kantonale Plattform auf in Bezug auf die integrierte Begabungs- und Begabtenförderung für die gegenseitige Information, für den Erfahrungsaustausch sowie für den Wissenstransfer zwischen der Unterrichtspraxis und der Forschung und Entwicklung. Das Netzwerk, das eine eigene Website besitzt, wird nach der dreijährigen Aufbauphase von der Pädagogischen Hochschule übernommen und weiter betreut werden. Total: Fr. 120'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 40'000.- Budget 2007: Fr. 40'000.- Budget 2008: Fr. 40'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.04 Mio. Fr.	Die Tätigkeit des Netzwerkes hat sich im Jahr 2007 auf die Erarbeitung einer Handreichung zuhanden der Schulleitungen und Schulräte der Primarschule konzentriert. Die Hilfestellung wird eine Information über die Begabungs- und Begabtenförderung an der Volksschule sowie eine Empfehlung zum Selektionsverfahren für die Aufnahme von besonders leistungsfähigen Primarschulkindern in das Angebot der Speziellen Förderung umfassen. Die Bereitstellung der Ressourcen für dieses Angebot soll durch die Pensenpool-Regelung festgelegt werden (siehe Punkt 6.02.07). Die Handreichung soll im Laufe des Jahres 2008 veröffentlicht werden.
Nr. 6.02.11	Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton Das Ergebnis der nach pädagogischen und ökonomischen Kriterien 2006 durchgeführten Überprüfung der Sekundarschulstandorte mündet in eine Landratsvorlage, über die Ende 2006 / Anfang 2007 entschieden wird. Der Landratsentscheid bildet dann, zusammen mit dem HarmoS-Strukturentscheid, eine der wichtigen Grundlagen zur Erarbeitung der Landratsvorlage zur definitiven Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Finanziert aus Schulbaufonds Rubrik 8030	Der Bericht zu den definitiven Sekundarschulstandorten ist von der Firma Planconsult in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe (BKSD, BUD, FKD) erstellt worden. Der Regierungsrat hat darauf die BKSD beauftragt, auf der Basis der Empfehlungen von Planconsult eine Landratsvorlage "Sekundarschulstandorte" zu erarbeiten. Die Entscheidungsgrundlagen liegen vor, müssen aber auf Geheiss des Regierungsrates nochmals überarbeitet und die finanziellen Auswirkungen nochmals plausibilisiert werden. Nach Abschluss der Vernehmlassung - voraussichtlich Mitte 2008 - sollte die Landratsvorlage überwiesen werden.

Nr. 6.02.12	HarmoS-Konkordat Nach Abschluss der Meinungsbildung zum HarmoS-Konkordat stellt sich die Frage des Beitritts und der personellen, räumlichen, organisatorischen und finanziellen Konsequenzen. Die Vorlage für den Beitritt zum Konkordat wird mit den Folgeabschätzungen erarbeitet. Schweizerische Bildungsstandards Das Projekt HarmoS unter der Federführung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) definiert in den Bildungsbereichen Unterrichtssprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen Lernziele am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres. Das Vorhaben soll die inhaltliche Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschule beitragen. Total: Fr. 200'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 125'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 25'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten 0.05 Mio. Fr.	Die Entscheidungsgrundlagen werden im Rahmen der Projektorganisation zum Bildungsraum Nordwestschweiz erarbeitet, der Aufbau der kantonalen Projektorganisation (Beitritt zum HarmoS-Konkordat, Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik und ergänzende Aushandlung eines Staatsvertrags über den Bildungsraum Nordwestschweiz) ist in Vorbereitung. Die Arbeit an den Bildungsstandards läuft regulär.
Nr. 6.02.13	Deutschschweizer Lehrplan Die Deutschschweizer Kantone sind übereingekommen, in Abstimmung mit den HarmoS-Bildungsstandards einen deutschschweizerischen Lehrplan für die Volksschule zu entwickeln. Der Lehrplan soll bis zum Jahr 2010 fertig gestellt werden. Die zuständigen Behörden entscheiden danach je einzeln über die kantonale Inkraftsetzung des Deutschschweizer Lehrplans. Total: Fr. 130'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 10'000.- Budget 2007: Fr. 30'000.- Budget 2008: Fr. 30'000.- Budget 2009: Fr. 30'000.- Budget 2010: Fr. 30'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.03 Mio. Fr.	In einer Zwischenbilanz zu den Arbeiten wurde festgestellt, dass eine bessere Vernetzung zur Meinungsbildung in den Kantonen erforderlich ist. Projektorganisation und Zeitplanung werden deshalb überarbeitet.

Nr. 6.02.14	Basisstufe / Grundstufe Der Kanton Basel-Landschaft führt keine eigenen Schulversuche zur Basis- und Grundstufe durch, wirkt jedoch in der Projektkommission und weiteren Gremien unter der Federführung der Regionalkonferenz der Ostschweizer Bildungsdirektionen (EDK-Ost) mit. Die BKSD geht davon aus, dass nach Abschluss der Schulversuche landesweit für die Einführung der Basis- und Grundstufe im Jahr 2010 politisch entschieden wird. Total: Fr. 75'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 25'000.- Budget 2008: noch offen	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.025 Mio. Fr.	Über die Einführung einer Basis- oder Grundstufe im Kanton Basel-Landschaft soll im Rahmen des in Aussicht gestellten Staatsvertrags für den Bildungsraum Nordwestschweiz entschieden werden. Die vier Bildungsdirektoren von Aargau, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft wollen zur künftigen Ausgestaltung des Schuleingangsbereichs im Jahr 2008 einen Vorentscheid für die Planungsarbeiten treffen.
Nr. 6.02.15	Projekt Standardsprache am Kindergarten In den Schuljahren 2005 / 2006 bis 2008 / 2009 werden drei verschiedene Modelle für den Unterricht in der Standardsprache im Kindergarten mit einem grossen Anteil an fremdsprachigen Kindern erprobt. Ziel ist es abzuklären, welche Gebrauchsweise der Standardsprache im Kindergarten den Schulerfolg der Kinder in den ersten beiden Primarschuljahren am nachhaltigsten zu unterstützen vermag. Total: Fr. 75'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 40'000.- Budget 2007: Fr. 20'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.02 Mio. Fr.	Über das Projekt und seinen Verlauf ist in der Ausgabe 3 / 2007 der Basel-Landschaftlichen Schulnachrichten ausführlich berichtet worden. Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten, dass fremdsprachige Kinder davon profitieren, wenn bereits am Kindergarten Deutsch-Standard im Unterrichtsgeschehen sowie im Förderangebot Deutsch als Zweitsprache gepflegt wird. Der Schlussbericht samt Empfehlungen für den Umgang mit der Unterrichtssprache Deutsch am Kindergarten wird anfangs 2009 vorliegen.

Nr. 6.02.16	Projekt „Lernumgebungen für sprachlich schwache bis hochbegabte Schülerinnen und Schüler“ Hierbei handelt es sich um das dritte Projekt in einer Reihe von Vorhaben mit vergleichbarer Zielsetzung. Nach den Lernumgebungen im mathematischen und im visuell-räumlichen Bereich soll für die Teilbereiche Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen ein Lehr- und Lernarrangement entwickelt und erprobt werden, mit dessen Hilfe die jeweilige Heterogenität der Sprachkompetenzen im Klassenunterricht berücksichtigt werden kann. Neu ist auch die Kindergartenstufe am Vorhaben beteiligt. Total: Fr. 105'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 35'000.- Budget 2007: Fr. 35'000.- Budget 2008: Fr. 35'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.035 Mio. Fr.	Im Jahr 2007 hat der Schwerpunkt des Entwicklungsprojektes auf dem Teilbereich Lesen gelegen. Als ein wichtiges Thema hat sich die Lernhaltung und die Methodenkompetenz der Schülerinnen und Schüler erwiesen. Binnendifferenzierte Angebote und Aufgabenstellungen können die Kinder optimal nutzen, wenn sie in der Lage sind, verschiedene Lernstrategien eigenständig anzuwenden. Im Jahr 2008 wird sich das Projekt dem Teilbereich "Schreiben" zuwenden.
Nr. 6.02.18	Orientierungsarbeiten Die Orientierungsarbeiten dienen der Leistungsbeurteilung und der Standortbestimmung des Schülers oder der Schülerin, der Überprüfung des Unterrichtes durch die Lehrerin oder den Lehrer und die Schulleitung. Die Auswertung der Orientierungsarbeiten auf allen Stufen der Sekundarschule und der 5. Primarklassen ermöglicht Rückschlüsse auf die Qualität des Unterrichtes und der Lehrpläne. Die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt wird weiter verfolgt.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.08 Mio.Fr.	Bei den Beteiligten stösst die Orientierungsarbeit mehrheitlich auf Akzeptanz und ist für die Qualitätssicherung dienlich. Neben der erfolgten Zusammenarbeit mit Basel-Stadt hat sich erstmals auch der Kanton Solothurn auf der Sekundarstufe an den Orientierungsarbeiten beteiligt. Die Projektierungskosten wurden anteilmässig von den beiden Partnerkantonen mitgetragen.
Nr. 6.02.20	Geschlechtergerechte Pädagogik Die BKSD beteiligt sich am Projekt „Gleichstellungscontrolling“. Zwei Weiterbildungsveranstaltungen für die Genderbeauftragten in den Schulen unterstützen den Umsetzungsprozess der geschlechtergerechten Pädagogik.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.02 Mio.Fr.	Das Projekt wurde im Kalenderjahr 2007 in Angriff genommen. Die Weiterbildungsveranstaltungen fanden noch nicht statt.
Nr. 6.02.22	Fachstelle Musikschulen Neue Konzepte für das spezialisierte Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen der Musikschulen und zu den Unterrichtsbesuchen von unterrichtenden Musikschulleitungen sollen umgesetzt werden; in Zusammenarbeit mit der Schulleitungskonferenz soll der Interkommunal-Tarif angepasst werden.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die Unterricht erteilenden Schulleitungsmitglieder wurden vom Leiter der Fachstelle Musikschulen im Unterricht besucht. Die Beurteilung ging gemäss Konzept schriftlich an den Schulrat zuhanden seiner MAG mit der Schulleitung und an die besuchte Person. Das Konzept zur Weiterbildung der Lehrpersonen wurde in Zusammenarbeit mit der Schulleitungskonferenz und der Musikakademie umgesetzt. Auf eine Anpassung des Interkommunalen Tarifs konnte verzichtet werden, da gemäss Verordnung Musikschulen eine Anpassung erst im Jahr 2010 fällig ist.

Nr. 6.02.23	Aktuelle und zukünftige Nachfrage der familienergänzenden Betreuung für schulpflichtige Kinder Die kantonale Verwaltung besitzt ein Instrument zur Berechnung der aktuellen und zukünftigen Nachfrage der familienergänzenden Betreuung für Kinder im Vorschulbereich. Vorgesehen ist, ein vergleichbares Werkzeug für die Abschätzung des Bedarfs an familienergänzender Betreuung für Kinder im Kindergarten und an der Primarschule zu entwickeln. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn durchgeführt werden. Total: Fr. 70'000.- (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 70'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.07 Mio. Fr.	Im Jahr 2007 sind in den vier Kantonen Aargau, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft anhand einer repräsentativen Stichprobe die Eltern mit schulpflichtigen Kindern (Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule) zu ihrem Bedarf an schulergänzender Betreuung befragt worden. Die erhobenen Daten sind in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen die Grundlage für die Entwicklung eines Simulationsmodells, mit dessen Hilfe der potenzielle Betreuungsbedarf auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene abgeschätzt werden kann. Bericht samt Simulationsmodell werden zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2008 veröffentlicht.
Nr. 6.02.24	Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an der Primarschule Dem Landrat wird ein Verpflichtungskredit zur Förderung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe beantragt. Total: Fr. noch offen (Konto 2503) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: noch offen	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.05 Mio. Fr.	Die Vorlage ist im Jahr 2007 fertig gestellt worden und soll vom Regierungsrat anfangs 2008 an den Landrat weitergeleitet werden.
Nr. 6.02.25	Aufsicht Das bestehende Konzept zur Inspektion der Privatschulen im Kanton Basel-Landschaft wird angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Das Konzept konnte anlässlich der erfolgten Inspektion umgesetzt werden.
Nr. 6.02.26	Instrumente zur Berufswahl- und Schullaufbahnfindung Neu soll der Online-Zugang zur Software „Stellwerk“, mit der Kompetenzprofile in Kernfächern erstellt werden können, eingeführt werden. Die Ergebnisse des Prozesses werden mittels einer Befragung der Schulabgängerinnen und -abgänger erhoben.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.09 Mio. Fr.	Die Software wurde noch nicht eingekauft, weshalb die vorgesehene Umfrage auch nicht durchgeführt werden konnte.
Nr. 6.03	Programmpunkt Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II		↓ Amtsbericht 2007

Nr. 6.03.06	Einzelne Massnahme Orientierungsarbeiten 11. Schuljahr 2006 wurden erstmals Orientierungsarbeiten an der Maturitätsabteilung (4. Semester) durchgeführt mit dem Ziel, das auf dieser Stufe erworbene Wissen in vergleichbarer Weise zu überprüfen. Prüfungsfächer waren Mathematik und Englisch. Die Erfahrungen zeigten, dass die Orientierungsarbeiten gutes Steuerungswissen ergeben, dass aber die Erarbeitung der Aufgaben und der Lösungsschlüssel sehr aufwendig ist und von der Schulleitungskonferenz nicht mehr ohne Unterstützung von aussen geleistet werden kann.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.05 Mio. Fr.	In den OA 11 2007 wurden die Fächer Deutsch und Französisch geprüft. Die Akzeptanz der OA 11 hat sich, auch dank der Qualität der Prüfungen, deutlich verbessert. Die Notwendigkeit, gymnasiale Anforderungsniveaus auf saubere Standards bzw. einheitliche Kompetenzmodelle abzustützen, ist erkannt. In dieser Perspektive führt die Schulleitungskonferenz Gymnasien in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer eine kantonale Weiterbildung im Rahmen der obligatorischen Weiterbildungstage (Karwoche 2008) mit sämtlichen Fachschaften aller fünf Baselbieter Gymnasien durch.
Nr. 6.03.07	FMS Pädagogik Der erste Jahrgang der Fachmittelschule (FMS) wird den Fachmittelschul-Ausweis im Juni 2007 erwerben. Absolventinnen und Absolventen im Berufsfeld Pädagogik werden im Herbst 2007 noch nach den bisher für die DMS-3 geltenden Aufnahmebedingungen (Eignungsabklärung, Aufnahmeprüfung, Orientierungsprüfungen) in die Ausbildung zur Primarlehrperson aufgenommen. Im Herbstsemester 2007 / 2008 soll ein zentral geführter Vorbereitungskurs zum Erwerb der Fachmaturität Pädagogik angeboten werden, auch wenn die EDK die Anerkennungsreglemente noch nicht erlassen hat.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Der erste Kurs ist im Herbstsemester 2007 / 2008 zentral am Gymnasium Münchenstein in zwei Abteilungen geführt worden.
Nr. 6.04	Programmpunkt Sonderschulung Strategische Zielsetzungen Die Einführung der NFA mit dem Rückzug der IV aus der Sonderschulung hat die EDK veranlasst, eine interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich auszuarbeiten. Dieses Konkordat soll 2007 von der EDK verabschiedet werden. Im Anschluss daran läuft das Ratifikationsverfahren in den Kantonen (Landratsvorlage voraussichtlich 2008). Die Inkraftsetzung des Konkordates ist ab 2011 geplant. Die Grundsätze dieser Vereinbarung, dass der sonderpädagogische Bereich Teil des öffentlichen Bildungsauftrages ist und integrative Lösungen separierenden Lösungen vorgezogen werden, finden Eingang in das Sonderschulkonzept des Kantons. Der Kanton Basel-Landschaft definiert im Sonderschulkonzept in Koordination mit dem Kanton Basel-Stadt die Umsetzungsschritte nach Inkrafttreten der NFA ab dem 1. Januar 2008.		↓ Amtsbericht 2007 Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der NFA und der Übernahme der bisherigen Leistungen der IV konnten abgeschlossen werden. Alle bisherigen IV-Verfügungen wurden mit kantonalen Verfügungen ersetzt (rund 900). Die Vereinbarungen mit den Leistungserbringern sind angepasst worden. Die EDK hat die interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik beschlossen und das Beitrittsverfahren eröffnet.

Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Fertigstellen des gemeinsamen Sonderschulkonzeptes BL / BS mit Planung der Umsetzungsschritte ab dem 1. Januar 2008. Die Bildungsgesetzgebung zur Sonderschulung wird überprüft, die Sonderschulverordnung wird angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.02 Mio. Fr.	Der Bericht über die zukünftige Ausrichtung und Gestaltung des sonderpädagogischen Konzeptes BL / BS liegt vor. Die Vorsteher der Bildungsdirektionen BL / BS haben den Empfehlungen des Berichtes zugestimmt. Der Bericht ist Grundlage für die konkrete Ausarbeitung des sonderpädagogischen Konzeptes BL / BS (www.nfa-bs-bl.ch). Die Verordnung für die Sonderschulung wurde auf den 1. Januar 2008 den Erfordernissen der NFA-Beschlüsse angepasst.
Nr. 6.06	Programmpunkt Behindertenhilfe Strategische Zielsetzungen Der Übergang nach Inkrafttreten der NFA wird mit den Arbeiten am Konzept Behindertenhilfe vorbereitet. Von den Tarifvereinbarungen soll zu Leistungsvereinbarungen mit allen Einrichtungen der Behindertenhilfe übergegangen werden. Die Bedarfsplanung 2004 - 2006 muss 2007 fortgeführt werden.		↓ Amtsbericht 2007 Die Übernahme der Aufgaben in der Behindertenhilfe durch den Kanton ist vorbereitet. Die Bedarfsplanung wird als bikantonale Bedarfsplanung 2008 - 2010 weitergeführt.
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe Entwurf des gemeinsamen Konzeptes Behindertenhilfe BL / BS zuhanden der Regierungen unter Berücksichtigung der Anschlussgesetzgebung des Bundes (Ergänzungsleistungsgesetz und Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung invalider Personen IFEG). Das Konzept soll auf den 1. Januar 2008, dem mutmasslichen Inkrafttreten der NFA, vorliegen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.02 Mio. Fr.	Der Bericht "Grundlagen des Konzeptes zur Förderung der Eingliederung invalider Personen" für die Kantone BL und BS liegt vor. Er dient der Diskussion des vorgesehenen Systemwechsels zur Ausrichtung nach dem individuellen Bedarf und als Grundlage für die Konkretisierung des Konzeptes, welches die beiden Kantone dem Bundesrat einzureichen haben (www.nfa-bs-bl.ch).
Nr. 6.06.07	Einführung von Leistungsvereinbarungen In Zusammenarbeit mit den privaten Trägerschaften (ca. 30) werden neue Leistungsvereinbarungen erarbeitet und abgeschlossen. Neu werden auch Verträge mit Anbietern geschützter Arbeitsplätze (Werkstätten) abgeschlossen. Die Verträge gelten ab dem 1. Januar 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.03 Mio. Fr.	Mit allen Trägerschaften anerkannter Einrichtungen der Behindertenhilfe konnten auf den 1. Januar 2008 neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Mit den Leistungsvereinbarungen wurde für den ganzen Kanton ein Verbundsystem eingeführt. Damit stellen die anerkannten Institutionen in einem Verbund gemeinsam mit dem Kanton im Einzelfall sicher, dass für Menschen mit Behinderungen, die einen betreuten Wohnplatz suchen, eine Lösung erarbeitet wird.

Nr. 6.06.08	Anpassung des Gesetzes über die Sozialhilfe, die Jugendhilfe und die Behindertenhilfe Die für die Übernahme der Aufgaben nach Inkrafttreten der NFA nötigen Gesetzesanpassungen gemäss IFEG und Bundesverfassung erfolgen mit der Landratsvorlage zum Gesetz über die Umsetzung der NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Innerhalb des kantonalen Einführungsgesetzes zur NFA wurden die notwendigen Gesetzesanpassungen vom Landrat beschlossen. Die Verordnungen wurden ebenfalls auf den 1. Januar 2008 den NFA-Beschlüssen angepasst.
Nr. 6.09	Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsfachschulen) Strategische Zielsetzungen Seit dem 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Aus diesem Grund müssen alle Ausbildungsreglemente aller Berufe überarbeitet werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt. Bei der Umsetzung müssen die Lehrbetriebe sorgfältig informiert und begleitet werden, damit die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht sinkt.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Umsetzen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) Die Umsetzung der Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB). Bei der Umsetzung des neuen BBG ist insbesondere darauf zu achten, dass auch weniger qualifizierten Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Im Weiteren ist die Nachholbildung zu fördern. Die neuen Bildungsverordnungen sehen mehr Unterricht an den Berufsfachschulen vor, was zu Mehrkosten führt. Bei der Umsetzung müssen die Lehrbetriebe und die Berufs- und Branchenverbände miteinbezogen werden, damit durch die Vielzahl der Reformprozesse keine Lehrstellen verloren gehen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr.	Bis zum Jahr 2007 wurden die neuen Bildungsverordnungen in rund 35 Berufen mit Schulungsort in den Kantonen BS und BL umgesetzt. Die Einführung der neuen Verordnungen ist in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und den Berufsfachschulen erfolgt. Für Attestausbildungen - eine zweijährige Ausbildung mit eidgenössischem Abschluss - sind im Jahr 2007 neu rund 140 Lehrverträge abgeschlossen worden. Nachholbildungen werden in den Bereichen Gesundheit, KV und Logistik angeboten. Im Jahr 2007 sind gesamthaft rund 3 Prozent mehr Lehrverträge abgeschlossen worden als im Jahr 2006 (2006: 1818; 2007: 1865; Stichtag Ende November 2007).
Nr. 6.09.06	Neupositionierung der DMS 2 Die zweijährige Diplommittelschule (DMS 2) muss neu positioniert werden, weil sich die gesamtschweizerische Bildungssystematik verändert hat. In der neuen Systematik sind keine zweijährigen Vollsachulausbildungen auf der Sekundarstufe II mehr vorgesehen. Das jetzige Angebot der DMS 2 könnte allenfalls per 2008 durch ein einjähriges Brückenangebot ersetzt werden. Ein Projektteam klärt Bedürfnisse ab und entwickelt einen Vorschlag.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.05 Mio. Fr.	Die landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Plenum, die zweijährige DMS vorderhand weiterzuführen. Die Vorlage des Regierungsrates, welche die Ablösung der DMS durch ein einjähriges Brückenangebot vorsieht, muss überarbeitet werden.

Nr. 6.09.07	Brückenangebote / Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Rund 500 Jugendliche besuchen jährlich die Brückenangebote. Effizienz und Organisation der Brückenangebote sollen evaluiert und daraus entsprechende Schlüsse gezogen werden. Im Weiteren soll auch die Erfassung und die Begleitung der Jugendlichen, die beim Übergang von der Volksschule in die berufliche Grundbildung Probleme haben, durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Volksschulen, dem AfBB, dem KIGA und der IV-Stelle verbessert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Amt für Volksschulen, KIGA, Sozialamt und Amt für Berufsbildung und Berufsberatung haben einen Vorschlag entwickelt, wie Jugendliche, die wenig Chancen haben, eine Lehrstelle zu finden, früh erkannt und begleitet werden sollen (Berufswegbereitung / BeWeBe).
Nr. 6.10	Programmpunkt Tertiäre Bildung (Fachhochschulen, Universität) Strategische Zielsetzung Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung im Bereich Life Sciences soll den Know how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die Fusion der bisherigen Fachhochschulen zur Fachhochschule Nordwestschweiz wird umgesetzt (Umsetzung der im Leistungsauftrag FHNW formulierten politischen Ziele und Entwicklungsschwerpunkte).	Finanzielle Auswirkungen 2007: 44.9 Mio. Fr.	Die fusionierte FHNW hat sich im zweiten Betriebsjahr gemäss Leistungsauftrag entwickelt. Das Due Diligence-Projekt der Finanzkontrollen ist abgeschlossen worden; die weiteren Prüfungsarbeiten werden im Rahmen der üblichen Kontrollverfahren durchgeführt. Bis Ende 2008 sind die Rückstellungen abzurechnen und die Fragen betreffend Gewährleistung zu regeln.
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2007 - 2009 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 393.7 Mio. (Konto 2539.361.30) Budget 2007: Fr. 127'500'000.- Budget 2008: Fr. 131'600'000.- Budget 2009: Fr. 134'600'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 127.5 Mio. Fr.	Nach der Zustimmung in der Volksabstimmung vom 11. März 2007 wurde der Universitätsvertrag rückwirkend per 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Die Universität hat sich gemäss Leistungsauftrag entwickelt. Sie hat ihre Strategie für die Jahre 2007 - 2013 festgelegt. Die Regierungen von BL und BS haben in Übereinstimmung mit der Universität und der ETH Zürich den künftigen Standort für die Life Sciences-Bereiche der Universität bestimmt (Schällemätteli und Brückenkopf Volta, Basel).

Nr. 6.10.06	Institut für Systembiologie Das Institut für Systembiologie (partnerschaftliches Geschäft) wird aufgebaut, erste Forschungsgruppen werden gebildet, der definitive Standort wird bestimmt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 275 Total: Fr. 10'000'000.- (Konto 2539.360.00) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 5'000'000.- Budget 2007: Fr. 5'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.0 Mio. Fr.	Das Institut für Systembiologie ist zu einem Departement der ETH Zürich aufgewertet worden (D-BSSE). Die Folgefinanzierung durch den Bund ist gesichert. Der definitive Standort ist bestimmt (Schällemätteli Basel). Aufgrund von Verzögerungen bei den Umbauten im Provisorium wird die letzte Tranche des Verpflichtungskredites erst per 1. April 2008 fällig (1.3 Mio. Franken).
Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit und Life Sciences in Muttenz Projekt der BUD (vgl. Nummer 4.04.02).		
Nr. 6.10.08	FHNW: Angliederung Institut für Spezielle Psychologie und Pädagogik (ISP) an die FHNW Das ISP wird an der FHNW mit einem bikantonalen Leistungsauftrag BL / BS geführt. Die Ausbildungen in schulischer Heilpädagogik und Logopädie sowie Psychomotoriktherapie werden dem Fachbereich Pädagogik der FHNW zugeordnet. Die Integration in den vierkantonalen Leistungsauftrag FHNW wird vorbereitet.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.72 Mio. Fr.	Das ISP ist administrativ in die FHNW eingegliedert und in den Strategieprozess der Pädagogischen Hochschule zur Neugestaltung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ab 2009 einbezogen. Die Vorbereitungen für die Integration in den vierkantonalen Leistungsauftrag ab 2009 sind erfolgt.
Nr. 6.10.12	FHNW: Durchführung des Studiengangs Sekundarlehrperson Niveau A (SEA) Der kantonale Studiengang Sekundarlehrperson Niveau A 2006 - 2008 wird mit einem Leistungsauftrag des Kantons Basel-Landschaft an der Hochschule für Pädagogik der FHNW durchgeführt. Budgetpostulat 2005 / 251-22	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.23 Mio. Fr.	Der Studiengang wurde durchgeführt.
Nr. 6.10.13	Universität Basel: Anerkennung von Basel-Landschaft als Universitätskanton Das Verfahren zur Anerkennung von Basel-Landschaft als Universitätskanton wird in die Wege geleitet und durchgeführt.		Paritätische Trägerschaften sind im geltenden Universitätsförderungsgesetz nicht geregelt. Das neue Hochschulförderungsgesetz ist in Vernehmlassung. Der zuständige Bundesrat hat sich gegen eine bundesseitige Anerkennung von BL als Universitätskanton vor Abschluss des laufenden Prozesses ausgesprochen.
Nr. 6.10.14	Universität Basel: Erweiterung der Trägerschaft Die Verhandlungen für die Erweiterung der Trägerschaft der Universität Basel gemäss § 1 Absatz 6 des neuen Universitätsvertrags müssen vorbereitet werden.		Erste Verhandlungen wurden im Rahmen des Bildungsraums Nordwestschweiz geführt.

Nr. 6.11	Programmpunkt Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung Strategische Zielsetzungen Allgemein soll die Weiterbildung durch die Unterstützung der regionalen Entwicklung, in der sich Akteure aus den Bereichen Politik, Bildung, Wirtschaft und Soziales vernetzen und intensiven Austausch und Transfer von Know how pflegen, sowie die gemeinsame Herangehensweise an gesellschaftspolitische Herausforderungen gefördert werden. Der quartäre Bildungsbereich wirkt integrierend zwischen diesen Bereichen. Für die „Weiterbildung im Schulbereich“ wird ein neues, dynamisches Konzept umgesetzt, welches auf die steigenden Anforderungen der teilautonom geleiteten Schulen eingeht. Mittels intensivierter Bedarfsanalyse und der Kooperation mit anderen Weiterbildungsanbietern wird Kunden orientiert und zeitnah auf Schulen und Lehrpersonen eingegangen. Schulleitungen und Schulräte werden damit gezielt bei der Weiterbildungsplanung für ihre Schulen und ihre Lehrpersonen unterstützt.		↓ Amtsbericht 2007 Das Konzept findet bei Schulleitungen und Lehrpersonen Anklang. Die Rückmeldungen sind positiv, und die Teilnehmerzahlen steigen. Die Feedback-Bögen für die Weiterbildungsangebote wurden überarbeitet. Es konnten weitere Angebote mit Kooperationspartnern akquiriert werden. Das Weiterbildungsprogramm mit der Aufteilung nach Kompetenzen unterstützt Lehrpersonen und Schulleitungen bei der Weiterbildungsplanung als Teil des MAG.
Nr. 6.11.02	Einzelne Massnahme Umsetzung der im Konzept "Weiterbildung" vorgeschlagenen Massnahmen Das Konzept "Weiterbildung" soll in eine breite Vernehmlassung gegeben werden. Budget 2007: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Nach vorgängigen Hearings wurde das Konzept am 17. Oktober 2007 einem breiten Kreis von vom Thema Betroffenen vorgestellt. Das Konzept wird 2008 im Landrat eingereicht. Die budgetierten Kosten zur Umsetzung der Massnahmen verschieben sich entsprechend (ausser der Kampagne "Stark durch Erziehung" (siehe auch Punkt 6.11.05), die schon anlaufen musste).
Nr. 6.11.04	Weiterbildung Lehrpersonen FHNW Vorgesehen ist, dass der Kanton Basel-Landschaft von ihm bestimmte Leistungen für die Weiterbildung von Lehrpersonen mit den Teilschulen der FHNW vereinbart.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr.	Für die Weiterbildung der Lehrpersonen SS I zum neuen Lehrplan wurden bei der Pädagogischen Hochschule FHNW folgende Kurse eingekauft und durchgeführt: Biologie und Chemie Niveau E / P 32 Teilnehmende Biologie mit Chemie Niveau A 19 Teilnehmende Physik Niveau A 16 Teilnehmende Kosten 132'000.- Franken.

Nr. 6.11.05	"Stark durch Erziehung" Förderung und Unterstützung von Erziehungsarbeit und Erziehenden durch entsprechende Förderstrategien und die direktionsübergreifende Organisation und Koordination der schweizweiten Kampagne „Stark durch Erziehung“.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die Fachstelle Erwachsenenbildung (FEBL) hat die Aktivitäten der Kampagne koordiniert und unterstützt. Sie selbst hat den Familienbildungstag am 12. September 2007 in der Grün80 veranstaltet mit einem Streitgespräch zum Thema "Wie viel Staat braucht die Erziehung" unter der Teilnahme von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft. Mit Beratungsinselformierten 21 Institutionen die Bevölkerung kostenlos über ihre unterstützenden Angebote. Die Vernetzung unter den Institutionen wurde so ermöglicht. Die FEBL war an acht weiteren Veranstaltungen als Workshopleitung, als Referentin oder mit Standaktionen vertreten.
-------------	---	--	--

Teil Kultur

Nr. 6.12	Programmpunkt Römerstadt Augusta Raurica Strategische Zielsetzungen Das Römische Theater wird nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wieder für die Bevölkerung und die Touristen zugänglich sein. Die Bespielung dieser Freilichtbühne ersten Ranges setzt kulturpolitische Akzente. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst soll die Raumplanung erarbeitet werden. Sie ermöglicht die Entwicklung der Gemeinde Augst und der Römerstadt Augusta Raurica.		Amtsbericht 2007 Die Theatereröffnung umfasste eine reiche Palette von Massnahmen und Ereignissen. Der Mix aus Archäologie und Kulturevents kam bei der Bevölkerung sehr gut an. Höhepunkt war die denkwürdig-nasse Landratssitzung am 2. Juli 2007. Die Raumplanung, konkret ein Kantonaler Nutzungsplan Augusta Raurica, kann erst <i>nach</i> Verabschiedung von Salina-Raurica durch den Landrat erfolgen.
Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Erarbeitung Kantonalen Nutzungsplan Umsetzung des Archäologiegesetzes, Schaffung einer archäologischen Schutzzone. Definition des Areals des Freilichtmuseums (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst).		Die Archäologische Schutzzone ist mit der Verordnung vom 1. November 2005 definiert, die Definition des Freilichtmuseums wird einer der Inhalte des Kantonalen Nutzungsplans Augusta Raurica sein. Die Umsetzung des Archäologiegesetzes an sich ist mit dem Präzedenzfall "Grabung Aurora" gefährdet.
Nr. 6.12.04	Erneuerung der Ausstellung im Römermuseum Erneuerung der Dauerausstellung. Integration des Kaiseraugster Silberschatzes in die Ausstellung.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die erneuerte Ausstellung mit der kompletten Präsentation des Silberschatzes wurde am 23. März 2007 eröffnet.

Nr. 6.12.06	Vermittlung des Römischen Theaters Augst Realisierung der für die Publikumserschliessung notwendigen Infrastrukturen. Informationstafeln, Audioguides und Begleitdokumentationen im Hinblick auf die Eröffnung 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Rechtzeitig zur Wiedereröffnung des sanierten Theaters standen ein spannender Hör-Rundgang und zahlreiche Informationstafeln im Gelände für die Besucherinnen und Besucher bereit; für die Schulen wurden zwei Theater-Workshops mit originellen Requisiten erarbeitet.
Nr. 6.12.10	Archäologische Rettungsgrabung Durchführung einer archäologischen Rettungsgrabung im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung der Gemeinde Augst.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die Grabung "Aurora" ist nach zwei Jahreskampagnen termingerecht per 25. Oktober 2007 abgeschlossen und das Terrain der Gemeinde übergeben worden. Diese liess die Grabung zuschütten. Wann und ob die geplanten beiden Doppelfamilienhäuser gebaut werden, ist nicht bekannt.
Nr. 6.12.11	Präsentation der römischen Stadtvilla von "Insula 27" Erarbeitung eines Schutz- und Erschliessungskonzeptes für die Publikumsöffnung gemäss RRB Nr. 912 vom 31. Mai 2005. RRB mit Entwurf einer LRV im Sommer 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Wegen der verzögerten Verabschiedung von Salina-Raurica und des ausstehenden Nutzungsplans wurden die fast abgeschlossenen Planungen für die öffentliche Besucherstätte "Insula 27" bis auf weiteres eingestellt.
Nr. 6.13	Programmpunkt Archäologie / Kantonsmuseum Strategische Zielsetzung Im Vordergrund stehen die Erhaltung und die Pflege ausgewählter kultur- und naturhistorischer Denkmäler und Sammlungsobjekte. Diese werden durch vielfältige Aktivitäten noch stärker als bisher für eine breite Öffentlichkeit nutzbar gemacht.		↓Amtsbericht 2007
Nr. 6.13.04	Einzelne Massnahme Sanierung kantonseigener Ruinen Mit der Sanierung der Ruine Homburg soll im Rahmen eines umfassenden Ruinensanierungskonzeptes begonnen werden. Zeitpunkt und Umfang hängen ab von einem Grundsatzentscheid über dieses Ruinensanierungskonzept. Landratsvorlage folgt. Nicht im Investitionsbudget, aber RRB zu LRV vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 1.5 Mio. Fr.	Die Landratsvorlage wurde eingereicht und von der zuständigen Kommission am 6. Dezember 2007 beraten und zustimmend an das Plenum weitergeleitet.
Nr. 6.13.07	Datenbank IMDAS Das integrierte Datenbankprojekt IMDAS wird in allen Abteilungen der Hauptabteilung eingeführt. Es wird die Abläufe entscheidend optimieren und die Effizienz in allen Bereichen steigern.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Budget Direktionsinformatik	IMDAS wurde im Spätsommer für die Archäologie in Betrieb genommen. Das Modul für das Museum ist zur Anwendungsreife weiter entwickelt worden. Einige Anpassungen sind in Arbeit.

Nr. 6.13.08	Sammlungen des Kantonsmuseums Für eine längerfristige fachgerechte Unterbringung der Sammlungen wird in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt ein Konzept erarbeitet. Damit soll eine weitere Gefährdung des Sammlungsgutes verhindert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2007: Budget Hochbauamt	Die Unterbringung der Sammlungen ist Bestandteil des Projektes "Flächenmanagement" des Hochbauamtes.
Nr. 6.13.09	Auswertungen Grabungen Die Auswertung ausgewählter Grabungen (vor allem Füllinsdorf - Altenberg, Reinach - Mausacker und Langenbruck - Dürstel) wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten vorangetrieben.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Das Projekt Langenbruck - Dürstel wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Fribourg weitergeführt. Ein Nationalfondsprojekt zur Umwelt- und Wirtschaftsgeschichte der Nordwestschweiz wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Basel zu Ende geführt.
Nr. 6.13.10	Museumsgebäude Behindertengerechter Umbau einschliesslich Modernisierung der Haustechnik (Licht, Strom, Lüftung).	Finanzielle Auswirkungen 2007: Budget Hochbauamt	Das Vorprojekt ist abgeschlossen. Das Hochbauamt bereitet eine Landratsvorlage vor.
Nr. 6.13.11	Ausstellungen Eröffnung der neuen permanenten Ausstellungen zum Thema Sammlungen, Sammlungen im Museum, Sammlungen der Zukunft. Eröffnung der neuen Sonderausstellung zum Thema "Evolution und Kreationismus".	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Die Ausstellungen wurden fristgerecht eröffnet und stossen auf grosses Publikumsinteresse.
Nr. 6.14	Programmpunkt Kantonsbibliothek Strategische Zielsetzung Das Buch- und Medienangebot der Kantonsbibliothek soll der gestiegenen Nachfrage und den Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer angepasst werden.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 6.14.01	Einzelne Massnahme Buch- und Medienangebot Ausbau des bestehenden Buch- und Medienangebotes aufgrund der gestiegenen Nachfrage.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.08 Mio. Fr.	Das Angebot konnte ausgebaut werden. Die Nachfrage steigt weiterhin klar stärker an als der Ausbau des Angebotes.
Nr. 6.14.02	Einführung des Bibliothekspasses Nordwestschweiz In der ganzen Nordwestschweiz wird ein neuer Pass eingeführt, der für alle Bibliotheken Geltung hat.		Der Bibliothekspass Nordwestschweiz wird auf den 1. September 2008 eingeführt.

Nr. 6.14.04	Leitbild der Baselbieter Bibliotheken Umsetzung des neuen Leitbildes "Akzente" mit den Schwerpunkten Leseförderung / Illetrismus und Angebote für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit zusammen mit anderen Institutionen resp. Organisationen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: keine Mehrkosten	Das Leitbild "Akzente" wurde vom Regierungsrat am 12. September 2006 verabschiedet und trat in Kraft.
Nr. 6.15	Programmpunkt Kulturförderung Strategische Ziele Angesichts der kulturpolitischen Praxis der letzten Jahre und des Ausbaus der kantonalen kulturellen Institutionen (Kantonsbibliothek, Römerstadt Augusta Raurica) macht es Sinn, dass der Kanton Basel-Landschaft seine Aktivitäten und Einrichtungen im kulturellen Bereich einer gesetzlichen Grundlage unterstellt. Dieses Gesetz soll nicht nur die eigenen Aktivitäten, sondern auch das Zusammenspiel zwischen den Gemeinden und dem Kanton regeln sowie die partnerschaftlichen Aktivitäten mit dem Kanton Basel-Stadt abdecken. Die Gesetzesgrundlage soll alle Bereiche der Kulturpflege, -förderung und -vermittlung regeln.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 6.15.04	Einzelne Massnahme Eröffnung und Bespielung des Römischen Theaters Nach zehnjähriger Renovation soll das Römische Theater in der Römerstadt Augusta Raurica auf der Basis eines Bespielungskonzeptes (Probephase 2007 - 2010) bespielt werden. Das Theater soll mit drei Schwerpunkten wieder eröffnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das Programm ist in das Bespielungskonzept integriert. Vorgesehen zur Finanzierung über den Lotteriefonds.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.4 Mio. Fr.	Die erste Spielzeit im Römischen Theater war geprägt von einem vielfältigen, bürgernahen Programm mit Konzerten und Filmvorführungen. Basis für die Programmierung ist das vom Regierungsrat bewilligte Bespielungskonzept für eine Probephase in den Jahren 2007 - 2010. Die Baselbieter Bevölkerung zeigte grosses Interesse am neuen Theater. Das Programm wurde in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Augst und der Nachbarschaft realisiert. Die Finanzierung erfolgte aus dem Lotteriefonds.
Nr. 6.15.05	Kultur / Partnerschaftsverhandlungen Die Arbeit an der Vorlage für eine gemeinsame Finanzierung des Theaters Basel als zentralörtliche Kulturleistung in Basel-Stadt ab 2010 wird im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen (Teilprojekt 4 Kultur) abgewickelt.		Die Arbeit wurde noch nicht aufgenommen. Erste konkrete Resultate resp. Vorschläge sind erst im Jahr 2008 zu erwarten.

Nr. 6.15.06	Kulturgesetz Vorgesehen ist die Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem Basellandschaftlichen Kulturgesetz, welches die Bereiche Kulturpflege, -förderung und -vermittlung, die Kooperation der Gemeinden und des Kantons sowie die partnerschaftlichen Aktivitäten mit dem Kanton Basel-Stadt beinhaltet. Die Formulierung eines Basellandschaftlichen Kulturgesetzes geht über die von der GPK mit Motion 2003 / 90 monierte Gesetzesrevision hinaus. Die Vorlage für die Vernehmlassung ist für den Sommer 2007 vorgesehen. Die Landratsvorlage ist für den Herbst / Winter 2007 / 2008 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.05 Mio. Fr.	Der Entwurf zum Kulturgesetz und die dazu gehörigen Vorlagen sind erstellt. Das interne Mitberichtsverfahren ist abgeschlossen. Im ersten Quartal 2008 soll das Kulturgesetz in die öffentliche Vernehmlassung gehen.
Nr. 6.15.07	Perspektiven zeitgenössischer Kunst- und Kulturförderung 2007 - 2010 Wie für die Jahre 2002 - 2005 soll ein nach prioritären Kriterien verfasstes Konzept die inhaltlichen, infrastrukturellen und programmatischen Aktivitäten im Bereich der zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung umfassen. Darin sind auch die Strukturen und die finanziellen Auswirkungen enthalten.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.03 Mio. Fr.	Die Erstellung des Berichtes hat sich wegen anderweitigen Prioritäten verzögert. Im Laufe des Jahres waren zudem verschiedene parlamentarische Vorstösse zum Thema Kultur zu verzeichnen; sie sollen in den Perspektiven-Bericht einfließen und zusammen mit dem Entwurf des neuen Kulturgesetzes publiziert werden.

Teil Sport

Nr. 6.16	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen EURO 2008 Basel: Im Juni 2008 wird die Region Basel schweizerischer Hauptaustragungsort des drittgrössten Sportanlasses der Welt sein. Für die Region Basel bietet diese Sportveranstaltung eine einzigartige Plattform für Standortförderung und Imagewerbung. Unter dem Motto „Basel. Mehr als 90 Minuten“ sollen im In- und Ausland die vielfältigen Stärken der Region Basel ins Bewusstsein gerückt werden. Bewegung und Sport: Das Konzept definiert die Bewegungs- und Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft und beinhaltet sechs Hauptziele. Infrastruktur: Das KASAK 2 ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Mit dem zur Verfügung stehenden Verpflichtungskredit können die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonomer Bedeutung mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden.	↓ Amtsbericht 2007
----------	--	---------------------------

Nr. 6.16.01	Einzelne Massnahme Konzept für Bewegung und Sport Das Konzept für Bewegung und Sport mit gezielten Massnahmen für bisher Bewegungsinaktive, übergewichtige Kinder und Jugendliche sowie diversen Aktivitäten im Schulsport und Pilotversuchen von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen wird weiter schrittweise umgesetzt. Im Jahr 2007 soll nebst anderen Projekten die Bewegungsförderung im Alltag angegangen werden. Landratsvorlage 2005 / 020; 2005 / 020a / Verpflichtungskredit LRB Nr. 1356 vom 22. September 2005 Total: Fr. 1.12 Mio. für die Jahre 2005 - 2008 (Konto 2590.317.90) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.28 Mio. Budget 2007: Fr. 0.28 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.28 Mio. Fr.	Das Schwergewicht in der Umsetzung des Konzeptes für Bewegung und Sport liegt in der Bewegungsförderung im Alltag. Dazu sind im Jahr 2007 eine Reihe von kleineren und grösseren Projekten lanciert worden, wie "Bewegishäppli", "Euro bewegt" oder "Gesund bewegt im Baselbiet". Die Zwischenbilanz fällt positiv aus. Die Zielgruppe der bislang Bewegungsinaktiven zu einer Verhaltensänderung zu bringen, bleibt eine permanente Herausforderung. Unter zahlreichen weiteren Projekten sind die erstmalige Durchführung einer polysportiven Sportwoche für bereits Bewegungsaktive, die Erarbeitung eines lokalen Sportanlagenkonzeptes und Bewegungs- und Sportnetzes für die Stadt Liestal sowie die nationale Befragung zum Sportverhalten und zu den Sportbedürfnissen der Bevölkerung mit kantonsspezifischen Fragen erwähnenswert.
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Hauptpriorität hat die Erstellung von diversen Kunstrasenspielfeldern, damit die Fussballklubs möglichst viele fussballinteressierte Kinder und Jugendliche, welche bis jetzt auf einer Warteliste registriert waren, aufnehmen können. Landratsvorlage 2005 / 173, Verpflichtungskredit LRB Nr. 1442 vom 3. November 2005 Total: Fr. 12 Mio. für die Jahre 2005 - 2009 (Konto 2590.362.10) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 2.4 Mio. Budget 2007: Fr. 2.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 2.4 Mio.Fr. (Investitionsbeitrag)	Acht weitere Projekte von Sportanlagen von kantonaler oder überkommunaler Bedeutung wurden mit Kantonsbeiträgen aus dem Verpflichtungskredit KASAK 2 unterstützt. Im Mittelpunkt stand wie im Vorjahr die Erstellung von Kunstrasenspielfeldern, so dass seit 2005 nunmehr bereits acht Gemeinden über ein Kunstrasenspielfeld verfügen und in vier Gemeinden ein Feld in Planung oder bereits im Bau ist. Auch an die Sanierungsarbeiten von drei Schwimmbädern leistete der Kanton Beiträge.

Nr. 6.16.07	EURO 2008 Basel Eine bikantonale Projektorganisation sorgt für die Vorbereitung und die Organisation der Bereiche Sicherheit, Verkehr, ÖV / Umwelt und Standortmarketing. Im Jahr 2007 werden in allen Fachbereichen die Grundlagen für eine erfolgreiche Austragung der Spiele und der Rahmenveranstaltungen im Rahmen der EURO 2008 in Basel und für eine nachhaltige Wirkung der Standortförderung der Region Basel gelegt werden. Die Region Basel wird auf ihre Gastgeberrolle für die EURO 2008 vorbereitet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB (folgt im Herbst 2006) Total: Fr. 1 Mio. (Konto 2590.361.30) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 51'800.- Budget 2006: Fr. 0.358 Mio. Budget 2007: Fr. 1.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 1.0 Mio. Fr. (ausserhalb Saldo BKSD)	In allen Fachbereichen (Sicherheit, Verkehr, ÖV / Umwelt und Standortmarketing / Tourismus) laufen die Vorbereitungsarbeiten für die Euro 2008 Basel auf Hochtouren. Gemäss Einschätzung der bikantonalen Projektorganisation sind die Vorbereitungsarbeiten auf Kurs. Nebst den Fanzonen in der Stadt Basel ist eine dritte offizielle Fanzone der Host City Basel im Gebiet Liestal - Bubendorf in Planung. Primär für die regionale Bevölkerung soll eine grosse Arena mit bis zu 8'500 Sitzplätzen erstellt werden, damit alle Spiele auf Grossleinwänden live mitverfolgt werden können. Dazu soll ein reichhaltiges sportliches und kulturelles Rahmenprogramm angeboten werden.
-------------	---	--	---

Teil 7 Landeskanzlei (LAKA)

"Die politische Führungsaufgabe von Parlament und Regierung wirksam unterstützen!"

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 7.01.03	Einzelne Massnahme Friktionsloser Übergang in die Legislaturperiode 2007 - 2011 Unterstützung des Landrates, der Ratskonferenz, des Büros und der Kommissionen beim Abschluss der Legislaturperiode 2003 - 2007. Termingerechte Planung der Konstituierung des neu gewählten Landrates und seiner Organe für die Legislaturperiode 2007 - 2011. Einführung der neu gewählten Landratsmitglieder ins neue Amt.		Ziel erreicht.
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Weiterführung des Guichet virtuel ch.ch Mit dem noch in diesem Jahr vorgesehenen Abschluss der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen für den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2007 - 2010 soll das ehemalige Projekt Guichet virtuel als nationale Einstiegsseite der Schweiz weitergeführt werden. Es soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen ersten einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.025 Mio. Fr. (Konto 2005.318.81)	Ziel erreicht. Die Vereinbarung ist in Kraft getreten, nachdem ihr 25 Kantone (ohne AI) beigetreten sind.

Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 7.03.02	Einzelne Massnahme Abschluss des Projektes Um- und Ausbau des Staatsarchivs Fertigstellung und Eröffnung des Erweiterungsbaus des Staatsarchivs. Am Schweizerischen Archivtag (16. November 2007) wird im Kanton Basel-Landschaft diesmal das neue Archivgebäude die Hauptattraktion sein. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB vom 10. Juni 2004 Total: Fr. 14'730'000.- (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 3'995'000.- Budget 2006: Fr. 6'300'000.- Budget 2007: Fr. 5'400'000.-		Ziel erreicht.
Nr. 7.03.03	Ablösung des Archivinformationssystems DACHS Ein neues Archivinformationssystem löst das System DACHS aus dem Jahr 2000 ab. Es ist internetfähig und erlaubt den Benutzern, sich interaktiv von zuhause über die Bestände im Staatsarchiv kundig zu machen, es unterstützt die archivischen Arbeitsabläufe und unterstützt elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung, welche in den kommenden Jahren Realität wird.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.250 Mio. Fr. (Konti 2006.311.80 / 2006.318.81 / 2006.318.83)	Die Einführung des neuen Archivinformationssystems STAR benötigte mehr Zeit als geplant und konnte deshalb im Jahr 2007 noch nicht abgeschlossen werden. Für das Staatsarchiv war der zeitliche Aufwand für die Parametrisierung hoch, da Anpassungen an die internationalen Standards (ISAD - G und ISAR CPF) vorgenommen wurden, die vom bisherigen Archivsystem DACHS nicht erfüllt worden waren. Sobald die neue Parametrisierung definiert war, musste die Datenmigration (rund 350'000 Datensätze) ebenfalls in zeitaufwendigen Testserien geprüft werden. Zur Zeit werden die letzten Kontrollen betreffend den migrierten Daten durchgeführt. Für März / April 2008 ist dann die Inbetriebnahme des neuen Archivinformationssystems STAR geplant. Die Verzögerung bei der Einführung verursachte einen Mehraufwand an zeitlichen Ressourcen für das Staatsarchiv sowie mehr Dienstleistungen seitens der Firma CMI AG. Das Staatsarchiv hat mit CMI AG vereinbart, dass dieser Mehraufwand zu zwei Dritteln von der CMI AG und zu einem Drittel vom Staatsarchiv getragen wird.

Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskantlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.		↓ Amtsbericht 2007
Nr. 7.04.02	Einzelne Massnahme Umsetzung der neuen Vereinbarung über den Betrieb der Interkantonalen Koordinationsstelle Regio Basiliensis Die neue Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Jura und dem Verein Regio Basiliensis über den Betrieb der Interkantonalen Koordinationsstelle Regio Basiliensis tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Die neue Vereinbarung schliesst den Bereich Sekretariat Oberrheinkonferenz und weitere kleinere Institutionen mit ein. In Zusammenarbeit mit den Vertretern der Nordwestschweizer Kantone sind die veränderten Verfahrensabläufe nun umzusetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.496 Mio. Fr. (Konto 2005.361.30)	Ziel erreicht.
Nr. 7.04.03	Vorbereitung der Beteiligung an der Europäischen territorialen Kooperation 2007 - 2013 Die laufende Interreg-Programperiode läuft Ende 2006 aus. In der Förderperiode 2007 - 2013 wird das bisherige Interreg-Programm zu einem eigenständigen Ziel innerhalb der Kohäsions- und Strukturpolitik der EU aufgewertet ("Europäische territoriale Zusammenarbeit - EtZ"). Die EtZ soll zur Erreichung der Ziele der Lissabon- und Göteborg-Strategien beitragen: Die Investitionen sollen auf Wissen, auf Forschungs- und Innovationskapazitäten, auf eine bessere allgemeine und berufliche Bildung sowie auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich in Zusammenarbeit mit seinen regionalen Partnern seit 1991 an den Interreg-Programmen beteiligt. Es geht nun darum, im grenzübergreifenden Bereich eine Vorlage für die angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an der EtZ vorzubereiten.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.120 Mio. Fr. (Konto 2005.367.00)	Ziel erreicht. Die Vorlage wurde vom Landrat am 13. Dezember 2007 beschlossen.

Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.	↓ Amtsbericht 2007
Nr. 7.05.02	Einzelne Massnahme Vorbereitung und Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2007 Mit einer seriösen Vorbereitung soll sichergestellt werden, dass die Wahlen des Landrates und des Regierungsrates vom 11. Februar 2007 sowie die Wahl der sieben basellandschaftlichen Mitglieder des Nationalrates und die Wahl des basellandschaftlichen Mitglieds des Ständerates am 21. Oktober 2007 korrekt und effizient abgewickelt werden können.	Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.140 Mio. Fr. (Konto 2005.310.90) Ziel erreicht.

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2007 des Regierungsrates.

Liestal, 29. Januar 2008

Im Namen des Regierungsrates:

Die Präsidentin: Sabine Pegoraro

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat im Jahr 2007 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet:

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2005/164	Interpellation von Patrick Schäfli vom 9. Juni 2005: Basel Sinfonietta: Missachtung des Volkswillens durch das Amt für Kulturelles. Schriftliche Antwort vom 12. September 2006	erledigt	18/01/2007
2006/031	Interpellation von Margrit Blatter vom 26. Januar 2006: Working Poor in der Schweiz - Arm trotz Erwerbstätigkeit. Schriftliche Antwort vom 21. März 2006	erledigt	01/02/2007
2006/158	Interpellation von Pia Fankhauser vom 8. Juni 2006: Geriatriespital aufs Bruderholz? Schriftliche Antwort vom 23. Januar 2007	erledigt	01/02/2007
2006/102	Interpellation von Pia Fankhauser vom 6. April 2006: Geriatriische Versorgung. Schriftliche Antwort vom 27. Juni 2006	erledigt	01/02/2007
2006/055	Interpellation von Daniela Schneeberger vom 16. Februar 2006: Schaffung einer Kontrollkommission zur Überwachung der Durchsetzung der formellen Steuerharmonisierung. Schriftliche Antwort vom 16. Mai 2006	erledigt	01/02/2007
2006/106	Interpellation von Ivo Corvini vom 6. April 2006: Auswirkungen des neuen eidgenössischen Radio- und Fernsehgesetzes auf unsere Regionalfernsehstationen. Schriftliche Antwort vom 13. Juni 2006	erledigt	01/02/2007
2007/024	Interpellation der SP-Fraktion vom 1. Februar 2007: Haben Landrat und Volk nichts mehr zu sagen?	beantwortet	01/02/2007
2006/292	Interpellation von Daniel Münger vom 16. November 2006: Rheumatologie im Bruderholz-Spital? Schriftliche Antwort vom 23. Januar 2007	erledigt	01/02/2007
2006/243	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 19. Oktober 2006: Zukunft und Standort der Life Sciences der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW).	beantwortet	15/02/2007
2006/176	Interpellation von Philipp Schoch vom 22. Juni 2006: Bilanz Tempo 30. Schriftliche Antwort vom 6. Februar 2007	erledigt	15/02/2007
2006/294	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 16. November 2006: Sekundarschulbauten. Schriftliche Antwort vom 23. Januar 2007	erledigt	15/02/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/254	Interpellation von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Mittagstisch für Sekundarschulen. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2006	erledigt	15/02/2007
2006/124	Interpellation von Christine Mangold vom 27. April 2006: Unterbringung von Pflegekindern - Bund und Kantone tragen die Verantwortung.	beantwortet	15/02/2007
2006/160	Interpellation von Rita Bachmann vom 8. Juni 2006: Übergangslösung der Anstellungsverhältnisse für die Angestellten der FHNW. Schriftliche Antwort vom 12. Dezember 2006	erledigt	15/02/2007
2006/213	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 7. September 2006: Verwahrung hochgefährlicher Straftäter.	beantwortet	15/02/2007
2006/230	Interpellation von Georges Thüning vom 21. September 2006: Fachhochschule- und Maturitätspädagogen: Mehr Lohn für weniger Arbeit.	beantwortet	15/02/2007
2006/290	Interpellation von Hanni Huggel vom 16. November 2006: Mehrfache Repetition einer Klasse. Schriftliche Antwort vom 9. Januar 2007	erledigt	15/02/2007
2006/231	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 21. September 2006: Führerprüfungen (Motorfahrzeuge).	beantwortet	15/02/2007
2006/215	Interpellation von Philipp Schoch vom 7. September 2006: Tankstelle mitten im Wohngebiet. Schriftliche Antwort vom 5. Dezember 2006	erledigt	22/03/2007
2006/295	Interpellation von Christoph Frommherz vom 16. November 2006: UNO - Weltdekade zur Bildung für eine Nachhaltige Bildung von 2005 - 2014 und Umweltbildung.	beantwortet	22/03/2007
2006/197	Interpellation von Ruedi Brassel vom 7. September 2006: Bohrtürme in der Rheinebene.	beantwortet	22/03/2007
2006/277	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 2. November 2006: Bestattung von Musliminnen und Muslimen. Schriftliche Antwort vom 9. Januar 2007	erledigt	19/04/2007
2006/232	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. September 2006: Mitfinanzierung des neuen Messezentrums 2012 durch den Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 3. April 2007	erledigt	19/04/2007
2006/304	Interpellation von Simone Abt vom 30. November 2006: Sexualdelikte unter Jugendlichen.	beantwortet	19/04/2007
2007/039	Interpellation von Georges Thüning vom 15. Februar 2007: Euro 08 in der Region Basel und viele offene Fragen.	beantwortet	19/04/2007
2006/228	Interpellation von Hannes Schweizer vom 21. September 2006: EU-Schlacht tiertransporte auf Baselbieter Strassen. Schriftliche Antwort vom 24. Oktober 2006	erledigt	19/04/2007
2006/161	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 8. Juni 2006: Reduktion der Regelungsdichte und Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (Umsetzung der KMU-Entlastungsinitiative).	beantwortet	19/04/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/167	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 22. Juni 2006: Chemikalien im Trinkwasser. Schriftliche Antwort vom 27. Juni 2006	erledigt	19/04/2007
2006/216	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 7. September 2006: Unbekannte Giftstoffe im Trinkwasser. Schriftliche Antwort vom 30. Januar 2007	erledigt	19/04/2007
2006/319	Interpellation der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2006: Stärkung des Wirtschaftsraums Nordschweiz durch verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und intensiverte interkantonale Zusammenarbeit. Schriftliche Antwort vom 3. April 2007	erledigt	19/04/2007
2006/275	Interpellation der SP-Fraktion vom 2. November 2006: Poststellen-Abbau YMAGO. Schriftliche Antwort vom 16. Januar 2007	erledigt	19/04/2007
2006/276	Interpellation von Gerhard Hasler vom 2. November 2006: Wasserpolizei Basellandschaft. Schriftliche Antwort vom 3. April 2007	erledigt	19/04/2007
2006/233	Interpellation von Juliana Nufer vom 21. September 2006: EURO 2008, der 3. grösste mögliche Anlass auf der Welt, zu Gast bei "Hostcity Basel".	beantwortet	19/04/2007
2006/229	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 21. September 2006: Das Baselbiet auf dem Weg zum Ballenberg.	beantwortet	03/05/2007
2007/011	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 18. Januar 2007: Entwicklung des stark zunehmenden Bahngütertransitverkehrs. Schriftliche Antwort vom 13. März 2007	erledigt	03/05/2007
2006/284	Interpellation von Georges Thüring vom 16. November 2006: Eggflue-Tunnel.	beantwortet	03/05/2007
2006/211	Interpellation von Andreas Helfenstein vom 7. September 2006: Wann kommt das Kombiticket? Schriftliche Antwort vom 6. März 2007	erledigt	03/05/2007
2006/291	Interpellation von Urs Hintermann vom 16. November 2006: Wie ernst nimmt der Regierungsrat Vernehmlassungsantworten zum KRIP 2? Schriftliche Antwort vom 16. Januar 2007	erledigt	03/05/2007
2006/293	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 16. November 2006: Verkehrssituation im Leimental. Schriftliche Antwort vom 30. Januar 2007	erledigt	03/05/2007
2006/217	Interpellation von Hanspeter Wullschleger vom 7. September 2006: Verkehrs- und Baustellenchaos in Sissach. Schriftliche Antwort vom 24. Oktober 2006	erledigt	03/05/2007
2006/306	Interpellation von Sarah Martin vom 30. November 2006: Mit Grünabfällen Auto fahren. Schriftliche Antwort vom 13. Februar 2007	erledigt	03/05/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/305	Interpellation von Hanspeter Frey vom 30. November 2006: Bedienung der Verbindung Sissach - Läfelfingen mittels Bahnbetrieb. Schriftliche Antwort vom 23. Januar 2007	erledigt	03/05/2007
2007/012	Interpellation von Thomi Jourdan vom 18. Januar 2007: Open Source oder proprietär? - Jetzt ist der Zeitpunkt für eine offene Evaluation. Schriftliche Antwort vom 24. April 2007	erledigt	10/05/2007
2006/253	Interpellation von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Ausbau der Zone Süd auf dem EAP: Finanzielle Folgen für den Kanton Baselland? Schriftliche Antwort vom 12. Dezember 2006	erledigt	10/05/2007
2007/143	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 14. Juni 2007: H2 für 500 Millionen Franken?	beantwortet	14/06/2007
2006/234	Interpellation von Rudolf Keller vom 21. September 2006: Kampfhunde: Leinen- und Maulkorbzwang in Binningen. Schriftliche Antwort vom 24. Oktober 2006	erledigt	14/06/2007
2007/042	Interpellation von Thomi Jourdan vom 15. Februar 2007: Nach welchen Kriterien werden in Zukunft Lehrpersonen freigestellt?	beantwortet	06/09/2007
2007/074	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 22. März 2007: Chemikalien im Trinkwasser der Hardwasser AG seit 1980 bekannt. Schriftliche Antwort vom 5. Juni 2007	erledigt	18/10/2007
2007/094	Interpellation von Regula Meschberger vom 19. April 2007: Anwalts-Aktiengesellschaften. Schriftliche Antwort vom 25. September 2007	erledigt	18/10/2007
2007/072	Interpellation von Annemarie Marbet vom 22. März 2007: Ebenrain - zum "Welttag der Hauswirtschaft" vom 21. März. Schriftliche Antwort vom 5. Juni 2007	erledigt	18/10/2007
2007/073	Interpellation von Karl Willmann vom 22. März 2007: Zwei Ellen bei den Bussenverfügungen infolge Geschwindigkeitskontrollen? Schriftliche Antwort vom 8. Oktober 2007	erledigt	18/10/2007
2007/117	Interpellation von Madeleine Göschke vom 10. Mai 2007: Verheimlichte Trinkwasseranalysen? Schriftliche Antwort vom 5. Juni 2007	erledigt	18/10/2007
2007/098	Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Wirtschaftliche Auswirkungen von höheren Energiepreisen. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007	erledigt	01/11/2007
2007/071	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt Gesellschaft - konkrete Schritte in unserem Kanton. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007	erledigt	01/11/2007
2007/096	Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Biotreibstoff: Ethisch vertretbarer Klimaretter oder ökologischer Unsinn? Schriftliche Antwort vom 5. Juni 2007	erledigt	01/11/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/252	Interpellation von Paul Jordi vom 19. Oktober 2006: Sonnenkollektoren in der Gemeinde Blauen. Schriftliche Antwort vom 3. April 2007	erledigt	01/11/2007
2007/097	Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Holzvergasungsanlagen. Schriftliche Antwort vom 29. Mai 2007	erledigt	01/11/2007
2007/238	Interpellation von Madeleine Göschke vom 20. September 2007: Projektierungskredit - für welches Bruderholzspital? Schriftliche Antwort vom 6. November 2007	erledigt	29/11/2007
2007/138	Interpellation von Madeleine Göschke vom 7. Juni 2007: Hält sich die Regierung bei AKW-Fragen an die Verfassung? Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007	erledigt	29/11/2007
2006/322	Interpellation von Christine Gorrengourt vom 14. Dezember 2006: Damit die Euro 08 ein Fest mit friedlichen Fans wird. Schriftliche Antwort vom 21. Juli 2007	erledigt	29/11/2007
2007/092	Interpellation von Jürg Degen vom 19. April 2007: Auslagerung und Privatisierung des Nationalstrassenunterhaltes. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2007	erledigt	29/11/2007
2007/099	Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Energiekonzept gemäss Kantonsverfassung. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007	erledigt	29/11/2007
2007/095	Interpellation von Georges Thüning vom 19. April 2007: Disziplinarprobleme an Baselbieter Schulen.	beantwortet	13/12/2007

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2006/255	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 19. Oktober 2006: Sonnenkollektoranlage in der Gemeinde Blauen.	03/04/2007
2007/043	Schriftliche Anfrage von Thomas de Courten vom 15. Februar 2007: Versteigerung der Motorfahrzeug-Kontrollschilder?	21/08/2007

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel
2007/260	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Finanzielle Unterstützung von Lobbyorganisationen.

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2007/002	Bericht der Landeskanzlei vom 16. Januar 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 18. Januar 2007	alle Fragen (5) beantwortet	18/01/2007
2007/033	Bericht der Landeskanzlei vom 13. Februar 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 15. Februar 2007	alle Fragen (3) beantwortet	15/02/2007
2007/055	Bericht der Landeskanzlei vom 20. März 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. März 2007	alle Fragen (2) beantwortet	22/03/2007
2007/105	Bericht der Landeskanzlei vom 8. Mai 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 10. Mai 2007	alle Fragen (7) beantwortet	10/05/2007
2007/128	Bericht der Landeskanzlei vom 5. Juni 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 7. Juni 2007	alle Fragen (4) beantwortet	07/06/2007
2007/221	Bericht der Landeskanzlei vom 18. September 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 20. September 2007	alle Fragen (5) beantwortet	20/09/2007
2007/296	Bericht der Landeskanzlei vom 27. November 2007: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 29. November 2007	alle Fragen (8) beantwortet	29/11/2007

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahr 2007 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
1997/132	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/165
2004/199	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Verbesserung der gesamtschweizerischen Informatikkoordination.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/193
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	18/01/2007	2006/278

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2004/197	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikleitbild.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/193
2004/196	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenzugang / Gebühren.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/193
2005/229	Postulat von Romy Anderegg vom 8. September 2005: 175 Jahre Kanton Baselland: Mit neuem Schwung in ein Jubiläum!	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/282
2005/222	Postulat von Regula Meschberger vom 8. September 2005: Anpassung des Rheinhafengesetzes.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	18/01/2007	2006/165
2004/194	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Erfahrungsgruppen.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/193
2004/198	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikorganisation und -koordination.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/193
2003/237	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann.	abgeschrieben; überwiesen	18/01/2007	2006/166
2004/315	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Beseitigung von Doppelspurigkeiten im Datenschutz.	abgeschrieben; überwiesen	01/02/2007	2006/187
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide.	abgeschrieben; überwiesen	01/02/2007	2005/002
2006/120	Postulat von Regula Meschberger vom 27. April 2006: Änderung der Richtlinien zum Steuererlass im Zusammenhang mit Schuldensanierungen Privater.	überwiesen und abgeschrieben	01/02/2007	
2006/318	Postulat von Madeleine Göschke vom 13. Dezember 2006: Stopp der Verschuldung von Jugendlichen.	überwiesen und abgeschrieben	15/02/2007	
2006/244	Postulat der SVP-Fraktion vom 19. Oktober 2006: Ausbildungsstandort Life Sciences in Muttenz.	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	15/02/2007	
2006/269	Postulat von Daniel Münger vom 2. November 2006: Kunstrasenplätze - krebserregend?	überwiesen und abgeschrieben	15/02/2007	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2006/119	Verfahrenspostulat von Patrick Schäfli vom 27. April 2006: Mehr Transparenz für die Öffentlichkeit bei Abstimmungen im Landrat!	abgeschrieben; Mot als Ver- fahrenspostulat überwiesen	15/02/2007	2007/030
2006/283	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 16. November 2006: Klarheit über Life Sciences-Standort Muttenz.	überwiesen und abgeschrieben	08/03/2007	
2004/139	Motion der FDP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Standesinitiative für die Aufhebung des Planungsstopps bei der Bahn 2000, 2. Etappe (3. Juradurchstich Wisenberg).	abgeschrieben; überwiesen	08/03/2007	2006/296
2004/051	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Aktive Vertretung der beiden Basel in Bern.	abgeschrieben; überwiesen	08/03/2007	2006/310
2002/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standard für Bauten und Anlagen.	abgeschrieben; überwiesen	22/03/2007	2005/021
1999/130	Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen.	abgeschrieben; überwiesen	22/03/2007	2005/021
2006/207	Postulat von Pia Fankhauser vom 7. September 2006: Hindernisfreies Bauen - Begleitung durch Procap.	überwiesen und abgeschrieben	22/03/2007	
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen.	abgeschrieben; überwiesen	22/03/2007	2005/021
2005/009	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Januar 2005: "Verfahren vor Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht".	abgeschrieben; überwiesen	22/03/2007	2006/262
2005/026	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Kostengünstiger Betrieb von ARAs (im Zusammenhang mit GAP).	abgeschrieben; überwiesen	22/03/2007	2006/136
2002/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion III" Konsequente Umsetzung § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/04/2007	2005/300
1999/198	Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	19/04/2007	2005/300

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2002/303	Motion der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Schuldenbremse.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	19/04/2007	2005/300
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion.	abgeschrieben; überwiesen	19/04/2007	2006/177
2001/296	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/04/2007	2005/300
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz).	abgeschrieben; überwiesen	19/04/2007	2005/174
1999/245	Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik.	abgeschrieben; überwiesen	19/04/2007	2006/177
2002/099	Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parc Reinach und ähnlich gelagerter Projekte.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/04/2007	2006/177
2006/114	Postulat von Daniel Münger vom 27. April 2006: Lernzentrum Pratteln wie weiter?	abgeschrieben; überwiesen	19/04/2007	2007/032
1998/036	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/04/2007	2005/300
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen.	abgeschrieben; überwiesen	19/04/2007	2006/177
2007/028	Postulat von Jürg Wiedemann vom 1. Februar 2007: Benzoldämpfe aus Zapfsäulen.	überwiesen und abgeschrieben	03/05/2007	
2006/271	Postulat von Daniela Schneeberger vom 2. November 2006: Fristgewährungspraxis zur Einreichung der Steuererklärung (Natürliche Personen).	überwiesen und abgeschrieben	10/05/2007	
2004/116	Postulat von Esther Maag vom 6. Mai 2004: Neubau BLPK.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2003/280	Postulat von Willy Grollmund vom 13. November 2003: Überholverbot für Lastwagen im Arisdorf - Belchentunnel.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2004/242	Postulat von Patrick Schäfli vom 23. September 2004: Flüssigerer Verkehr in Tunnels: Tempo 100 im Tunnel Arisdorf- und im Belchentunnel.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/06/2007	2007/041
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim).	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2002/190	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/06/2007	2007/041
2005/100	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 7. April 2005: Ausschaffung Familie Haljiljaj.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2004/019	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Überprüfung der Ombudsman-Stelle.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2005/098	Postulat der SVP-Fraktion vom 7. April 2005: Effilex: Kündigung der Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2004/020	Postulat von Rudolf Keller vom 5. Februar 2004: Bericht über die geologische Situation im SBB-Adlertunnel.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/06/2007	2007/041
2002/050	Postulat von Roland Plattner vom 28. Februar 2002: Effektives und effizientes Vernehmlassungsverfahren.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2002/308	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/06/2007	2007/034
2002/285	Postulat von Peter Zwick vom 14. November 2002: "Raum der Stille" in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Liestal.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2006/057	Verfahrenspostulat der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 16. Februar 2006: Behandlung von Resolutionen.	abgeschrieben; überwiesen	07/06/2007	2007/041
2005/288	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 3. November 2005: Qualitätssicherung auf Niveau A der Sekundarschule.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2007	2006/042

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/314	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Mehr Sicherheit in der Region durch eine partnerschaftliche Revision der Hundegesetze.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/06/2007	2007/023
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen.	abgeschrieben; überwiesen	21/06/2007	2007/034
2002/310	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Verrechnungsmöglichkeit von betrieblichen Verlusten mit Grundstückgewinnen.	abgeschrieben; überwiesen	21/06/2007	2007/034
2005/025	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Betriebsprüfung Amt für Volksschulen (im Zusammenhang mit GAP).	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2007	2007/081
2005/102	Postulat von Esther Maag vom 7. April 2005: Keine Benachteiligung von Energie sparenden Gebäuden.	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2007	2007/077
2005/116	Postulat von Esther Maag vom 21. April 2005: Ziele der Luftreinhaltepolitik, Anwendung Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz in den Gemeinden, Erweiterung der Ersatzabgabe gemäss § 107 RBG.	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2007	2007/053
2005/186	Postulat von Matthias Zoller vom 23. Juni 2005: Dauerausstellung Trinationaler Lebensraum.	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2007	2007/080
2004/207	Postulat von Madeleine Göschke vom 9. September 2004: Massnahmen gegen Kinderpornographie.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	18/10/2007	2006/242
2007/089	Postulat von Simone Abt vom 19. April 2007: Steuerabzug für Haushaltsbeiträge an Sozialhilfeberechtigte.	überwiesen und abgeschrieben	18/10/2007	
2007/066	Postulat von Pia Fankhauser vom 22. März 2007: Energieberatung statt Verbote.	überwiesen und abgeschrieben	01/11/2007	
2005/233	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Geschäftsbereiche Hochleistungsstrassen.	abgeschrieben; überwiesen	29/11/2007	2007/176
2006/168	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2006: Gesetzliche Regelung der privatärztlichen Tätigkeiten an den Kantonsspitalern und deren Abgeltung.	abgeschrieben; überwiesen	12/12/2007	2007/152

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = In der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben.

abgeschrieben; überwiesen = Am angegebenen Datum abgeschrieben, Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt.

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden.	2007/265
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.).	2007/219
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald.	2007/169
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht.	2000/023
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung.	2007/180
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Änderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe.	2007/151
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit.	2007/242
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichene Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs.	2007/180
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget.	2007/219
2002/142	Motion von Max Ribi vom 6. Juni 2002: Änderung der Zuständigkeit zum Erlass und zur Genehmigung von kantonalen Nutzungsplänen.	2007/172
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung.	2007/301
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr.	2007/169
2003/192	Postulat von Röbi Ziegler vom 4. September 2003: In Würde sterben - auch im Spital!	2007/294
2003/196	Postulat von Esther Maag vom 4. September 2003: Ozonwerte.	2007/245
2003/256	Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 2003: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden.	2007/301
2003/296	Postulat von Christian Steiner vom 27. November 2003: Änderung der Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen.	2007/078
2003/313	Motion von Remo Franz vom 10. Dezember 2003: Personalstopp.	2007/301
2004/206	Motion von Etienne Morel vom 9. September 2004: Kurzfristiger Ausschluss von Schülerinnen und Schüler.	2007/154

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2004/214	Postulat von Karl Willimann vom 9. September 2004: Motorfahrzeugkontrolle: Warum keine Zusammenarbeit mit den Privaten?	2006/188
2004/256	Postulat von Georges Thüring vom 14. Oktober 2004: Das Laufental braucht seine Rastplätze!	2007/035
2005/061	Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen.	2007/015
2005/096	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: "GAP 2".	2007/057
2005/163	Postulat der BPK vom 9. Juni 2005: Baubewilligungsgebühren.	2007/107
2005/226	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung.	2007/245
2005/302	Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!	2007/171
2006/015	Postulat von Regula Meschberger vom 12. Januar 2006: Ausstiegshilfen für jugendliche Konsumierende von Kinderpornografie.	2007/190
2006/051	Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub.	2007/245
2006/063	Motion von Ivo Corvini vom 23. Februar 2006: Verfahrensvereinigung mit Gebührenreduktion im Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren.	2007/153
2006/099	Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes: Abzug von ZEITSPENDEN analog zu "freiwilligen Zuwendungen".	2007/267
2006/172	Postulat von Rudolf Keller vom 22. Juni 2006: Handy-Verbot an den Baselbieter Schulen.	2007/154
2006/288	Postulat von Robert Ziegler vom 16. November 2006: Berufliche Integration.	2007/264

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen.	15/01/1996
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen.	14/05/1998
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien.	19/10/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22.00 und 06.00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags.	30/11/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton.	11/01/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen.	05/09/2002
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse.	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel.	04/09/2003
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge.	30/10/2003
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen.	30/10/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg.	13/11/2003
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes.	27/05/2004
2004/049	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen.	09/09/2004
2003/234	Postulat der SVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Die Finanzkontrolle muss von der Verwaltung unabhängig werden.	23/09/2004
2004/195	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenschutz.	14/10/2004
2005/083	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. März 2005: Effilex: Aufhebung des Landratsbeschlusses betreffend Bergwerkseigentum.	17/11/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge.	17/11/2005
2005/141	Postulat der SP-Fraktion vom 26. Mai 2005: Sonderfinanzierung von Investitionen, die durch Gebühren refinanziert werden.	23/02/2006
2005/271	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet.	27/04/2006
2005/127	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge.	27/04/2006
2006/016	Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung.	11/05/2006
2005/317	Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!	11/05/2006
2005/257	Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien.	11/05/2006
2006/010	Postulat der SVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Die H2 Pratteln - Liestal jetzt bauen.	18/05/2006
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds.	08/06/2006

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein.	23/03/2000
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen.	26/04/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen.	31/05/2001
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter.	28/11/2002
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen.	01/04/2004
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtrauchernden.	13/01/2005
2005/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen.	08/09/2005
2005/230	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Neue Arbeitsplätze für Pratteln sichern!	20/10/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/113	Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen.	06/04/2006
2005/281	Postulat von Thomas de Courten vom 27. Oktober 2005: Aktivierung der Wirtschaftspolitik des Kantons Baselland.	06/04/2006
2005/270	Postulat von Madeleine Göschke vom 20. Oktober 2005: Statt Bruderholz- und Felix Platter- ein neues gemeinsames Bruder Felix-Spital.	06/04/2006
2005/162	Postulat von Georges Thüring vom 9. Juni 2005: Das Baselbiet braucht eine Wachstumsinitiative!	06/04/2006
2005/099	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.	18/05/2006
2005/224	Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald.	08/06/2006
2006/027	Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma - Probanden und Pharma - Forschung dank trinationalen Probanden - Register.	02/11/2006

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel.	02/02/1987
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB.	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten.	25/09/1997
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam.	26/11/1998
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal.	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental.	06/04/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz.	21/09/2000
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70.	22/02/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe.	31/05/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont.	29/11/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung.	29/11/2001
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse.	10/01/2002
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben.	12/12/2002
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton.	30/10/2003
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob.	15/01/2004
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie).	22/01/2004
2003/221	Postulat von Patrick Schäfli vom 18. September 2003: Mehr Privatwirtschaft - weniger Staat: Überprüfung der Aufgaben des Tiefbauamtes Basel-Landschaft	22/01/2004
2003/148	Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal.	22/04/2004
2003/319	Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental.	22/04/2004
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob.	06/05/2004
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel.	14/10/2004
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009.	13/01/2005
2004/119	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park.	13/01/2005
2004/102	Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park.	13/01/2005
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel.	12/05/2005
2004/301	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob.	12/05/2005
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS.	12/05/2005
2004/276	Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Car-Sharing bei Dienstfahrten der Kantonsverwaltung.	12/05/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/317	Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien.	12/05/2005
2005/101	Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio.	26/01/2006
2005/045	Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck.	26/01/2006
2005/235	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Viertelstunden - Takt Gelterkinden - Aesch.	06/04/2006
2005/258	Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. September 2005: Erschliessung Kantonsspital Bruderholz mit dem öffentlichen Verkehr.	06/04/2006
2005/279	Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen.	06/04/2006
2005/231	Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz.	06/04/2006
2006/064	Postulat von Andreas Helfenstein vom 23. Februar 2006: Weichen in die Zukunft richten: Entwicklungspotential der Regio-S-Bahn nutzen!	06/04/2006
2005/319	Postulat von Regula Meschberger vom 14. Dezember 2005: Asbestsanierungen öffentlicher Gebäude.	06/04/2006
2006/115	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel.	27/04/2006
2005/234	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale.	11/05/2006
2005/269	Postulat von Hannes Schweizer vom 20. Oktober 2005: Lehrlingsausbildung als Eignungs- oder Zuschlagkriterium bei öffentlichen Beschaffungen.	19/10/2006
2005/280	Postulat der SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2005: Drittes Geleise im Ergolztal.	16/11/2006
2006/011	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz.	30/11/2006
2006/174	Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentlastung im Ergolztal.	14/12/2006
2006/077	Postulat von Daniel Wenk vom 23. März 2006: Unterhalt der Wälder entlang von Kantonsstrassen.	14/12/2006
2006/122	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes.	14/12/2006
2006/098	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica.	14/12/2006
2006/052	Postulat von Rolf Richterich vom 16. Februar 2006: Einsatz von Erdgasfahrzeugen bei Ersatz und Neubeschaffungen von kantonalen Fahrzeugen.	14/12/2006
2006/173	Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung.	14/12/2006

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis.	13/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht.	27/01/2000
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes.	22/02/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips.	10/01/2002
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman.	23/01/2003
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons.	27/11/2003
2003/282	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Beschwerderecht der Gemeinden im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren.	22/01/2004
2003/298	Postulat von Rolf Richterich vom 27. November 2003: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen.	22/01/2004
2004/154	Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegen gesetzter Richtung.	23/09/2004
2004/274	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!	24/02/2005
2004/302	Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen.	24/02/2005
2004/311	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Effilex.	21/04/2005
2005/232	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel.	16/02/2006
2006/049	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion.	18/05/2006
2006/017	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt.	18/05/2006
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird.	18/05/2006
2006/013	Postulat der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Regionales Konzept Gefängnisplanung.	18/05/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/151	Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof.	08/06/2006
2006/117	Postulat von Hansruedi Wirz vom 27. April 2006: Die Kantone erheben für die Abgabe der Kleinhandelsbewilligung (Handel mit gebrannten Wasser) eine Gebühr, deren Höhe sich nach Art und Bedeutung des Geschäftsbetriebes bemisst (Alkoholgesetz Art.41a / SR 680).	02/11/2006
2006/169	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Kein Alkoholverkauf mehr an Tankstellen und Kiosken.	16/11/2006
2006/152	Postulat von Urs Hintermann vom 8. Juni 2006: Kein nächtlicher Alkoholverkauf mehr.	16/11/2006
2006/170	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Für eine präventive Preisgestaltung alkoholischer Getränke.	16/11/2006
2006/154	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution.	30/11/2006
2006/156	Postulat von Siro Imber vom 8. Juni 2006: Weniger Verkehrsanordnungen, mehr Sicherheit und Verantwortung.	30/11/2006

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal.	30/11/2000
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion.	30/11/2000
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen.	10/01/2002
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen.	08/05/2003
2004/009	Postulat von Thomas Schulte vom 22. Januar 2004: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft.	06/05/2004
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 2004).	25/11/2004
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/300	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung.	10/03/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/146	Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen.	23/03/2006
2005/144	Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen.	23/03/2006
2006/029	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1.	18/05/2006
2005/182	Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kultugesetz.	18/05/2006
2006/046	Postulat von Eva Chappuis vom 16. Februar 2006: Schulbesuch am Tagesaufenthaltort.	18/05/2006
2005/255	Postulat von Annemarie Marbet vom 22. September 2005: Sekundarschulkreis Sissach.	18/05/2006
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft.	18/05/2006
2006/206	Postulat der Petitionskommission vom 7. September 2006: Schaffung eines Berufsbildungsfonds.	19/10/2006
2006/153	Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences.	19/10/2006
2006/116	Postulat von Georges Thüring vom 27. April 2006: Euro 08-Tickets für Baselbieter Bevölkerung.	02/11/2006
2006/101	Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren.	02/11/2006

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II.	02/09/1999
2005/080	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 10. März 2005: "Managementaudit bis auf Direktionsebene".	07/04/2005

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn.	14/11/2002
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss.	13/01/2005

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen.	04/03/1999
2004/115	Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen).	28/10/2004

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes.	01/12/2005

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz.	17/12/1998
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen.	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2004/241	Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat.	03/02/2005
2004/239	Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat.	03/02/2005

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

2.5 Im Jahr 2007 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/200	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. September 2006: Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum.	01/02/2007
2006/139	Postulat von Daniela Schneeberger vom 18. Mai 2006: Überprüfung des Erbschafts- und Schenkungssteuer-Tarifs und Besserstellung von Konkubinatspartnern.	01/02/2007
2006/097	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton.	01/02/2007
2006/266	Postulat von Ivo Corvini vom 2. November 2006: Überprüfung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 7. Januar 1980 (SGS 334).	01/02/2007
2006/208	Postulat der SP-Fraktion vom 7. September 2006: Solidarität zwischen den Gemeinden bei den Sozialkosten.	01/02/2007
2006/226	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!	15/02/2007
2006/270	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen).	10/05/2007
2007/069	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung".	18/10/2007

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/026	Postulat von Christoph Rudin vom 26. Januar 2006: Trinationaler Masterplan Rheinhafen.	18/01/2007
2006/274	Postulat von Eugen Tanner vom 2. November 2006: Abgespeckter Wirtschaftsbericht.	19/04/2007
2007/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft.	18/10/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/085	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. April 2007: Offenlegung sämtlicher Analysendaten der Hardwasser AG.	18/10/2007
2007/116	Postulat von Jürg Wiedemann vom 10. Mai 2007: Vorbehandlung des Trinkwassers.	18/10/2007

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/121	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Verbesserung der Busverbindung auf das Bruderholz und zum Bruderholzspital.	01/02/2007
2007/009	Postulat von Rolf Richterich vom 18. Januar 2007: Mehr Zug und Bus im Laufental!	03/05/2007
2006/316	Postulat von Daniel Wenk vom 13. Dezember 2006: Förderung des Rohstoffs Holz.	03/05/2007
2007/037	Postulat von Christoph Rudin vom 15. Februar 2007: Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 70/80 am Aeschenplatz.	03/05/2007
2006/315	Postulat von Hannes Schweizer vom 13. Dezember 2006: Holzasche zurück in den natürlichen Kreislauf.	03/05/2007
2007/090	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich.	01/11/2007
2007/102	Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet.	01/11/2007
2007/070	Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis.	01/11/2007
2007/060	Postulat der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass - Die Energieetikette fürs Haus.	01/11/2007
2007/145	Postulat von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen.	01/11/2007
2007/065	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung.	01/11/2007
2007/067	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie.	01/11/2007
2007/088	Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard.	29/11/2007

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/203	Postulat von Rudolf Keller vom 7. September 2006: Verlängerung der Amtsperiode auf 5 Jahre.	15/02/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/245	Postulat von Hanspeter Wullschleger vom 19. Oktober 2006: Änderung des Hanfgesetzes: Bewilligungs- statt Meldepflicht für den Hanfanbau.	15/02/2007
2006/209	Postulat von Simone Abt vom 7. September 2006: Einreichung einer Standesinitiative betreffend Unterzeichnung und Ratifizierung der Menschenhandelskonvention des Europarates.	22/03/2007
2006/320	Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft.	19/04/2007
2006/313	Postulat von Urs Hammel vom 13. Dezember 2006: Personalaufstockung bei der Verkehrs-Polizei.	19/04/2007
2006/287	Postulat von Regula Meschberger vom 16. November 2006: Zusammenlegung der kriminaltechnischen Dienste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.	19/04/2007
2007/027	Postulat der BSKS vom 1. Februar 2007: Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen.	07/06/2007
2007/192	Postulat von Georges Thüring vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds.	06/09/2007
2007/038	Postulat von Karl Willimann vom 15. Februar 2007: Feinkalibrierung am Bussengenerator dient nicht der Sicherheit.	20/09/2007

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/289	Postulat von Karl Willimann vom 16. November 2006: 175 Jahre Basel-Landschaft - Zeichen setzen!	18/01/2007
2006/251	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften.	15/02/2007
2006/250	Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler.	15/02/2007
2006/273	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 2. November 2006: Berufliche Weiterbildung.	15/02/2007
2006/227	Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet.	15/02/2007
2006/155	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen.	22/03/2007
2007/010	Postulat von Jacqueline Simonet vom 18. Januar 2007: Für besseres Fremdsprachenlernen durch Austauschpädagogik.	06/09/2007
2007/068	Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens.	06/09/2007
2007/093	Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule.	06/09/2007

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

2.6 In den Jahren 2006 bis 2007 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/320	Motion der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Senkung der Staatsquote.	11/05/2006
2006/007	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge".	11/05/2006

Volkswirtschafts- Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/265	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter.	19/04/2007

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/199	Motion der Petitionskommission vom 7. September 2006: Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen.	19/10/2006
2007/007	Motion von Agathe Schuler vom 18. Januar 2007: Ergänzung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betreffend Mobilfunkantennenanlagen.	03/05/2007
2007/061	Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich.	01/11/2007
2007/063	Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern.	01/11/2007
2007/198	Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft.	01/11/2007
2007/226	Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben.	01/11/2007
2007/062	Motion von Karl Willimann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern.	01/11/2007
2006/246	Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!	01/11/2007
2007/194	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen.	15/11/2007

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/132	Motion von Karl Willimann vom 11. Mai 2006: Motorfahrzeugprüfungen im Oberbaselbiet: Transparenz herstellen!	11/05/2006
2006/050	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Aufhebung der Alterslimite für Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes.	02/11/2006
2006/311	Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen.	19/04/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/025	Motion von Hannes Schweizer vom 1. Februar 2007: Bearbeitungsgebühren statt Steuern für die Bewilligung von Tombola und Lottospielen und Aufhebung der Abrechnungspflicht.	07/06/2007
2007/111	Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt.	18/10/2007

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/025	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 26. Januar 2006: Gesamtkosten Euro 08.	23/03/2006
2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung.	23/03/2006
2006/225	Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach.	15/02/2007
2007/059	Motion von Madeleine Göschke vom 22. März 2007: Mittagstisch für Sekundarschulen.	06/09/2007

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 31. 12. 2007)

1 Hängige Initiativen

Titel	Schutz vor Passivrauchen
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. März 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. August 2007
Zustande gekommen (Publikation)	13. Dezember 2007
Anzahl gültige Unterschriften	5'949
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 318 (Rechtsgültigkeit)

Titel	Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien! (Energie-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	14. Dezember 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Februar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	18. Oktober 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'906

Titel	Für einen leistungsstarken öffentlichen Verkehr (Öv-Initiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. Mai 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	24. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	1. März 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'612
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 122 (Rechtsgültigkeit) 2007 / 277 (Empfehlung zur Ablehnung der Initiative)

Titel	
Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau	
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	15. Februar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Geschäft des Landrats Nr.	2005 / 204 (Rechtsgültigkeit) 2007 / 188 (Empfehlung auf Ablehnung der Initiative)
Titel	
Ja, Bildungsvielfalt für alle	
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Oktober 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Dezember 2006
Zustande gekommen (Publikation)	11. Januar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'985
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 106 (Rechtsgültigkeit)
Titel	
Keine Schulgebühren	
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrats Nr.	2005 / 019 (Rechtsgültigkeit am 21. April 2005 beschlossen) 2006 / 257 (Gesuch um Verlängerung der Behandlungsfrist; bewilligt am 18. Januar 2007)

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 266 (Antrag auf Ablehnung der Initiative; kein Gegenvorschlag)

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002 / 113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an den Regierungsrat zurückgewiesen)

2 Erledigte Initiativen

Titel	Keine Autobahn im Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004
Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 022 (Antrag auf Ablehnung der Initiative)
Zurückgezogen am	15. November 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative

Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Geschäft des Landrats Nr.	2003 / 135 (Rechtsgültigkeit am 18. September 2003 beschlossen) 2004 / 180 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 23.9.2004 beschlossen) 2005 / 304 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 12.1.2006 beschlossen)
Zurückgezogen am	12. Juli 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'735
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 171 (Rechtsgültigkeit am 25. November 2004 beschlossen) 2005 / 275 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 1. Dezember 2005 beschlossen)
Zurückgezogen am	11. Januar 2007

Titel	Für eine Schule mit Qualität" (Qualitäts-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	17. April 2002
Zustande gekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1'784
Geschäft des Landrats Nr.	- 2006 / 148 (Rechtsgültigkeit) - Vom Landrat am 21. September 2006 Rechtsgültigkeit beschlossen, Initiative vom Landrat abgelehnt
Abstimmung am	26. November 2006 (Initiative abgelehnt; 18'090 Ja, 52'738 Nein)

Titel	
Unverzögerlicher Bau der H2 («Sofort-Bau der H2» - Initiative)	
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	23. Februar 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	9. März 2006
Zustande gekommen (Publikation)	16. März 2006
Anzahl gültige Unterschriften	2'172
Zurückgezogen am	7. September 2006 (Verfügung über Rückzug)
Titel	
Unverzögerlicher Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal (H2 - Initiative)	
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	16. Februar 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	7. Februar 2006
Zurückgezogen am	20. Februar 2006
Titel	
Bildungsinitiative	
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1'979
Geschäft des Landrats Nr.	2003 / 272 2003 / 272a (Korrigierte Fassung) 2005 / 264
Zurückgezogen am	27. Januar 2006 (Verfügung über Rückzug)